Volkswille

ORGAN DER SOZIALDEMOKRATISCHEN PARTEI
MITTEILUNGSBLATT DER FREIEN GEWERKSCHAFTEN UND DER ARBEITER-SPORTVEREINE

Bezugspreis: Durch Boten halbmonatlich 1.20 RM., durch die Post monatlich 2.40 RM., Bestellgeld extra, im voraus zahlbar. Erscheint jeden Werktag vormittags. Preis der Einzelnummer 10 Rpf. Bankkonto: städtische Sparkasse Gelsenkirchen. Postscheckkonto: 5405 Dortmund. Hauptgeschäftsstelle, Verlag und Schriftleitung: Gelsenkirchen, Ringstraße 33. Fernruf Sammelnummer 25841

Anzeigenpreis im Verbreitungsgebiet 8 Rpf., außerhalb 12 Rpf., für 1 mm Raumhöhe bei 27 mm Breite. Reklamen 1 mm Raumhöhe bei 90 mm Breite 50 Rpf. Kleine Anzeigen 5 Rpf. Inseratenannahme bis 19 Uhr. Bei gerichtlichen Klagen, Zwangsvergleichen und Konkursen erlischt jeder Rabattanspruch. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Gelsenkirchen

Nr. 89 — Gelsenkirchen-Buer, Dienstag, den 15. April 1930 — 12. Jahrgang

Die Steuergesetze erledigt

Der Reichstag vertagt

Berlin, 14. April. (Eig. Drahtber.)

Seit Jahren leiern die Kommunisten ihre Oppositionsreden im Reichstag herunter, niemand hört ihnen zu. Seit Jahren stehen auch die Deutschnationalen in der Regel in Opposition. Niemand regt sich darüber sonderlich auf. Seit aber die geeinte und starke Sozialdemokratie in Opposition getreten ist, gestaltet sich das politische Leben in Deutschland spannend. Seit zehn Tagen steht der Reichstag im Mittelpunkt des gesamten politischen Interesses in Europa. Von Sonnabend mittag bis in die Nachmittagsstunden des Montag wurde der Reichstag von einer ungeheuren Hochspannung beherrscht. Vielleicht hat er in den 60 Jahren seines Bestehens kaum jemals ein so hartes Ringen um die letzte Entscheidung, um die Frage, ob Auflösung oder nicht, erlebt.

Von Sonnabend vormittag an gaben sich alle Fraktionen die erdenklichste Mühe, jeden Abgeordneten heranzuholen, dessen Gesundheitszustand die Reise erlaubt. Am Montag war das ganze Haus in ständiger lebhafter Bewegung, die Wandelhallen waren überfüllt von Abgeordneten, Journalisten und Besuchern. Alles rechnete, alles zählte. Mit jedem neuen in Berlin einlaufenden Zug verschoben sich die Chancen einmal zu Gunsten, einmal zu Ungunsten der Regierung. Allmählich rechnete man eine Mehrheit von drei, von fünf oder gar sechs Stimmn für die Regierung Brüning heraus.

Gegen 1 Uhr war die sozialdemokratische Fraktion bis auf 11 fehlende Mitglieder versammelt. Es wird jeder sozialdemokratische Abgeordnete, der bei dieser Abstimmung fehlte, vor seinen Wählern nachzuweisen haben, ob ihm wirklich die Reise nach Berlin ganz unmöglich gewesen ist.

Im Sitzungssaal konnten nur wenige Redner noch Aufmerksamkeit gewinnen. Von den Kommunisten sprachen noch einige Abgeordnete vor beinahe ganz geleerten Bänken. Sie stießen fürchterliche Drohungen gegen die Sozialdemokratie aus, die in dem etwa kommenden Wahlkampf von den Kommunisten berannt werden soll. Auch unmittelbar vor der Möglichkeit einer Volksbefragung rennen die Kommunisten blind brüllend nur gegen die Sozialdemokratie los. Der Landbundführer Hepp von der christlich-nationalen Bauernpartei erklärte, daß die Landwirte noch immer nicht zufrieden seien. Die Zölle seien noch nicht hoch genug. Die Steuern belasteten die Landwirtschaft noch zu sehr.

Der Sozialdemokrat Dr. Hilferding sprach über verhängnisvolle europäische Folgen der neuen deutschen Hochschutzzollpolitik. Sie werde zur Folge haben, daß auch die andern Länder ihre Zollmauern gegen Deutschland erhöhen. Dadurch könne die deutsche Ausfuhr sich so senken, daß weitere 1¼ Mill. deutscher Arbeiter brotlos würden. Wo aber soll dann der Absatz für die landwirtschaftlichen Produkte bleiben.

Für die christlich-nationale Arbeitsgemeinschaft hielt der Abgeordnete Mumm eine kurze Rede. Er ließ alle Steuer- und Zollfragen in der Versenkung verschwinden und sagte: Jetzt gehe es vor allem um die Unterlagen der christlich-nationalen Kulturpolitik.

Reichsernährungsminister Schiele polemisierte gegen Hilferding. Er jonglierte wieder einmal mit dem Index. Er vergaß jedoch, daß sein Index sich nur auf Großhandel bezieht. Im Lebenshaltungsindex für die breiten Massen des Volkes ist durch die gesunkenen landwirtschaftlichen Preise keine Erleichterung eingetreten.

Zum Schluß versuchte Herr Schiele das Volk über sein Verbot der weiteren Einfuhr von Gefrierfleisch zu beruhigen. Er stellte in Aussicht, daß den Bedürftigen der Genuß von solchem Fleisch zu erschwinglichen Preisen ersetzt werden solle. Aber achselzuckend mußte er zugleich zugestehen, daß er bis zur Stunde noch nicht wisse, wie er das machen solle. Noch einmal nahm Hilferding das Wort. Er schälte klar und deutlich hervor, daß die Sozialdemokratie nicht die Landwirtschaft schädigen wolle, aber sie könne auch nicht zulassen, daß weite Verbraucherschichten angesichts dieser Notlage mit noch höheren Preisen belastet werden.

Dann wandte sich die Debatte der Warenhaus- und Konsumvereinssteuer zu. Der sozialdemokratische Abgeordnete Remmele sagte, die Moldenhauersche Politik gegen die Konsumvereine bedeute einen Krieg gegen die Selbsthilfevereinigungen der Arbeiter und einen Mißbrauch der Staatsgewalt. Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer, dessen oberflächliche Redensarten allmählich schon zur Genüge bekannt sind, meinte, von einer Sondersteuer gegen die Konsumvereine könne gar nicht die Rede sein. Das rief den sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Hertz auf den Plan. Er verlangte vom Reichsfinanzminister Auskunft darüber, ob er bereit sei, auch die Privatwirtschaft bis zu 90 Prozent ihres Nutzens zu besteuern. Ein solcher Prozentsatz komme aber durch die erhöhte Umsatzsteuer für viele Konsumvereine heraus. Moldenhauer hatte sich die Ausflucht erlaubt, die Konsumvereine seien ja schon dadurch begünstigt, daß sie keine Körperschaftssteuer zu bezahlen brauchten. Hertz erwiderte ihm boshaft und doch sachlich, er nehme es dem Reichsfinanzminister bei seiner kurzen Amtsdauer nicht übel, wenn er nicht wisse, daß alle Genossenschaften, nicht nur die Konsumgenossenschaften von der Körperschaftssteuer befreit seien. Hertz schloß seine Rede unter stürmischem Händeklatschen der sozialdemokratischen Fraktion mit der Aufforderung, daß die Arbeiter im Lande nun erst recht den Genossenschaftsgedanken pflegen und nicht mehr bei den Schichten kaufen sollten, die die Konsumvereinssteuer gegen die Arbeiterklasse zu beschließen bereit seien.

Die Abstimmungen

Um 2,10 Uhr heulen die Sirenen durch das Haus. Die erste namentliche Abstimmung beginnt. Es handelt sich um die

Zollposition Roggen

454 Abgeordnete sind anwesend. 193 Kommunisten und Sozialdemokraten stimmen mit Nein. 261 der bürgerlichen Parteien mit Ja. Es ist nur eine Abstimmung, aus der die Zahl der anwesenden Abgeordneten zu erkennen ist. Eine entscheidende Abstimmung ist es noch nicht. Es fehlen 39 Abgeordnete.

Die namentlichen Abstimmungen folgen in großer Zahl. Die Spannung im Hause wird fast unerträglich. Bei der Abstimmung über die Biersteuer kann die Entscheidung fallen. Um 3,30 Uhr entwickelt sich die erste Kampfabstimmung. Es handelt sich um die

Zahlungsfristen für die Tabak- und Zuckersteuer

Hugenberg beantragt namentliche Abstimmung. Es zeigt sich, daß die Anhängerschaft des Parteidiktators a. D. nicht mehr



In Madrid wurde dieser Tage das „Haus der Presse" eingeweiht, das in einem modernen Hochhaus untergebracht ist.

Die gescheiterte Flottenkonferenz

Der französische Mißerfolg

Paris, 14. April. (Eig. Drahtbericht.)

Mit der Abreise Briands aus London, die am Montag nachmittag erfolgte, ist das Kapitel der Londoner Flottenkonferenz geschlossen. Jetzt macht man sich daran, von Paris aus die Schlußbilanz dreimonatiger fruchtloser Verhandlungen zu ziehen. Die Stimmung ist heute in Frankreich, da nur noch eine Formalität bis zum endgültigen Begräbnis der Konferenz zu erledigen ist, noch freudloser und pessimistischer als zu Beginn der Konferenz. In politischen Kreisen gibt sich kaum noch jemand einem Zweifel darüber hin, daß die französische Politik der nächsten Jahre schwer unter der Bürde zu tragen haben wird, die sie durch den Mißerfolg der Londoner Konferenz auf sich geladen hat. Die Londoner Ereignisse müssen sich nach zwei Seiten sehr zu Ungunsten Frankreichs auswirken. Einmal durch das Scheitern aller in London von französischer Seite unternommenen Versuche, mit dem einstigen alliierten England wieder ein wärmeres Verhältnis herzustellen. Zugleich aber bedeutet London die Zuspitzung des italienisch-französischen Gegensatzes. Diese Verdunkelung des politischen Horizonts wird von den wirtschaftlichen und finanziellen Belastungen unterstrichen, die sich nach längerer Betrachtung als die realpolitische Seite des angeblichen Sieges in der Frage der uneingeschränkten Flottenbaumöglichkeiten Frankreichs erweisen. Denn dieser Handlungsfreiheit Frankreichs steht dieselbe Handlungsfreiheit auf italienischer Seite gegenüber, Tardieu, der aus rein persönlichem Ehrgeiz in London Briand in den Hintergrund zu drängen wußte und die Führung der französischen Außenpolitik gewaltsam an sich riß, wird die Folgen für den Mißerfolg der Londoner Flottenkonferenz zu tragen haben.

4,25 Mark Aufschlag

auf der Hektoliter Bier ab Brauerei

Berlin, 14. April. (Eig. Drahtbericht.) Die ersten Wirkungen der neuen Steuererhöhungen beginnen sich bereits geltend zu machen. Am Mittwoch dieser Woche wird die Bierpreiskommission des Schutzverbandes der Brauereien zusammentreten, um über die neuen Bierpreise ab Brauerei Beschluß zu fassen. Nach dem neuen Gesetz dürfen die Brauereien nur die Differenzen zwischen bisher 8,15 und jetzt 12 Mark Steuer gleich 3,85 Mark abwälzen. Der Bierpreis beträgt jetzt 36 Mark pro Hektoliter Vollbier, wozu 2 Mark Gemeindebiersteuer kommen. Zu diesen 38 Mark kämen dann 3,85 Mark abzuwälzender Betrag und noch ein Zuschlag aus der um 40 Rfg. höher werdenden Gemeindebiersteuer. Die Brauereien beabsichtigen, nicht mehr als diese 4,25 Mark auf den Hektoliter aufzuschlagen. Die größte Gefahr aus der Steuererhöhung sieht man aber in der Preispolitik der Gastwirte, denen der Gesetzgeber eine Beschränkung in der Abwälzung der Erhöhung nicht auferlegen konnte.

ausreicht, um die Unterstützung für eine namentliche Abstimmung zu schaffen. In dem Augenblick, als Präsident Löbe den Hammelsprung anordnen will, erklären sich die Mittelparteien zur namentlichen Abstimmung bereit. Die Spannung steigert sich, wenn dies überhaupt noch denkbar ist, denn es wird sich zum ersten Mal zeigen, wieviel von den Deutschnationalen gegen die Regierung stimmen. Die Abstimmung ergibt 224 Nein- und 230 Ja-Stimmen. Also die knappe Mehrheit von 6 Stimmen für die Regierung.

Nun ruft Präsident Löbe die

Biersteuer

auf. Eine gewaltige Bewegung geht durch das Haus. Hinter dem Reichskanzler steht der Staatssekretär Dr. Meißner. Das ist die Abstimmung, die das Schicksal herausfordert. Die Entscheidung liegt bei den Bayern. Der Führer der Bayerischen Volkspartei, Prälat Leicht, erhebt sich und schwingt die weiße Ja-Karte. Also ist die Bayernfront aus Angst vor der Reichstagsauflösung zusammengebrochen. Die Bayerische Volkspartei stimmt geschlossen bis auf den letzten Mann für die Erhöhung der Biersteuer. Im Hintergrund des Saales aber sitzen die drei Mann des Bayerischen Bauernbundes. Wie werden sie stimmen? Plötzlich vereinigt sich das Interesse des ganzen Hauses auf diese Splittergruppe. Die Herren Eisenberger und Gandorfer aus den oberbayerischen Bergen bestimmen in dieser Stunde die Entscheidung über die deutsche Politik. Dicht umringen scharenweise Abgeordnete die bayerischen Bauern. Diesen ist bei ihrer Abstimmung nicht wohl. Minutenlang versuchen sie die Entscheidung dadurch zu verbergen, daß sie die weißen Ja-Karten, die blauen Enthaltungs-Karten und die roten Nein-Karten nebeneinander in der Hand halten. Einige wilde Nationalsozialisten reden gestikulierend auf die bayerischen Bauern ein. Diese verbitten sich in groben Worten, daß diese, wie sie sich ausdrücken, Lausbuben in eine solche Entscheidung hineinreden wollen. Plötzlich klatschen einige bürgerliche Abgeordnete erlöst in die Hände. Die bayerischen Bauernbündler haben weiße Ja-Karten abgegeben. Die bürgerliche Reichstagsmehrheit und Reichskanzler Brüning sind gerettet. Es ergeben sich bei der ersten Abstimmung 232 Ja- gegen 223 Nein-Stimmen über die Biersteuer. Bei der Schlußabstimmung über die gesamte Biersteuer schmilzt die Regierungsmehrheit auf 4 Stimmen zusammen.

Die Abstimmung über die

Mineralwassersteuer

läßt zur allgemeinen Ueberraschung die Regierungsmehrheit noch um eine Stimme sinken. Ein minutenlanges Durcheinander gibt es im Regierungslager, als über eine Entschließung abgestimmt werden soll, die von der Reichsregierung die Einleitung von Verhandlungen über höhere Ertragszölle für Erzeugnisse des Weinbaues, des Gartenbaues usw. verlangt. Also die Absicht einer weiteren Erhöhung der Lebensmittelzölle auf breitester Grundlage. Eine Anzahl Zentrumsabgeordneter und Demokraten schämen sich zunächst, sich für diesen Antrag zu erheben. Schließlich aber steht fast das gesamte Zentrum für diesen Zollantrag auf. Auch die Demokraten erheben sich allmählich.

Damit sind die wesentlichen Abstimmungen beschlossen. Reichstagspräsident Löbe schlägt als nächsten Sitzungstag den 2. Mai vor, was nach einigem Durcheinander auch angenommen wird. Kurz nach 5,30 Uhr ist diese geschichtliche Sitzung des Reichstages geschlossen.

Die fehlenden Sozialdemokraten

An der Montag-Sitzung des Reichstages haben folgende Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion nicht teilgenommen: Bock, Eggerstedt, Hoffmann-Kaiserslautern, Jäcker, Müller-Lichtenberg, Pfülf, Quessel, Schmidt-Berlin, Schreck-Bielefeld, Siemsen und Staak. Die meisten dieser Abgeordneten waren durch schwere Krankheit an der Teilnahme verhindert.

---

20 Deutschnationale

gegen Biersteuer und Umsatzsteuer

An der Schlußabstimmung des Reichstages über das Gesetz, das die Biersteuer und die Umsatzsteuer umfaßt, beteiligten sich 453 Abgeordnete. Der Gesetzentwurf wurde mit 228 gegen 225 Stimmen angenommen.

Gegen den Gesetzentwurf stimmten geschlossen die Sozialdemokraten, Kommunisten, Nationalsozialisten, der fraktionslose Kommunist Frölich-Leipzig sowie folgende 20 Deutschnationale:

Agena, Bang, Berndt, von Bartenwerfer, Everling, von Freytag-Loringhoven, Hanemann, Hugenberg, Lawerrenz, Frau Lehmann, Oberfohren, Quaatz, Rieseberg, Schmidt-Hannover, Soth, Spahn, Steiniger, Stubbendorff, von Treilo, Wienbeck.

Mit den Regierungsparteien stimmten für das Gesetz 36 Deutschnationale, Deutsche Bauernpartei, die Deutsch-Hannoversche Partei, die beiden Mitglieder der Volksrechtspartei und der fraktionslose Bruhn. Die Abgeordneten, die nicht mitstimmten, waren die gleichen, wie bei der Abstimmung über die Tabaksteuer.

Erkelenz und die Deckungsvorlagen

Gegen die Haltung der demokratischen Fraktion

Berlin, 14. April. (Eig. Drahtbericht.) Der demokratische Reichstagsabgeordnete Erkelenz, der infolge Krankheit an den letzten Verhandlungen des Reichstages nicht teilnehmen konnte, soll, wie der sozialdemokratische Pressedienst erfährt, seiner Reichstagsfraktion mitgeteilt haben, daß er sich im Falle der Anwesenheit bei den Abstimmungen über die Deckungsvorlagen auf keinen Fall der Haltung seiner Fraktion anschließen würde.

Die demokratische Fraktion hat den Gesetzen aus Angst vor Neuwahlen zugestimmt.

Mißtrauen gegen Bredt

Ein Beschluß der preußischen Mieter

Berlin, 14. April. (Eig. Drahtbericht.)

Der Landesverband Preußen im Reichsbund deutscher Mieter nahm auf seiner Tagung in Halle eine Entschließung an, in der er mit lebhaftem Bedauern feststellt, daß das in Fragen des Mieterschutzes ausschlagegebende Amt des Reichsjustizministers mit einem Vertreter der Hausbesitzerpartei, der sogenannten Wirtschaftspartei, besetzt worden sei.

Die deutsche Mieterschaft habe zu dem Reichsjustizminister Professor Dr. Bredt nicht das Vertrauen, daß er die Interessen der Mieter bei der Behandlung der Fragen des Mieterschutzes hinreichend berücksichtigen werde, zumal er gerade jetzt mit einer einseitigen Kampfschrift über die Wohnungszwangswirtschaft im Interesse des Hausbesitzers an die Oeffentlichkeit getreten sei.

Die organisierte Mieterschaft Preußens werde die Maßnahmen des jetzigen Reichsjustizministers mit besonderem Mißtrauen beobachten und gegebenenfalls gemeinsam mit der Mieterschaft der andern Länder die notwendigen Kampfmaßnahmen ergreifen.

Sozialdemokratischer Wahlsieg

im Departement Ariege

WTB. **Paris**, 14. April. (Drahtmeldung.) Die Stichwahl zur Kammer in St. Girons für einen durch die Wahl zum Senator frei gewordenen Abgeordnetensitz hat den Sieg des sozialistischen Kandidaten Mazaud mit 7356 Stimmen ergeben, während der sozialrepublikanische Kandidat 7281 Stimmen erhielt.

Erhöhung der Einkommensteuer

in England

London, 14. April. (Eig. Drahtbericht.)

Am Montag legte Schatzkanzler Snowden dem Unterhause das englische Budget vor.

Der Sitzungssaal war so überfüllt, daß Hunderte von Abgeordneten auf der Tribüne Platz nehmen mußten. Die sonst dem Publikum zustehenden Sitze wurden größtenteils für die führenden Männer der Wirtschaft reserviert.

Von der Arbeiterpartei mit lebhaftem Beifall begrüßt, verlas Snowden seine ungewöhnlich kurze Budgetrede mit einer ruhigen Sachlichkeit, die in merkwürdigem Gegensatz zu der Aufregung des Parlaments stand. Die erwarteten Ueberraschungen und Steuersenkungen brachte Snowdens Budget nicht. Der Ausgangspunkt seines Budgets ist ein Defizit von 219 Millionen. Snowden hat sich deshalb gezwungen gesehen, verschiedene Steuererhöhungen vorzunehmen. Die wichtigste Maßnahme ist eine Erhöhung der Einkommensteuer um 2,5 Prozent. Snowden hat diese Steuer so veranlagt, daß sie ¾ aller Einkommensteuerzahler, und zwar die Personen mit kleinerem Einkommen überhaupt nicht berührt. Eng verknüpft hiermit ist eine geringfügige Erhöhung der Besteuerung für alle Personen mit einem Jahreseinkommen von über 40 000. Auch die Erbschaftssteuer hat Snowden nicht in dem Maße erhöht, wie man erwartet hatte. Lediglich bei einer Erbschaft von 40 Millionen und auch mehr tritt eine Steuererhöhung, und zwar von 40 auf 50 Prozent ein. Daneben hat der Schatzkanzler eine kleine Erhöhung der Biersteuer vorgenommen, die allerdings nach seiner Auffassung nicht auf die Konsumenten abgewälzt werden wird.

Die ohnedies lächerliche Steuer auf Pferderennen, Totalisatoren und auf die Buchmacher wird völlig abgeschafft. Die Gründe hierfür liegen in der Auffassung der Arbeiterpartei, daß der Staat aus der unmoralischen Wettleidenschaft keinen Profit ziehen darf.

Alles in allem genommen dürfte das Budget lediglich wegen der Einkommensteuererhöhung ernsthafte Widerstände auf bürgerlicher Seite wecken. Es kann jedoch als wahrscheinlich gelten, daß Snowden sich in dieser Richtung vielleicht sogar die Zustimmung der liberalen Führer von vornherein gesichert hat. Snowdens Budget ist das Budget einer Regierung, die über das gegenwärtige Finanzjahr hinaus im Amte zu bleiben gedenkt und keineswegs durch ein Kampfbudget eine Wahlparole zu finden wünscht.



Polarflieger Byrd von der Südpolfahrt zurückgekehrt.

Byrd (×) bei der Ankunft im Hafen von Dunedin (Neuseeland).

Der amerikanische Polarflieger Byrd ist von seinem großen Südpolforschungsflug glücklich zurückgekehrt. Byrd, der nun beide Pole überflogen hat, wurde nach seiner Landung in Dunedin (Neuseeland), wohin er an Bord des Forschungsschiffs „City of New York" zurückkehrte, stürmisch gefeiert.

Die Bombenattentate

von Oldesloe und Neumünster - Werwolf-Mitglieder die Täter

Hamburg, 14. April. (Eig. Drahtbericht.)

Die am 15. März dieses Jahres stattgefundenen Bombenattentate in Bad Oldesloe und in Neumünster sind nunmehr aufgeklärt worden. Die Täter gehören der rechtsradikalen Organisation Werwolf an. Vier von ihnen konnten bereits verhaftet werden. Die Ermittlungen der Polizei haben ergeben, daß Mitglieder des Werwolfes bei der Vorbereitung und bei der Durchführung der Attentate beteiligt waren. Die Ladungen wurden in einer Hamburger Wohnung zusammengesetzt und mit Kraftwagen an die Tatorte gefahren. Vier der Beteiligten und zwar der Chemiker Dr. Hellmann, der Sattlermeister Paul Koch, der Kaufmann Rudolf Müller und der Kaufmann von Wilamowitz-Möllendorf, der im Hamburger Werwolf seit einiger Zeit eine führende Rolle spielt, sind festgenommen und werden eingehenden Verhören unterzogen. Der durch das Material festgestellte Tatbestand ist durch ein Geständnis bereits erhärtet worden. Die weiteren Ermittlungen dauern an. Es ist anzunehmen, daß noch weitere Verhaftungen in dieser Sache erfolgen werden. Die Ermittlungen der Polizei erfolgten mit großer Planmäßigkeit. Einen Schritt vorwärts kam man, als festgestellt werden konnte, daß die Koffer einige Tage lang auf dem Hamburger Hauptbahnhof bei der Gepäckaufgabestelle gewesen waren. Weitere Spuren ergaben sich aus dem Vergleich der Hölzer und der anderen Bestandteile der Koffer. Schließlich wurden die Druckknöpfe an den Handschuhen, die man in Oldesloe gefunden hatte, genau untersucht. Es gibt nur 5 Firmen, die diese Art von Druckknöpfen herstellen, darunter die des Sattlermeisters Koch. Koch bestritt zunächst, daß die Knöpfe von ihm stammten und gab dann an, die Handschuhe müßten ihm gestohlen worden sein. Erst später gab er zu, daß sie aus seinem Lager stammten. Nach den bisherigen Aussagen sollten die Attentate Unruhe unter der Bevölkerung zu schaffen suchen, um diese aufzurütteln gegen den Youngplan. Aus dem umfassenden Geständnis eines der Verhafteten soll außer den beiden Bomben, die in Oldesloe und Neumünster entdeckt wurden, noch eine dritte angefertigt worden sein. Diese ist bis jetzt noch nicht gefunden worden. Für die Untersuchung der Bombenattentate ist eine besondere Abteilung gebildet, die aus Berliner, Kölner und Hamburger Polizeibeamten besteht.

Einigkeit im Reichsbanner

Sitzung des Bundesvorstandes

Magdeburg, 14. April. (Eig. Drahtbericht.) Der Bundesvorstand des Reichsbanners beschäftigte sich am Montag mit der politischen Lage. Die Aussprache ergab völlige Einmütigkeit, insbesondere auch hinsichtlich jener Frage, die in letzter Zeit von einigen übereifrigen Zentrumsblättern zur Debatte gestellt worden war. Nach Ostern wird der Bundesvorstand des Reichsbanners mit einem Aufruf an die Oeffentlichkeit treten. Die Vertreter des Zentrums und der Demokraten waren zu den Beratungen vollzählig erschienen.

Antwerpener Auslandsanleihe zum Ausbau der Hafenanlagen

Antwerpen, 15. April. (Drahtmeldung.) Der Stadtrat von Antwerpen hat unter Vorbehalt der Zustimmung seitens der Regierung die Aufnahme einer Anleihe von 12 Millionen Dollar Nominalbetrag beschlossen. Der Ertrag der Anleihe soll dem Ausbau der Antwerpener Hafenanlagen auf dem der Stadt neueinverleibten Gelände dienen. Die mit 5 Prozent zu verzinsende Anleihe, deren Laufzeit 50 Jahre betragen soll, wird mit der National City Banc-Neuyork abgeschlossen werden.

Nr. 89. 12. Jahrg. Zweites Blatt.

Volkswille

Gelsenkirchen-Buer, Dienstag, den 15. April 1930.

STADT GELSENKIRCHEN-BUER

Der Schupo als Faustkämpfer

Zu Unrecht angeklagt.

Der Kaufmann H. Gr. verabschiedete sich am späten Totensonntagabend an der Ecke Hoch- und Schalker Straße von seinem Bruder. Vorher mußte aber schnell noch die Hupe eines in der Nähe stehenden Autos in Funktion gesetzt werden, was eine Polizeistreife zum Eingreifen veranlaßte. Der Polizei-Oberwachtmeister Wolf glaubte in dem Bruder des Angeklagten den Täter zu sehen und wollte aus diesem Grunde dessen Personalien feststellen. Jetzt kam der Angeklagte zurück, um den Beamten auf seinen Irrtum aufmerksam zu machen, den e r war ja der Uebertäter. Der Beamte stieß jedoch den Angeklagten zurück, so daß dieser zu Boden fiel. Der Beamte ging nun mit dem Bruder zur anderen Seite beim Uhrengeschäft Br. Als der Angeklagte sich aufgerafft hatte, wurde ihm von Passanten bedeutet, er solle sich den N a m e n des Beamten angeben lassen, denn er brauche diese Behandlung nicht zu dulden. Infolgedessen ging er auch zur anderen Seite und fragte nach dem Namen des Beamten.

Dieser schlug ihn jedoch mit der Faust ins Auge, daß er taumelte.

Die Brille des Angeklagten wurde hierbei zerstört und das Auge verletzt. In der Abwehr dieses Schlages hat nun der Angeklagte dem Polizeibeamten einen Schlag mit dem Schirm versetzt. Der Polizeibeamte sucht die Sache etwas anders darzustellen, indem er seinen Schlag erst n a c h dem Schlage des Angeklagten mit dem Schirm ausgeführt habe; außerdem habe sich der Angeklagte der Belästigung und versuchten Gefangenenbefreiung schuldig gemacht. Dieser Einlassung stehen jedoch die übrigen Zeugenaussagen entgegen. Der Staatsanwalt läßt infolgedessen die Anklage auf Widerstand gegen die Staatsgewalt fallen und der Angeklagte wird f r e i g e s p r o c h e n, wobei das Gericht betont,

der Beamte habe sich nicht in rechtmäßiger Ausübung einer Amtshandlung befunden, als er so tätlich gegen den Angeklagten vorging.

Wo war Karusseit

Die Vereinigten Stahlwerke, AG., schrieben uns:

Der „Volkswille" brachte in der Nr. 63 vom 15. März d. J. einen Artikel mit Ueberschrift: „Der Kapp-Putsch in Gelsenkirchen. Vor 10 Jahren. Von Gerhard Neysters." Der Artikel enthält die Behauptung, der im Jahre 1922 zum Tode verurteilte Führer der Roten Armee, Karusseit, sei nach seiner Begnadigung und Entlassung aus dem Zuchthaus von den Vereinigten Stahlwerken, Abteilung Schalke, in Gelsenkirchen eingestellt und noch heute dort beschäftigt, obwohl Karusseit über 40 Jahre alt sei und die Vereinigten Stahlwerke doch Arbeiter über 40 Jahre nicht einstellten. Diese Behauptung und die daran geknüpfte Bemerkung, die früheren „Gönner" des Karusseit schienen ihn doch nicht ganz vergessen zu haben, beruht auf einer tatsächlichen Unrichtigkeit. Karusseit ist in den Betrieben der Vereinigten Stahlwerke nicht eingestellt worden und auch früher nicht beschäftigt gewesen.

Wir haben inzwischen festgestellt, daß n i c h t Karusseit sen., sondern einer seiner Söhne eine Zeitlang auf den V. St. beschäftigt worden ist.

Zum gesetzlichen Zugabeverbot

Der Verein selbständiger Kaufleute schreibt:

Ueber die Beschlüsse des Arbeitsausschusses des Reichswirtschaftsrates zur Prüfung des Zugabewesen sind in den letzten Tagen in der Presse eine Reihe irreführender Mitteilungen verbreitet worden. Der Ausschuß hat seine Arbeit noch nicht endgültig abgeschlossen. Fest steht jedoch, daß er ein vollkommenes Verbot der Zugabenreklame ablehnt. Er hat indessen einmütig den Beschluß gefaßt, daß im Gesetz zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs ein neuer Paragraph geschaffen werden solle, der die **Ankündigung von Gratiszugaben verbietet;** dieses Verbot soll so eindeutig sein, daß Ankündigungen, **die den Eindruck der Unentgeltlichkeit erwecken, ebenfalls getroffen werden.** Auch sollen derartige Gratisankündigungen nirgendwo, auch nicht in den Geschäftsräumen des Warenbieters erfolgen dürfen. Wesentliche Meinungsverschiedenheiten bestehen jedoch im Ausschuß darüber, ob es zweckmäßig sei, allen die Zugabereklame benutzenden Geschäftsleuten gesetzlich **vorzuschreiben,** daß der Käufer selber darüber **entscheiden könne,** ob er die Zugabe oder einen Barrabatt haben wolle. Eine Mehrheit des Ausschusses hat sich zugunsten der Aufnahme einer gesetzlichen Bestimmung für diese Wahlmöglichkeit der Kunden entschieden.

Das letzte Wort in dieser Frage hat jedoch der Wirtschaftspolitische Ausschuß, von dessen Entscheidung es abhängt, welche der hier mitgeteilten Beschlüsse des Arbeitsausschusses als Auffassung des Reichswirtschaftsrates zu gelten haben.

Es ist anzunehmen, daß der Wirtschaftspolitische Ausschuß die Angelegenheit erst nach Ostern wird beraten können.

Die Not im Baugewerbe

Uns wird geschrieben:

In der diesjährigen Generalversammlung der Baugewerken-Innung kam die drückende Notlage des engeren Baugewerbes in unzweideutiger Weise zum Ausdruck. Der Obermeister, Karl Geisweid, richtete zu Beginn der Versammlung an die erschienenen Mitglieder herzliche Worte der Begrüßung. Er bemerkte in seinen Ausführungen, daß die beängstigenden Verhältnisse auf dem örtlichen Baumarkt, wie überhaupt im gesamten Wirtschaftsleben zu den größten Befürchtungen Anlaß geben. Das Wirtschaftsbarometer habe einen Tiefstand von solch erschreckendem Ausmaße erhalten, daß wir mit Bestimmtheit einer Katastrophe auf dem gesamten Baumarkte entgegengingen. Unter diesen obwaltenden Umständen sei es mehr denn je ein Gebot der Stunde, die Reihen der Baugewerbetreibenden enger zu schließen und durch einmütige Geschlossenheit bei den maßgeblichen Stellen die lebensnotwendigen Forderungen des Baugewerbes in bestimmter Form zum Ausdruck zu bringen. Ein Zeichen der Zeit sei die unaufhaltsam steigende Zahl der Arbeitslosen. Diese Tatsache erfordert gebieterisch und mit größter Beschleunigung durchgreifende Maßnahmen der Regierung, des Reiches und der Länder.

Diese Ausführungen des Obermeisters wurden noch weiter und ausholender ergänzt in dem Jahresbericht, den der Geschäftsführer der Innung, Herr Josef Bielefeld, erstattete. Eingangs gab er einen genauen und übersichtlichen Bericht über die internen Arbeiten der Innung und der Geschäftsstelle. Die vielen Anfragen aus Mitgliederkreisen und die im Vergleich zu den Vorjahren ganz erheblich gestiegene Inanspruchnahme der Geschäftsstelle und des Innungsausschusses geben einen hinreichenden Beweis für die verhängnisvolle Lage der hiesigen Bauunternehmer. Eine bittere und besorgniserregende Tatsache sei die Zahl der hiesigen Arbeitslosen im engeren Baugewerbe. Diese habe inzwischen die runde Zahl von 2000 erlangt. Auch das Arbeitsamt bemerkt in seinem Bericht über die Arbeitsmarktlage, daß die Lage im Baugewerbe ungünstig ist. Angesichts dieser katastrophalen Verhältnisse kann es auch niemanden wundern, daß nicht einmal Gelegenheit vorhanden ist, daß die Lehrlinge in Gelsenkirchen ihre praktische Prüfung ablegen können. Bei der letzten Prüfung im Oktober 1929 habe man die Lehrlinge auf Baustellen in Wanne-Eickel verwiesen. Auch jetzt müsse man wiederum die Lehrlinge nach Horst und Buer kommen lassen, damit sie hier ihre praktische Prüfungsarbeit ausführen können. Der Baumarkt in Gelsenkirchen ist wie tot. Der Redner wies in diesem Zusammenhange auf die Denkschrift der Fachgruppe Bauindustrie des Reichsverbandes der Deutschen Industrie hin. Größte Bestürzung mußte der Beschluß des Deutschen Städtetages in der deutschen Bauwirtschaft auslösen, die gesamte Bautätigkeit, also nun auch den Wohnungsbau, in den Städten auf das geringste Maß einzuschränken, und sich auch in diesem Jahre die größte Zurückhaltung aufzuerlegen. Damit droht nun auch der Wohnungsbau zusammenzubrechen. Alle diese Maßnahmen lähmen in ihrem Zusammenwirken nicht nur das Baugewerbe, das mit dem von ihm abhängigen Industrien, Gewerben und Handwerkern fast den vierten Teil der erwerbstätigen Bevölkerung beschäftigt, sondern sie verschlimmern auch die allgemeine Wirtschaftskrise in höchst gefährlicher Weise. Von jeher ist das Baugewerbe in Zeiten wirtschaftlicher Depression berufen gewesen die zum Stillstand gekommenen Räder der Wirtschaft wieder in Gang zu bringen. Staat und Kommune dürfen, nachdem sie zum größten Auftraggeber der durch ihre Bürger betriebenen Wirtschaft geworden sind, wenn sie sparen müssen, nicht einfach stillegen, wenn nicht zugleich die Wirtschaft, die doch die Kosten und Verpflichtungen für Staat und Gemeinde aufzubringen hat, gänzlich zugrunde gerichtet werden soll.

In der diesem Jahresbericht folgenden Aussprache wurde besonders die Frage ventiliert, wo heute die Hauszinssteuermittel verbleiben. Es ergab sich die geradezu niederschmetternde Tatsache, daß fast ausschließlich das ganze Hauszinssteueraufkommen den Genossenschaften zufließt. Dabei habe man mit der Anwendung des Begriffes „Gemeinnützigkeit" der Baugenossenschaft in den letzten Jahren vielfach sehr traurige Erfahrungen gemacht. Es sei deshalb völlig unverständlich, warum nun gerade die gemeinnützige Bauwirtschaft bei Verteilung der Hauszinssteuerhypotheken den Vorzug erhielte.

Nunmehr erstattete der Obermeister Herrn Bielefeld für seine umsichtige Geschäftsführung den Dank der Innung ab. Nicht minder wurde auch Herrn Geisweidt für seine mühevolle Arbeit als Obermeister der Dank und die warme Anerkennung der Versammlung zuteil. Der Haushaltsplan fand in der vom Vorstande vorgelegten Form einstimmige Annahme. Den Kassenbericht gab der Kollege Röcker, auf dessen Antrag hin Vorstand und Geschäftsführung einstimmige Entlastung erteilt wurde.

Auch über die durch die Eingemeindung hervorgerufene neue Abgrenzung des Innungsbezirkes entwickelte sich eine lebhafte Aussprache. Es soll den Mitgliedern von Wattenscheid nahegelegt werden, durch schriftliche Erklärung zum Ausdruck zu bringen, daß sie ein Verbleiben bei der Gelsenkirchener Innung wünschten.

Ueber Steuer- und Arbeiterrechtsfragen hielt Dr. Kraume einen längeren Vortrag, der bei den anwesenden Mitgliedern starken Beifall fand. In der sehr anregend verlaufenen Aussprache konnten noch mancherlei Anfragen beantwortet und verschiedene Aufklärungen gegeben werden.

Zum Schluß der Sitzung nahm der Obermeister, Geisweidt, nochmals Veranlassung, den erschienenen Kollegen für ihre Aufmerksamkeit bei den einzelnen Verhandlungsgegenständen den herzlichsten Dank auszusprechen. Er richtete schließlich noch die herzliche Bitte und dringende Mahnung an alle Kollegen, durch treue Mitarbeit in der Innung dem einzelnen und vor allem dem gesamten Berufsstande besonders in der heutigen Zeit der Not dienlich zu sein.

Ein Wunder? — Nein!

Auf ganz natürliche Weise wirken Fay's Sodener Mineral-Pastillen gegen Husten, Heiserkeit, Verschleimung.

Der „ewige" Bahnhofsumbau

Preisfrage: Wann wird der Bahnhof Bismarck fertig?

Keine Parallelstraße mehr!

Vielleicht glückt es noch, daß man beim Bahnhofsumbau Bismarck das „silberne Umbaujubiläum" feiern kann! Denn es sind heuer bereits 19 Jahre her, seit mit den ersten Bauarbeiten, der Anschüttung des (gesunkenen) Gleiskörpers begonnen wurde. Seit das neue Empfangsgebäude in freundlicher Feier eingeweiht wurde, haben die eingeleiteten und für den Bahnhofsbetrieb unbedingt nötigen Bauarbeiten wohl ihren allmählichen Fortgang genommen, aber an Fertigstellung insbesondere auch des Güterbahnhofs ist noch nicht zu denken. Vielmehr werden keinerlei Anstalten getroffen, daß der erwartungsgemäß vorzunehmende Neubau des Güterschuppens durchgeführt wird.

Das ganze Bahnhofsgelände macht zwischen der Unterführung der Bleckstraße und der Ueberführung der Rottstraße den Eindruck einer Baustelle. An seiner alten Stelle steht immer noch das frühere Empfangsgebäude. Es liegt da, wie in Schutt vergraben. Die Diensträume darin sind noch in Benutzung. Aber die Fenster aller übrigen Räume sind pechschwarz und dunkel. Zu allen Seiten machen die Anschüttungsarbeiten langsam Fortschritte. Vor dem alten Güterschuppen herrscht eine drangvoll fürchterliche Enge. Es ist fast, als ob er nicht leben und nicht sterben könnte. Für Bahnbeamte und Kunden der Reichsbahn bedeutet dieser Zustand eine Quälerei. Nur die Freiladestraße als Hauptbetriebspunkt des Güterverkehrs ist in den neuen Zustand gekommen. Aber die Güter müssen dahin auf recht umständliche Art hin- und hergeschoben werden, bis es geglückt ist, heranzukommen, und umgekehrt, sie nach Beladen in einen Zug einzurangieren.

Von diesem Platz aus, an dessen Seiten tausende Mauersteine und Formsteine aus Beton, allem Anschein nach Rampenbordsteine, lagern, hat man eine freie Sicht auf die noch tiefer liegenden Teile des Bahngeländes. Die Gleise liegen wie bei einer Berg-und-Tal-Bahn. Ein Laie hält es kaum für möglich, daß bei diesen Zuständen ein Betrieb gut geführt werden kann. Der aber funktioniert „noch"! Und die Reichsbahn denkt offenbar, daß es mehr Behelfer als Wohlleber gebe! Von Norden und Süden her wird dann und wann ein Geröllzug angefahren und entladen. Und so schiebt sich die neu gewollte Gleishöhe allmählich zusammen. Doch fehlen noch hunderttausende Kubikmeter Bodenmassen, bevor das voll erreicht ist. Solange wird hier das „wilde Durcheinander" der Gleisanlagen und des Geländes fortbestehen. Dabei ist mit seinen 26 Gleisen der Güterbahnhof Bismarck der drittgrößte Güterbahnhof des ganzen Reichsbahndirektionsbezirk!

Ganz und gar geändert hat sich seit Erbauung der neuen Brücken für Rott- und für Parallelstraße das Geländebild nordseits des Güterbahnhofs. Der zweite ehemalige Bauernhof „Rotthauffe", Parallelstraße 66, hat zur Straße hin kaum noch Bewegungsfreiheit. Dicht schiebt sich der neue Bahnkörper vor den Hof. Dann aber hört die Straße, scharf abgegrenzt, auf. In Verlängerung der Hausflucht ist ein neuer Straßengraben gezogen und bis an diesen ist nach aufgestellten Profilschablonen ein Teil des neuen Bahnkörpers unter Benutzung des früheren Straßenraumes bereits angeschüttet worden, damit die Breite für die 26 Gleise erreicht werden konnte. Diese Breite reicht bis an die neue Brücke für den Bahnanschluß nach der Zeche „Graf Bismarck". Bis dahin läuft die neue Höhe in die bisherige Höhe über, nur um Weniges erhöht. Indessen — es ist seither eine neue Stadtverwaltung mit einem neuen Stadtbaurat und dieser mit neuen Gedanken in die Erscheinung getreten. Es hat stark den Anschein, als könne aus dem Gedanken noch Wirklichkeit werden, den ganzen Bahnhof auf gleiche Höhe zu bringen.

Es ist jedoch am Westende des Bahnhofs, vor das südliche Widerlager der Straßenbrücke für den Bahnanschluß der Zeche „Graf Bismarck", ein neuer Wasserturm gebaut. In dessen Innern sind noch die Anstreicher beschäftigt. Von außen ist er fertig und auch mit seinen unteren, für den Bahnhofsbetrieb nutzbar gemachten Geschossen und dem eingeschossigen Anbau in Betrieb genommen. Und es ist ohne Frage ein schöner, eindrucksvoller, mächtiger „Klotz", der, aus braunen Klinkern gebaut, sich etwa 20 Meter hoch auf quadratischem Grundriß erhebt. Es ist schade für den Gesamteindruck, daß dieser schöne Turm nicht fünf Meter höher steht! Das kann noch werden, denn die Fundamente und der Unterbau sind stark genug angelegt, ihn später höher zu ziehen.

Bevor sich aber die neuen städtebaulichen Gedanken, die sich auf diesen Turm und die beiden neuen Brücken konzentrieren, verwirklichen lassen, können wohl noch Jahrzehnte vergehen. Jedenfalls scheint die eine noch unfertige Brücke völlig vergeblich gebaut. Denn es ist noch nicht beabsichtigt, die Parallelstraße bis zu dieser neuen Brücke alsbald aufzuhöhen. Es fehlte auch jede Möglichkeit dazu, weil kein Platz dafür vorhanden ist, die Straße vor dem alten „Rotthauffechen" Bauernhof entlang neu anzulegen. Es gibt also vorerst keine durchgehende Parallelstraße mehr. Der Rest bleibt ein unbedeutendes Bruchstück.

Das ganze Gelände ist übrigens fast acht Meter tief gegen einst durch den Abbau der Kohle gesunken. Es stände auf viele Hektar völlig unter Wasser, wenn hier nicht schon seit Jahren eine Pumpstation bestände. Sie war schließlich baufällig geworden. Im Sommer vorigen Jahres ist an deren Stelle ein neues Pumpenhäuschen errichtet und in Betrieb genommen. Indessen scheint die Wassersammelgrube nicht tief genug zu reichen, denn die anarenzende Wiese steht immer noch unter Wasser, und Gänse und Enten zerreißen den öligrostig schimmernden Wasserspiegel.

Wohl ist es auch uns bekannt, daß der Reichsbahn die Hände gebunden und von ihr mehr Bauaufgaben als diese eine durchzuführen sind. Auch die nicht abzuweisende Rücksichtnahme auf die Deutsche Erdöl-AG., der Eigentümerin von „Graf Bismarck", muß mitsprechen. Der großen Bedeutung dieses Bahnhofs aber muß es entsprechen, daß er in allen Teilen fertig wird und ist, wenn, was ja kommen muß, die wirtschaftliche Lage wieder einen Aufschwung nimmt, dann aber der unfertige Zustand des Bahnhofs zur Katastrophe führen kann. Davor sollte sich die Reichsbahn selbst und das Gelsenkirchener Wirtschaftsleben bewahren und alsbald die Bauarbeiten wieder aufleben lassen.

Vergeblicher Einspruch

Schwerbeschädigte, die zu Recht fristlos entlassen sind, haben keine Aussicht auf Erfolg bei Einlegung des Einspruchs.

Der Kläger war auf einer hiesigen Zeche als Bergmann beschäftigt und wurde Mitte Dezember 1929 fristlos entlassen, weil er sich eines Vergehens gegen die bergpolizeilichen Vorschriften schuldig gemacht hatte. Er legte daraufhin fristgemäß Einspruch beim Arbeiterrat ein, der zwar den Einspruch für unbegründet ansah, aber einen dahingehenden Beschluß nicht faßte. Der Kläger erhob darauf Einspruchsklage beim Arbeitsgericht, wurde aber abgewiesen, und zwar mit der Begründung, daß der Arbeiterrat seinen Einspruch nicht für gerechtfertigt erklärt hatte. Nun ging der Kläger hin und strengte gegen die sämtlichen Mitglieder des Arbeiterrats Klage auf Schadenersatz an, da sie ihm durch ungesetzliches Verhalten Schaden zugefügt hätten, er beantragte, die Beklagten als Gesamtschuldner zur Zahlung einer gewissen Schadenssumme zu verurteilen. Die Beklagten beantragten Klageabweisung. Das Arbeitsgericht traf folgende Entscheidung: **Die Klage wird abgewiesen, die Kosten trägt** der Kläger. Der Wert des Streitgegenstandes wird auf 2000 RM festgesetzt. — Den **Entscheidungsgründen** entnehmen wir u. a. folgendes:

Der Kläger ist nach seiner eigenen Angabe über 50 Prozent Schwerbeschädigter, der nur mit Genehmigung der betr. Schwerbeschädigtenstellen gekündigt und entlassen werden konnte. Hiernach liegen zwei Möglichkeiten vor: Entweder wurde er **zu Recht fristlos entlassen,** dann konnte er **mit Aussicht auf Erfolg keinen Einspruch** einlegen, da er selbst durch sein Verhalten die Kündigung veranlaßt hatte. Hat aber, wie er selbst behauptet, ein Grund zur fristlosen Entlassung n i c h t vorgelegen, so bedurfte die Kündigung der Genehmigung der Schwerbeschädigtenfürsorgestelle, in diesem Falle lag aber eine rechtswirksame Kündigung überhaupt nicht vor. Es ist anerkanntes Rechtes, daß der Einspruch n u r gegen eine an sich rechtswirksame, aber sozial ungerechtfertigte Kündigung eingelegt werden kann. Im vorliegenden Falle ist aber die Stellungnahme des Arbeiterrats ohne jede Bedeutung für seine Ansprüche, sind ihm insbesondere durch die Stellungnahme des Arbeiterrats keine etwaigen Ansprüche verlorengegangen. Schon aus diesem Grunde ist die Klage abzuweisen.

Schwerer Sturz aus dem Fenster

Am Montagmorgen gegen 8.30 Uhr war der Eisenbahnangestellte Hans M a l e h k i in seiner im zweiten Stock des Hauses Josefstraße 17 gelegenen Wohnung mit dem Anstreichen der Fensterrahmen beschäftigt. Er beugte sich dabei aus dem Fenster, verlor das Gleichgewicht und stürzte auf den zementierten Hof. Er zog sich dabei einen doppelten Oberarmbruch, einen Beckenbruch, einen Bruch der Wirbelsäule und eine schwere Gehirnerschütterung zu. Er wurde sofort zu Dr. Himmelreich gebracht, der seine Ueberführung in das Marienhospital auf der Kirchstraße veranlaßte. Die Verletzungen sind sehr schwerer Natur. Hoffentlich kommt M., der verheiratet und Vater von mehreren Kindern ist, mit dem Leben davon und wird wieder voll arbeitsfähig.

Diebstahl. In der Nacht vom 11. zum 12. dieses Monats drangen Diebe in das Tabakwarengeschäft von Bruno Matthes, Gelsenkirchen, Bochumer Straße 83, ein, indem sie eine Scheibe des zum Hof führenden Fensters zertrümmerten. Die Einbrecher nahmen den genannten Warenbestand an Zigaretten der Marken: Löwenbrück, Ravenklau, Attika, Ova, Revue, Ulmenried, Overstolz, Wappenschild, Deutschmeister, Eckstein-Gold, Rot-Händle und außerdem eine Anzahl Kilos Zigarren in der Preislage von 10 bis 30 Pf. mit sich. Die Ladenkasse hatten die Diebe mit auf den Hof genommen und versucht, diese aufzubrechen, was ihnen aber nicht gelang. Der Diebstahl wurde von einem Anwohner des Hauses, der gegen 6.30 Uhr morgens von der Arbeit kam, entdeckt. Dieser machte unverzüglich dem Inhaber und der Polizei hiervon Mitteilung, die sofort alle Hebel in Bewegung setzten, um der Diebe habhaft zu werden.

Buer

Arbeitsunfälle. Wiederum hat sich bei den Arbeiten am neuen Kesselhaus auf Scholven ein Unglücksfall ereignet. Ein 17jähriger Arbeiter auf Scholven wurde von einer sich plötzlich aus einem Flaschenzug lösenden Rolle, die aus beträchtlicher Höhe herunterfiel, getroffen. Der Verunglückte mußte ins Krankenhaus geschafft werden. Beim Anbau eines Stallgebäudes fiel einem Bauarbeiter ein Stück Holz auf den Oberarm, so daß der Getroffene eine Armquetschung davontrug. Er mußte sich in ärztliche Behandlung begeben.

Zusammenstoß. Am Samstag stieß an der Ecke Franz und Dorstraße ein Lastkraftwagen mit einem Motorrad zusammen. Beide Fahrzeuge passierten zu gleicher Zeit die Kurve an der Gastwirtschaft Roß. Der Motorradfahrer, der ein ziemlich scharfes Tempo hatte, konnte den Zusammenstoß nicht mehr verhüten. Er kam erheblich zu Fall und trug einen Beinbruch davon. Er wurde dem Krankenhaus zugeführt. Das Motorrad wurde größtenteils demoliert.

36 neue Wohnungen. Etwas Luft auf dem heimischen Baumarkt gibt es in den nächsten Tagen insofern, als man beabsichtigt, im Stadtteil Scholven, und zwar auf dem Gelände an der Berliner Straße, zwischen Wäldenbuschweg und Feldhauser Straße, 36 neue Wohnungen zu bauen. Die drei zur Ausführung kommenden Hausgruppen füllen die ganze Frontlänge des Baublocks aus. Jede Hausgruppe wird 43 Meter lang. Es ist dies das Gelände des früheren Bauernhofs von Kleine-Budde. Grundrißgruppierung und Frontgestaltung werden die gleichen wie bei den Neubauten im Stadtteil Horst und an der Grenzstraße in Gelsenkirchen sein. Die Wohnhausneubauten werden von der Bergmannssiedlung errichtet. In Gladbeck kommen an der Sedanstraße 28 und an der Allmannstraße 32 Wohnungen zur Ausführung.

Die Heilkundige Frau König, Essen, freigesprochen

Vor dem Lenneper Amtsgericht hatte sich auf Veranlassung der Aerztegchaft die Heilkundige Erna König aus Essen wegen falscher Behauptung über Heilerfolge zu verantworten. In der Verhandlung traten mehrere Zeugen auf, die durch die Behandlung der Frau König von Tuberkulose und Krebs geheilt sein wollten. Der Sachverständige, Kreismedizinalrat Dr. Mosbach, gab zu, daß durch die Behandlungsweise der Frau König Tuberkulose geheilt werden könne, wegen der Krebsfälle beantragte der Staatsanwalt Vertagung und Ladung weiterer Zeugen. Das Gericht lehnte diesen Antrag ab und sprach die Angeklagte auf Kosten der Staatskasse frei.

Die Vierte Westfälische Kunstausstellung

in den Ausstellungshallen der Stadt Gelsenkirchen-Buer erfreut sich schon jetzt eines guten Besuches. Auch sind schon zahlreiche Käufe getätigt worden. Insbesondere haben sich auch die Behörden an dem Ankauf von ausgestellten Werken beteiligt. So erwarb die Provinzialverwaltung ein Aquarell von Theo Hölscher, Hamm: „Dorf im Schnee", ein Oelgemälde von H. Vilz, Horst: „Stilleben", eine Keramik von H. Sebrig, Mülheim-Ruhr: „Dorfmühle", ein Aquarell von H. Poll, Bielefeld: „Schneelandschaft". Das Landesmuseum der Provinz Westfalen kaufte folgende Werke an: eine Bronzebüste von Berthold Müller, Oerlinghausen: „Porträt Dr. Kammiyer", ein Oelgemälde von H. Vilz, Horst: „Kühe", eine Radierung von Ernst Bahn, Münster: „Distel", eine Kohlezeichnung von Gustav Hilbert, Berlin: „Frühling". Der Herr Oberpräsident der Provinz Westfalen erwarb ein Oelgemälde von Franz Gerwin, Lünen: „Industrie Hösch". Wie wir hören, wird auch die Stadtverwaltung Gelsenkirchen-Buer einige Werke ankaufen.

Immer wieder die Entlassung der städtischen Stammarbeiter

Vom Gesamtbetriebsrat der städtischen Arbeiter und Angestellten wird uns geschrieben:

Am 1. April 1930 nahm die Stadtverwaltung zu der Entlassung von städtischen Stammarbeitern in der hiesigen Presse Stellung. In Artikeln erklärte sie, daß, nachdem der Nachtragsetat abgelehnt worden ist, sie allein für die Deckung der Schulden 450 000 RM an Zinsen aufzubringen gezwungen ist und sie deshalb auf allen Gebieten Einsparungen vornehmen muß, also auch weitere Entlassungen von städtischen Arbeitern notwendig sind. Es sollen jetzt noch bei dem Bauamt 155 Arbeiter entlassen werden und damit will man in etwa die Finanzen in Ordnung bringen. Diese 155 Mann, die jetzt entlassen werden, brauchen eine Lohnsumme von rund 400 000 RM im Jahr. Ganz einfach: Nachtragsetat abgelehnt, jetzt müssen 450 000 RM allein an Zinsen mehr gezahlt werden und dafür sollen noch 155 Mann gehen. Wunderbare Kommunalpolitik! Alles kannst du von mir haben, aber kein Geld, sagten sich wieder einmal die bürgerlichen Parteien bei der Beratung des Nachtragsetats. Die deutsche Wirtschaft soll nur dann gesunden, wenn man es fertig bringt, daß die Straßen mehr und mehr von Erwerbslosen beherrscht werden. Wenn die Stadtverwaltung diesen Schritt getan hat, so liegt die Schuld nicht voll und ganz bei ihr, sondern in erster Linie bei den Parteien, die der Stadtverwaltung die Mittel zur Weiterbeschäftigung der jetzt zu entlassenden Arbeiter versagt haben. Dabei fällt es uns im Traum nicht ein, in dieser Angelegenheit die Stadtverwaltung in Schutz zu nehmen. Wir sind der Ansicht, daß, wenn auch der Nachtragsetat nicht angenommen worden ist, man bei gutem Willen die Entlassungen nicht in dem Ausmaße durchzuführen brauchte.

Ein Trugschluß ist es jetzt, in der bürgerlichen Presse zu der Entlassung Stellung zu nehmen und darüber zu lamentieren. Mit guten Trostworten wird man niemals dem Arbeiter helfen, es sei denn, daß man einmal einsieht, daß auch der Arbeiter eine Berechtigung zum Leben hat und man die Last in etwa mit auf sich nimmt.

Aus dem Verhalten der ganzen bürgerlichen Parteien geht nur zu deutlich hervor, daß man die Regiebetriebe abbauen und sie an den Privatunternehmer ausliefern will. Die letzten Reden der Stadtverordneten Büsch und Thalaker im Stadtparlament besagen es. Wir geben auch in der Annahme nicht fehl, wenn wir sagen, daß auch leitende Beamte im Bauamt es sind, die kein oder nur ein ganz geringes Interesse am Regiebetrieb haben. Nur ein ganz geringer Bruchteil von den leitenden Beamten versieht mit allen Fasern des Herzens den Regiebetrieb. Man will doch nicht behaupten, mit der kleinen Schar der Arbeiter im Bauamt die ganzen Arbeiten ordnungsgemäß auszuführen. Es sind auch Beamte gewesen, die erklärten, daß man von Fall zu Fall die Unternehmer heranziehen werde. Also erst nur von Fall zu Fall, bis zum guten Schluß der Unternehmer auf alle Fälle drin bleibt. Schon jetzt ist in den städtischen Betrieben der Zustand so, daß Handwerker in der Reparaturwerkstatt nichts zu tun haben, während Unternehmer sich immer mehr und mehr breitmachen. Am Hochbauamt sollen fünf Mann entlassen werden, da gespart werden muß. Tatsache ist aber, daß die Arbeiten, die hier von den Handwerkern ausgeführt, notwendig, ja, zwangsläufiger Natur sind; denn man wird doch wohl nicht behaupten können, daß über 100 Schulen und das gesamte Grundstücksamt, wo Zentralheizungen und dergleichen mehr vorhanden sind, ohne Reparatur auskommen können. Der Dachdecker darf keine Pfanne auswechseln, denn das ist ihm verboten. Zu der geringsten Dachreparatur wird stets und ständig ein Unternehmer herangezogen, der dann auf dem Dache kräftig „arbeitet", um nur der Stadtverwaltung eine fette Rechnung präsentieren zu können.

In der

Abteilung Hochbauamt stehen 7 Bauführer und 2 Baumeister im Dienst

und einer versucht den anderen in der Vergebung der Arbeiten an Unternehmer zu übertrumpfen. Es wäre wünschenswert, festzustellen, wie teuer die Arbeit der Unternehmer der Stadtverwaltung zu stehen kommt. Wie dem auch sei, billiger als die Stadt führt der Unternehmer die Arbeit nicht aus. Beweis:

Ein Wagen im Kanalbau soll angestrichen werden. In der Abteilung Kanalbau war man in der Vergebung von Arbeiten an Unternehmer immer vorsichtig, und so hatte man auch in diesem Falle, ehe man die Arbeiten vergeben hat, sich Kostenanschläge machen lassen. Dabei hat es sich herausgestellt, daß der städtische Anstreicher die Arbeiten um 100 RM billiger ausführte. In der Werkstatt werden drei Schreiner beschäftigt. Zwei von diesen Handwerkern sind kaum in der Lage, allein die Arbeit für die Grundstücksverwaltung zu erledigen. Jetzt setzt man zwei Schreiner auf die Straße. Die Grundstücksverwaltung wird infolgedessen gezwungen sein, ihre Reparaturarbeit an Unternehmer zu vergeben. Und das nennt man dann Sparmaßnahmen! Vielleicht wäre es besser, wenn man den Werkstättenbetrieb in eine Hand legen würde; denn wir glauben, daß dann kein Arbeiter zur Entlassung gekommen wäre, er könnte ja in einer anderen Abteilung, wo mehr Arbeit ist, wieder Beschäftigung finden.

Im Werkstättenbetrieb

liegt kein Anlaß vor, Handwerker zu entlassen. Im Gegenteil, wollte man alle Arbeiten, die hier vorgenommen werden müssen, selbst ausführen, so würde man gezwungen sein, noch einige Handwerker einzustellen. Aber auch in anderen Abteilungen liegen die Dinge nicht viel anders. Die Gartenämter haben seit Jahr und Tag Stammarbeiter als Parkaufseher beschäftigt. Weil man einen besonderen Wert auf die Umgangsformen des Aufsehers legt, wurden nur Leute eingestellt, die auch dem Publikum anständig gegenübertreten konnten. Mit dieser Entlassung geht auch der letzte Aufseher als Stammarbeiter. Schon seit einigen Wochen verrichten

Fürsorgearbeiter hier den Dienst eines Stammarbeiters.

Die Stadtverwaltung sagt, daß nach der Fürsorgepflichtverordnun § 19 der Arbeiter gemeinnützige Arbeit zu verrichten hat. Uns scheint, als wenn der § 19 von zusätzlicher Arbeit spricht. Wo bleibt aber hier die zusätzliche Arbeit? Aehnlich liegen die Dinge in anderen Abteilungen auch. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß, wenn man schon einem Arbeiter, besonders aber von einem Aufseher, der doch das Vorbild der Anlage sein muß, Verantwortung u. Selbstsucht verlangt, man ihn auch so bezahlen muß, daß er nicht ein Opfer seines eigenen Berufes wird. Noch vor zwei Jahren wollte man sogar die Aufseher in das Angestelltenverhältnis bringen. Fürsorgearbeiter sollen nun die Anlagen hegen und pflegen. Daß das die Leute nicht ohne weiteres machen können, versteht sich von allein. Man muß für die Anlagen Aufsichtspersonal stellen, und dieses ist wieder so knapp, auch die Mittel werden wohl kaum dazu ausreichen. Ferner betont man in den Artikeln vom Städtischen Pressoamt zu der Entlassungsfrage, daß bei der Annahme von Saisonarbeitern im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten auf die jetzt zur Entlassung kommenden Kräfte zurückgegriffen wird. Auch daran glauben wir nicht! Das ist nur ein Beruhigungspulver für die Gekündigten. Wenn dem so wäre, so brauchten doch jetzt wahrhaftig nicht alle Kräfte entlassen werden; denn die Saison im Gartenbaubetrieb ist schon seit einigen Wochen da. Also warum denn nachher einstellen, wenn die Kräfte jetzt schon unbedingt notwendig sind. Steckt da aber nicht was dahinter? Es werden einige Saisonarbeiter beschäftigt, keine Mittel besonders dafür eingesetzt und wenn der Herbst gekommen ist, ist man leider gezwungen, noch Entlassungen vorzunehmen.

Fast übereinstimmend haben die leitenden Beamten bei der

Verhandlung mit dem Betriebsrat

erklärt, daß sie noch kaum in der Lage sein werden, die Zahl der jetzt noch zu verbleibenden Arbeiter zu halten; denn die Etatsmittel für alle Bauämter sollen so knapp eingesetzt werden, daß man schon heute alle Befürchtungen hegen muß, daß wahrscheinlich im Herbst noch weitere Entlassungen folgen werden. Wir möchten an dieser Stelle die kommunalpolitisch besonders interessierten Parteien bitten, bei der Etatsberatung sich von dem Grundsatz leiten zu lassen, daß, wenn schon die Stadtverwaltung in den Artikeln betont, daß noch Saisonarbeiter eingestellt werden, die Etatsmittel auch so einzurichten, daß die Möglichkeit besteht, auf einen großen Teil der zuletzt entlassenen bei der Einstellung zurückgreifen zu können.

Weiter wird betont, daß in allen Fällen der Betriebsrat gehört worden ist und die sozialen Verhältnisse weitest gehend geprüft wurden. In Nachverhandlungen, die zwischen dem Betriebsrat und den einzelnen Ressortleitern stattfanden, hat man in einigen Fällen erreichen können, daß dem Härteausgleich Rechnung getragen wurde. Dabei muß betont werden, daß noch harte Fälle vorliegen, die der Betriebsrat bedauert, und wo er kein Entgegenkommen seitens mancher Abteilungsleiter gefunden hat. Gewiß muß man auch dem Betrieb Rechnung tragen. Man kann unmöglich verlangen, daß für einen Schlosser oder Dreher, auch wenn der Handwerker ledig sein sollte, ein verheirateter Nichthandwerker im Betrieb verbleiben soll. Sind aber verheiratete und ledige Handwerker da, so greift man, wenn man unbillige Härten vermeiden will, selbstverständlich zuerst zu den Ledigen. Ferner stehen wir auf dem Standpunkt, daß nicht nur der Betrieb, sondern auch die Leute in ihrer Lage berücksichtigt werden müssen. Was ganz besonders hervorgehoben werden muß, ist, daß man auch Kriegsbeschädigte gekündigt hat. Was unter 50 Prozent kriegsbeschädigt ist, kommt zum Teil zur Entlassung. Hier setzt man der Wahrheit die Krone auf: „Der Dank des Vaterlandes ist euch gewiß."

Mit den Ausführungen haben wir dargelegt, daß man, wenn auch die 155 Mann entlassen werden, keinen Pfennig sparen wird. Man wird gezwungen sein, die Arbeiten, die in dem Regiebetrieb bis dahin ausgeführt wurden, an Unternehmer zu vergeben, und wird dafür die eingesparte Lohnsumme von 400 000 RM, wenn nicht mehr, doch zahlen müssen. Nur mit dem Unterschiede, daß hier nur einzelne Leute Berücksichtigung finden, während auf der anderen Seite 155 Familienexistenzen zugrunde gerichtet werden. Wir erwarten, daß die Parteien noch eingehend dazu Stellung nehmen und hoffen, daß das allergrößte Unheil, das mit der großen Entlassung über die städt. Arbeiter verhängt worden ist, abgewendet wird.

„Die Zeiten ändern sich . . ."*)

Um 6 Uhr abends kommt Mr. Plymire bei Hagel und Gewitter mit seinen Dienern und einem Lasttier mit Einkäufen aus Nga-tschu-ka zurück. Es gelang ihm, von einer mongolischen Karawane zehn Kamele abzumieten zum Preise von je 50 Kupferstücken, die dem Wert von 25 Siningtaels entsprechen und von den Tibetern „Schwarzes Silber" genannt werden. Der Kontrakt mit den Mongolen läuft bis Taidschenär; Abreise erst in zwei Monaten. So lange müssen wir hier also noch warten, da sich die Kamele erst vom Südmarsch erholen müssen. Mit den Kamelbesitzern ist ein schriftlicher Vertrag abgeschlossen worden in dem sich diese verpflichten, spätestens in vier Monaten abzureisen, widrigenfalls sie 400 Taels Strafe zahlen müssen. So ist also der Rückmarsch mit den Kamelen bis Taidschenär gesichert. Ich hege die stille Hoffnung, daß ich mich von dort aus nach Kaschgar werde durchschlagen können, um auf dieser Linie meine magnetischen Messungen fortzusetzen.

Die Mongolen rechnen bis Taidschenär höchstens zwei Monate. Sie haben sich ausbedungen, nicht geschlagen zu werden; ihre bisherigen Erfahrungen mit den Russen hätten sie gewitzigt. Außerdem haben sie gebeten, stets dann rasten zu dürfen, wenn sie es für notwendig finden, ganz besonders bei starkem Schneefall. Mit Rücksicht auf die zur mongolischen Karawane gehörenden Frauen und Kinder wurden diese Bedingungen anerkannt.

Mr. Plymire muß sehr schwere Tage in Nga-tschu-ka erlebt haben; ganz kurz vor seiner Rückkehr hierher hatte er ein siebenstündiges Verhör vor dem Khampo zu bestehen. In Gegenwart aller tibetischen hohen Beamten und Militärs. Die beiden höchsten Offiziere verhielten sich besonders ablehnend gegen ihn. Auch der junge, aufgeklebte Befehlshaber des Nga-tschu-ka-Bezirks war anwesend, dem die 700 gegen uns mobilisierten tibetischen Streiter unterstehen. In diesem Verhör wurde die Frage aufgeworfen, ob man unsere beiden tibetischen Diener köpfen solle! Der Missionar war selbst in Lebensgefahr; denn der Khampo ist ihm feindlich gesinnt. Nur unter dem Druck der Drohung, daß die drei Nationen den Aufenthalt ihrer Staatsbürger genau kennen und jede ihnen zugefügte Unbill rächen würden, entging er einem trüben Schicksal. Seine Diener rettete er nur durch den Hinweis, daß wir sie als eigentliche Führer gar nicht gebraucht hätten, da wir über ausgezeichnetes Kartenmaterial verfügten und den Weg hierher ganz allein hätten finden können. Das war eine kühne Notlüge; denn von jenen Gebieten gibt es überhaupt keine brauchbaren Karten.

Der Khampo und sein Stab lebten in dauernder Furcht vor den Sowjets; man kannte nur eine Sorge: Schutz vor Sowjetpropaganda und Ueberfällen durch Sowjets. Ganz Tibet litt unter diesen Vorstellungen. Der Khampo lehnt es kategorisch ab, ein neues Schreiben an den Vizekönig von Indien zu schicken. Er betont sehr hochmütig, die Engländer hätten gar nichts zu sagen; sie stünden jetzt in Gyangtse und bald würden sie ganz aus Tibet herausgeworfen sein. So war es also ganz unmöglich, via Khampo mit den Engländern in Verbindung zu treten. Außerdem würde die englandfeindliche Partei *) in Lhassa, die, wie man uns versicherte, im Wachsen sei, gegen uns arbeiten, weil wir einen Engländer unter uns hätten. So blieb uns wenig Hoffnung, in Lhassa Gehör zu finden, selbst wenn unsere Briefe den Dalai-Lama erreicht haben sollten.

Der Khampo ist bei seinen Untergebenen sehr gefürchtet. Sie nähern sich ihm ganz unterwürfig mit geneigtem Haupt, während die Mongolen formlos eintreten, beinahe fordernd ihr Anliegen vortragen und ungefragt Platz nehmen. Der Missionar hatte auch große Schwierigkeiten bei dem Verkauf seiner Pferde. Sie waren eigentlich bereits von einem blinden alten Tibeter erworben, als der Khampo dahinterkam. Dieser Kauf verstieß gegen die in Nga-tschu-ka geltenden Gesetze, nach denen solche Abschlüsse nur durch den Khampo getätigt werden dürfen. Der Khampo ließ den blinden Alten mit einer Lederpeitsche züchtigen, bis er zusammenbrach, und machte dessen mit Mr. Plymire abgeschlossenes Geschäft rückgängig. Der Khampo drückte den Preis für die Tiere so sehr herab, daß der Missionar schließlich an seinen Pferden 700 Taels „schwarzes Silber" gleich 350 Siningtaels verlor. Ein schwerer Verlust. Es blieb ihm nichts übrig, als dem Khampo die Pferde zu verkaufen; denn dieser Beamte war in seinem Bezirk der mächtigste und gefürchtetste Mann! Nun hat Mr. Plymire gerade noch soviel Geld, um im schlimmsten Fall nach Taidschenär zurückzukehren. —

Auch unter den tibetischen Beamten gibt es unbarmherzige Leute. Die fälligen Steuern werden von den Armen in brutaler Weise eingetrieben. Die Schuldner werden in Nga-tschü-ka im Gefängnis, einem dunklen Raum mit kleinem Oberlicht, eingesperrt und an Armen und Füßen mit Eisenketten gefesselt. Auch der Holzkragen, der chinesische „Kang", wird gegen solche Vergehen mit Vorliebe als Strafmittel angewandt.

Unsere Angelegenheit stand wenig hoffnungsreich, obgleich der Bezirksälteste angewiesen war, uns Lebensmittel zu verschaffen. Aber die Preise waren gesalzen: ein Sack Mehl von 35 Kätti kostete fast zehn Silbertaels. Dagegen erhielten wir deutsche Vaseline und englische Kerzen etwas billiger.

Nur ein Mann hatte sich liebenswürdig gegen uns gezeigt, der Daren, der uns von früher bekannte Leiter der Untersuchungskommission. Der Daren behauptete sogar, der Khampo habe kein Recht, uns in Nga-tschu-ka festzuhalten.

Schließlich gab der Khampo den Verkauf meiner Jaks frei. Abends kamen tibetische Kaufleute, die meine 13 Tiere, und zwar sechs Piemüs und sieben Jaks, gegen Erstattung von 160 schwarzen Silbertaels, also 80 Sining-Silbertaels, im ganzen rund 200 RM, kauften. Zehn Taels erhielt ich sogleich als Anzahlung. Der Rest sollte andern Tags in Nga-tschu-ka ausgezahlt werden. Drei meiner Jaks gab ich Tschanao, wie versprochen, zum Geschenk. Einen schönen, kräftigen Dso trat ich Mr. Plymire für 20 Taels ab.

Für die Kamele mußte ich 150 schwarze Taels, gleich 75 Silbertaels, Miete zahlen. Mir blieben somit noch fünf Silbertaels. Bis Taidschenär habe ich also „mein Billet" in der Tasche und dabei sogar noch etwas Kapital übrig, um Proviant zu kaufen. Ich fühle mich mit meinen fünf Silbertaels reich. Tempora mutantur!

*). Der berühmte Asienforscher Dr. Wilhelm Filchner hält am 23. April in Gelsenkirchen in der Stadthalle einen Lichtbildervortrag über seine gefahrvolle China- und Tibetexpedition 1925-28. Aus diesem Anlaß bringen wir aus dem einzigen Buch Dr. Filchners über dieses abenteuerliche Unternehmen („Om mani padme hum", 364 Seiten Text, mit vielen Abbildungen nach Handzeichnungen des Verfassers, 48 Kunstdrucktafeln, sowie einer Uebersichtskarte, Geheftet 13 RM, Ganzleinen 15 RM) mit Genehmigung des Verlags F. A. Brockhaus, Leipzig, eine fesselnde Textprobe zum Abdruck. Das wertvolle Forscherwerk weckt nicht nur wegen der bewunderungswürdigen Energie, die in ihm zum Ausdruck kommt, sondern auch wegen der liebenswerten Bescheidenheit des Verfassers die Sympathie des Lesers, ja, es ist geradezu erschütternd zu lesen, wie sich der Forscher, gebrochenen Leibes, unter der Last schwerer wissenschaftlicher Instrumente mühsam durch die riesigen Weiten Tibets und Chinas schleppt.

*) In Lhassa hatte es damals kurz vorher noch zwei Parteien gegeben, die englandfreundliche Fortschrittspartei, deren Führer der Dalai-Lama und der Oberbefehlshaber der tibetischen Armeen Tsarong Schepe waren, und die Konservativen, die chinesenfreundliche Partei, die vom Pantschen Erdeni geleitet wurde und zu der die Aebte der drei großen Klöster in Lhassas Nähe gehörten. Die letztere Gruppe war inzwischen gestürzt worden, doch war es den Sowjets dadurch, daß sie ihre Interessen mit denen Pantschen Erdenis identifizierten, gelungen, dessen unter Zwang der Fortschrittspartei niedergehaltene Gruppe gegen den Dalai-Lama in Opposition zu halten.

Nr. 89. 12. Jahrg. Drittes Blatt.

Volkswille

Gelsenkirchen-Buer, Dienstag, den 15. April 1930.

Berufsschulstatistik

In einem soeben veröffentlichten Erlaß des preußischen Kultusministers werden die kürzlich vom preußischen Innenminister aufgestellten Richtlinien für die Vernehmung von Jugendlichen und Kindern in Strafsachen gegen Lehrer zum Gegenstand näherer Anordnungen gemacht. Die Vernehmung von Kindern und Jugendlichen stellt an die psychologische Vorbildung der Beamten hohe Anforderungen. Mehr als der Laie es ahnt, liegt hier die Gefahr vor, daß das schließliche Ergebnis der Vernehmung kein objektives Bild des Tatbestandes, sondern nur das subjektive Bild des oft leicht beeinflußbaren Kindes ist oder die Ansicht des vernehmenden Beamten wiedergibt. Eine solche erste Vermahnung ist aber für den Ausgang eines Strafverfahrens vielfach von ausschlaggebender Bedeutung, und das Geschick des Lehrers, oft genug das seiner ganzen Familie, kann von der sachgemäßen Durchführung der ersten Vernehmung abhängig sein. Es ist deshalb die Vernehmung von Schulkindern vom Innenminister im Regelfalle in die Hand der Schulverwaltungsbeamten gelegt und bestimmt worden, daß solche auch bei unaufschiebbaren Vernehmungen nach Möglichkeit hinzugezogen werden sollen. In den Ausführungsbestimmungen des Kultusministers wird darauf hingewiesen, daß in der Niederschrift von Kindesaussagen die Vorgänge möglichst wörtlich so zu schildern sind, wie es die Kinder selbst getan haben, also in der Sprache des Kindes und nicht etwa übersetzt in die Sprache der Erwachsenen. Eigene Eindrücke bei der Vernehmung (z. B. über die Glaubwürdigkeit des Kindes oder die Möglichkeit seiner Beeinflussung) sollen in einer besonderen Aeußerung außerhalb der Niederschrift der Kinderaussagen gegeben werden. Die Sachlichkeit des Verfahrens wird durch diese Anordnungen gewiß gefördert werden.

Die westfälischen Finanzinstitute

Zunahme der Spareinlagen. — Größerer Umsatz der Landesbank.

Die westfälischen Sparkassen. Bei den westfälischen Sparkassen ist wieder ein erfreulicher Zuwachs an Spareinlagen zu verzeichnen. Im Monat März nahmen die Spareinlagen um 14 Millionen RM zu gegenüber 13,8 Millionen RM im März 1929 und erreichten damit einen Gesamtspareinlagenbestand von rund 891,6 Millionen RM. Die Scheck- und Kontokorrenteinlagen nahmen um 1,0 Millionen RM ab gegenüber 7,4 Millionen RM im März 1929 und belaufen sich jetzt auf 105,2 Millionen RM. Der Gesamteinlagenbestand bei den westfälischen Sparkassen beträgt mithin 996,8 Millionen RM gegenüber 860 Millionen RM im März 1929. An Sparbüchern wurden zirka 19 500 neu ausgestellt.

Die Landesbank und das Pfandbriefamt für Hausgrundstücke. Die Bilanzsumme der beiden Institute belief sich Ende März 1930 auf 475 Millionen RM gegenüber 448 Millionen RM Ende März 1929. Die Umsätze betrugen im März 757 Millionen RM. Der Absatz der 8 Prozent Feingold-Kommunalschuldverschreibungen und 8 Prozent Goldpfandbriefe war im März sehr lebhaft. Seit Anfang des Jahres konnten im ganzen 14,2 Millionen RM abgesetzt werden.

Die Provinzial-Lebensversicherungsanstalt von Westfalen hatte im März 1930 einen Antragszugang von 2,3 Millionen Reichsmark.

Steigerung der Rinderpreise möglich?

Eine wichtige Feststellung der preußischen Regierung.

In Anbetracht der gestiegenen deutschen Viehproduktion hatte vor kurzem der Preußische Landtag das Staatsministerium ersucht, die Frage der Gefrierfleischeinfuhr zu prüfen.

Bekanntlich erwartet der Reichslandbund von der Beseitigung der Gefrierfleischeinfuhr eine Hebung der inländischen Rinderpreise. Diese Hoffnung ist jedoch vollkommen unbegründet, da an den niedrigen Rinderpreisen oder, richtiger gesagt, Schlachtviehpreisen, nur die geringe Qualität dieser Tiere schuld ist. Der Verbraucher würde auch nach der Aufhebung des Gefrierfleischkontingents nicht bereit sein, für minderwertiges Kuhfleisch, das zum großen Teil, wie man aus den amtlichen Fleischbeschauberichten entnehmen kann, von kranken Tieren stammt, hohe Preise zu zahlen. Auch das preußische Staatsministerium wird die gleiche Auffassung haben, denn in der Erwiderung an den Landtag heißt es u. a.: „Das Staatsministerium vermag in einer weiteren Verringerung des auf 50 000 Tonnen jährlich ermäßigten Gefrierfleischkontingents eine Maßnahme, die geeignet ist, zu einer Erhöhung der Rindviehpreise beizutragen, nicht zu erblicken und verspricht sich daher von entsprechenden Verhandlungen mit der Reichsregierung keinen Erfolg."

Im übrigen ist den wenigsten bekannt, wie geringfügig die zollfreien Gefrierfleischmengen sind, die heute noch eingeführt werden dürfen. Sie genügen bei weitem nicht, um unsere Erwerbslosen und ihre Angehörigen mit Fleisch zu versorgen. Von einer Schädigung der Landwirtschaft durch die Gefrierfleischeinfuhr kann also nach Lage der Dinge überhaupt nicht gesprochen werden.

Deutschlands Ein- und Ausfuhr an Milch- und Molkereiprodukten in Doppelzentnern 1929

1. Einfuhr.

	1913 dz	1927 dz	1928 dz	1929 dz
Milch usw.	327 895	319 343	247 392	267 326
Rahm usw.	443 745	574	257	452
Buttermilch usw.	133	15 873	8 656	13 822
Butter usw.	542 394	1 082 657	1 265 534	1 343 672
Hartkäse	242 586	626 665	547 100	596 024
Weichkäse	20 060	93 377	67 659	68 809
Milch eingedickt usw.	518	69 303	63 866	38 326

2. Ausfuhr.

	1913 dz	1927 dz	1928 dz	1929 dz
Milch usw.	124 499	3 550	4 789	5 783
Rahm usw.	251	12	16	128
Buttermilch usw.	42 983	—	23	208
Butter usw.	2 732	864	1 273	1 527
Hartkäse	1 297	899	1 360	2 239
Weichkäse	5 980	13 435	15 261	20 073
Milch eingedickt usw.	82 567	4 444	6 700	19 209

3. Einfuhrüberschuß an Milch und Molkereiprodukten.

	1913 dz	1927 dz	1928 dz	1929 dz
Milch usw.	203 396	315 793	242 603	261 543
Rahm usw.	443 494	562	241	324
Buttermilch usw.	—	15 873	8 633	13 614
Butter usw.	539 662	1 081 793	1 264 261	1 342 145
Hartkäse	241 289	625 766	545 740	539 785
Weichkäse	14 080	79 942	52 398	48 736
Milch eingedickt usw.	—	64 859	57 166	19 117

Der Wert des Einfuhrüberschusses an Milch und Molkereiprodukten beläuft sich auf:

1913: 191 823 000 RM; 1927: 494 174 000 RM; 1928: 549 995 000 RM; 1929: 569 603 000 RM.

Ein Steuerhinterziehungsprozeß

Doppelte Buchführung.

Es werden ja alle möglichen Kniffe angewendet, um Steuern zu sparen oder auch, um die Finanzbehörde mehr oder weniger zu beschwindeln. Häufig sind alle Tricks auch nicht geschickt genug, als daß sie nicht entdeckt werden könnten. Selbst Buch- und Steuersachverständigen glückt das nicht mehr, wie man das in der letzten Zeit in steigendem Maße erfahren hat. Da stehen sie dann vor den Schranken des Gerichts, nachdem sie gegen einen vom Finanzamt — und das ist bekanntlich immer schnell bei der Hand — ihnen zugestellten Strafbescheid Einspruch erhoben hatten.

Jetzt mußte der Bücherrevisor Adolf C. aus Dortmund solch ein Strafverfahren über sich ergehen lassen. Ihm war wegen Beihilfe zur Steuerhinterziehung ein Strafbescheid über 1000 RM ins Haus geflogen. Er hatte sich einige Jahre lang als Steuerberater des Kaufmanns Otto G. betätigt, der in Dortmund einen Großhandel mit Zuckerwaren und ähnlichen Süßigkeiten betreibt. Eine doppelte Buchführung hatte der Großkaufmann dergestalt eingerichtet, daß die eine Hälfte der Buchführung sämtliche Einnahmen verzeichnete, während die andere Hälfte — und die war für das Finanzamt bestimmt — weit geringere Einnahmen aufwies. Auch wurde manchmal, wie es eben gerade zu vertreten war, der Wert des Lagerbestandes niedriger, ein andermal wieder höher angegeben. Natürlich gab das schließlich ein heilloses Durcheinander, daß der Großkaufmann sich in seiner Buchführung, die zudem in der Hauptsache in kleinen Heftchen, auch in doppelter Ausfertigung, gemacht wurde, selbst nicht mehr zurechtfand. Und dann kam der große Reinfall; denn die Finanzbehörde stellte Hinterziehung von Umsatz- und Einkommensteuern in Beträgen, die hoch in die Tausende gingen, fest. Dafür bekam der Großkaufmann vom Finanzamt eine Strafe von 10 000 RM aufgebrummt. Und weil sein Bücherrevisor ihm etwas dabei geholfen hatte, mußte er auch büßen. Um eine Kassendifferenz auszugleichen, ließ C. einen großen Warenposten in der Bilanz einfach fort; das war aufgefallen, weil er unvorsichtigerweise neben diesen Posten in dem Buch, das eigentlich das Finanzamt gar nicht sehen sollte, „fortlassen" geschrieben hatte. C. will von der schönen doppelten Buchführung des Großkaufmanns nichts gewußt haben. In der Gerichtsverhandlung stellte sich dann heraus, daß sein Verschulden doch wohl nicht so schwer wog, wie es das Finanzamt angenommen hatte. Deshalb ließ man ihm etwas von der Strafe nach; aber auf 300 RM blieb er doch hängen.

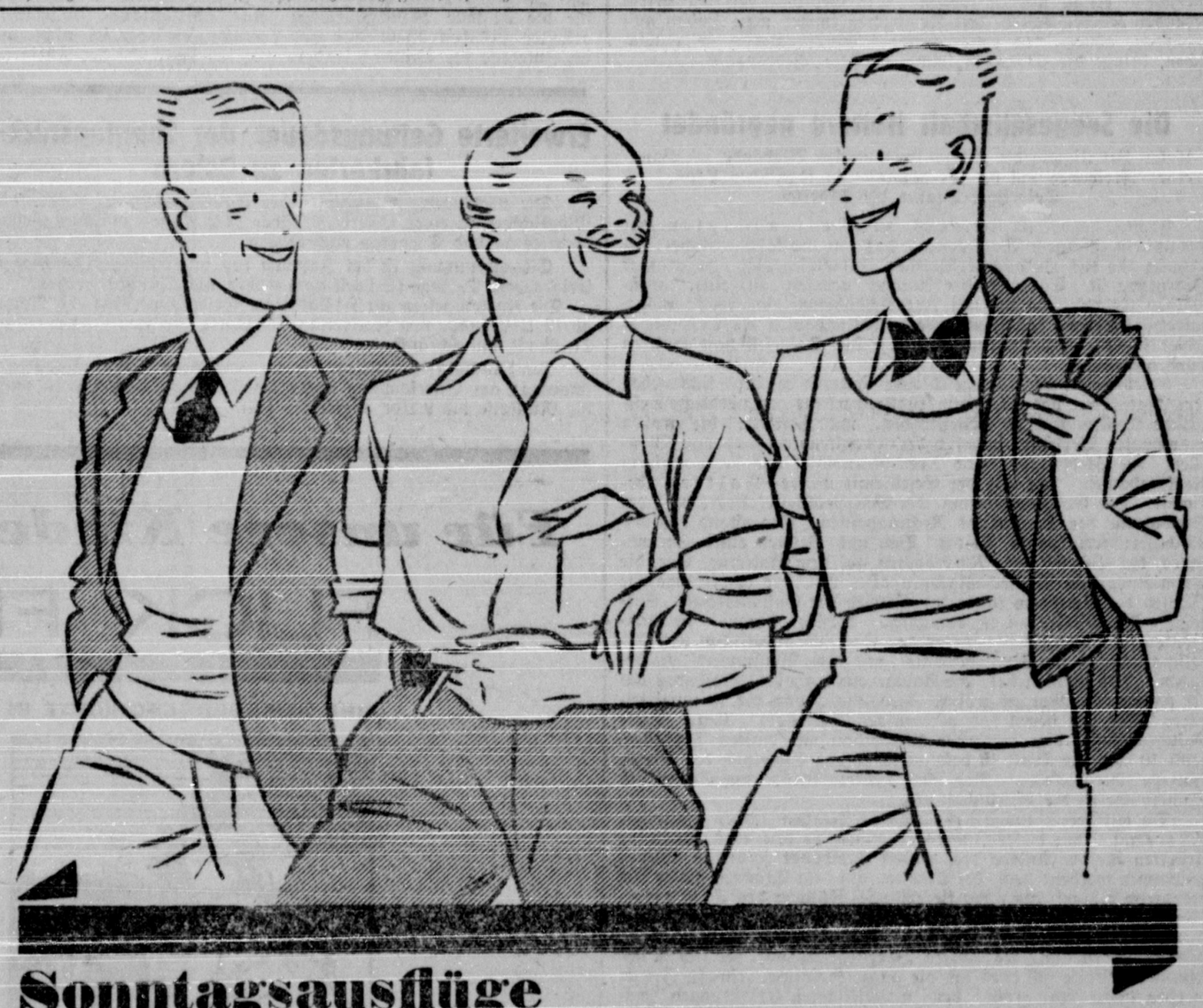
Postbeförderung mit dem Luftschiff „Graf Zeppelin"

Zur Beförderung auf den demnächst beginnenden Fahrten des Luftschiffs „Graf Zeppelin" können gewöhnliche Briefe und Postkarten nach beliebigen Bestimmungsorten aufgeliefert werden. Das Gewicht der Briefe darf 20 Gramm nicht überschreiten. Die Gesamtgebühr beträgt für eine Postkarte 1 RM, für einen Brief 2 RM, und zwar sind die Sendungen durch Luftpost- oder andere Freimarken freizumachen. Nicht- oder unzureichend freigemachte Sendungen werden zurückgegeben. Ferner müssen die Sendungen den Vermerk tragen: „Mit Luftschiff Graf Zeppelin" und dem Postamt in Friedrichshafen (Bodensee) in einem freigemachten Umschlag (Gebühr für den innerdeutschen Verkehr) übersandt werden. Auf dem Umschlag ist anzugeben: „Sendungen für das Luftschiff Graf Zeppelin — Postamt Friedrichshafen (Bodensee)".

Es sind geplant Mitte April eine Fahrt nach Spanien mit voraussichtlicher Landung in Sevilla, Ende April eine Nordseefahrt, ferner Tagesrundfahrten über Süddeutschland und dem Voralpengebiet (Schweiz, Vorarlberg).

Die Deutsche Reichspost behält sich vor, die Sendungen mit dem Luftschiff bis zu einem Landungsort, einer Abwurfstelle oder nach Friedrichshafen (Bodensee) zurückzubefördern. Die Sendungen erhalten den Abdruck eines Zusatzstempels „Mit Luftschiff Graf Zeppelin befördert". Die Freimarken der bei der Posthilfsstelle an Bord des Luftschiffs während der Fahrt eingelieferten Luftpostsendungen erhalten den Aufgabestempel der Hilfsstelle mit der Ortsangabe „Luftschiff Graf Zeppelin".

Im Amtsblatt des Reichspostministeriums wird bekanntgegeben, wann die einzelnen Fahrten mit Postbeförderung stattgefunden haben, und an welchen Orten Post vom Luftschiff abgegeben worden ist.



Sonntagsausflüge soll man mit guten Freunden machen

Es müssen nur die „Richtigen" zusammengehen, mit Ulmenried und Rarität in jeder Tasche, dann ist schon die Sonntagsstimmung da! Eckstein-Halpaus haben sich viel Mühe darum gegeben, die Mischung ihrer Ulmenried und Rarität so abzustimmen, daß man sich schon beim Rauchen auf die nächste freut!

ECKSTEIN-HALPAUS

ULMENRIED RARITÄT
5 Pfg. 4 Pfg.

die besten Freunde für den Sonntag!

Regierungspräsident a. D. Kruse gestorben

In der Nacht zum Sonntag ist der frühere Düsseldorfer Regierungspräsident, Wirkl. Geheimer Oberregierungsrat Dr. Francis Kruse, im fast vollendeten 76. Lebensjahre zu Godesberg gestorben.

Der Senior der münsterischen Universitäts-professoren gestorben

Samstag morgen starb im Alter von 87 Jahren der Senior der münsterischen Professoren der Wilhelm-Universität, Geheimrat Professor Dr. Josef König, der langjährige Vorsteher der landwirtschaftlichen Versuchsstation des in ganz Westfalen und weit darüber hinaus bekanntgewordenen chemischen Laboratoriums. In diesem vornehmlich Nahrungsmittelchemie betriebenen Institut hat der Verstorbene große Erfolge erzielt und seinen Namen in alle Welt bekanntgemacht.

Annahme des Essener Haushalts für 1930

In der Sitzung der Essener Stadtverordnetenversammlung am Freitag wurde der Haushalt Groß-Essens für 1930 beraten und angenommen. Der Haushalt ist ausgeglichen und schließt in Einnahme und Ausgabe mit netto 108 502 918 RM ab. Unter Berücksichtigung der eingemeindeten Orte ist der Gesamthaushalt um etwa 2 Millionen RM gesenkt worden. Um den Ausgleich zu ermöglichen, wurde die Gewerbeertragssteuer von 590 auf 610 Prozent erhöht, das Wassergeld um 3 Pf. und das Schulgeld für die höheren Schulen um jährlich 40 RM für das erste Kind. Der unsicherste Posten in der Aufstellung ist die veranschlagte Mehreinnahme an Schulgeld von 250 000 RM. Der Erhöhung des Schulgeldes steht nämlich noch ein bisher nicht aufgehobener Ministerialerlaß entgegen. Die Verwaltung hielt daher an ihrem Antrage fest, die Gewerbesteuer auf 625 Prozent zu erhöhen und das Wassergeld um 5 Pf., drang damit aber nicht durch. Den stärksten Zuschuß verlangt die Wohlfahrtsverwaltung mit 25 771 100 RM, auf die staatliche Polizei entfallen 1 850 000, Straßenunterhaltung und -neubauten 3 445 900 RM, Mittelschulen 1 095 000 RM, höhere Schulen 3 139 700 RM, Berufsschulen 919 300 RM, Folkwangschulen 363 000 RM, städtische Bühnen 1 641 200 RM, Orchester 429 600 RM.

In den Ausführungen der Verwaltung und der Fraktionsredner kam zum Ausdruck, daß der Haushalt aus wirtschaftlichen Gründen nach den Grundsätzen strengster Sparsamkeit aufgestellt sei und deshalb eine Reihe großer wichtiger Aufgaben nur unzureichend erfüllt werden können. Die Gepflogenheit der gesetzgebenden Körperschaften, den Kommunen immer neue Lasten aufzubürden, ohne ihnen entsprechende Mehreinnahmen zu ermöglichen, bringe die Städte in immer größere Bedrängnis.

Die Seegesellschaft Haltern gegründet

Unter Beteiligung der großen kommunalen Verbände. — Bau eines Freibades auf der Seehalbinsel in idyllischer Lage. — Sofortiger Beginn der Arbeiten.

Freitag wurde im Kreishaus zu Recklinghausen der Grundstein zu einem Werk gelegt, das in volkshygienischer Beziehung für das rheinisch-westfälische Industriegebiet von größter Bedeutung ist. Es wurde der Anfang gemacht zu einer großzügigen Erschließung des mit Naturschönheiten so reich ausgestatteten Nordens des Landkreises Recklinghausen als Erholungsgebiet für die Industriebevölkerung. Die Seegesellschaft Haltern wurde gegründet.

Gesellschafter der „Seegesellschaft Haltern mbH." sind neben dem Eigentümer des Sees, dem Wasserwerk für das nördliche westfälische Kohlenrevier in Gelsenkirchen, und Haltern: die großen kommunalen Verbände, nämlich der Provinzialverband von Westfalen, der Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk und der Landkreis Recklinghausen. Als Sitz der Gesellschaft wurde Haltern bestimmt. Die Geschäftsführung der Seegesellschaft liegt bei der Verwaltung des Landkreises Recklinghausen. Gegenstand des Gesellschaftsunternehmens ist der Bau und Betrieb eines Strandbades, der Betrieb von Motorbooten auf dem Halterner See, die Vermietung von Wasserfahrzeugen aller Art, der gewerbsmäßige Betrieb des Eissports sowie der Betrieb der Gastwirtschaft „Seehof". Die Gesellschaft ist berechtigt, darüber hinaus in Ausdehnung des Gesellschaftszweckes den See zu sportlichen und Erholungszwecken im Einverständnis mit dem Wasserwerk zu benutzen. Das Projekt sieht die Anlage eines großen Freibades auf der ganzen, 50 Morgen großen Seehalbinsel vor, die in unmittelbarer Nähe des neuen und geräumigen „Seehofs" liegt. Diese Gastwirtschaft, ein moderner Klinkerbau mit breiten Terrassen, nebst 10 Morgen Wald ist bekanntlich in das Eigentum des Amtes Haltern übergegangen. Das Amt Haltern bringt den Seehof als Sacheinlage in die Gesellschaft ein.

Da mit der Stauung des über 800 Morgen großen Halterner Sees am 1. Juni dieses Jahres begonnen werden wird, sollen die Arbeiten für die Anlage des großen Freibades sofort in Angriff genommen werden; denn die Arbeiten auf dem Trocknen stellen sich bedeutend billiger, als wenn sie erst nach Füllung des Sees ausgeführt werden. Sie sollen in mehreren Abschnitten erledigt werden. Der erste Bauabschnitt, also das Bauprogramm dieses Jahres, sieht die Herstellung des ganzen Badestrandes vor, der sich in ansehnlicher Breite fast rund um die ganze Halbinsel erstreckt. Ferner werden sofort zwei große, den neuzeitlichsten Erfahrungen entsprechende Umkleidehallen für mehrere tausend Personen ausgeführt. Daß es an Parkplätzen für Automobile, Motorräder und Fahrräder nicht fehlen wird, ist selbstverständlich. Der schöne Waldbestand der Halbinsel soll nach Möglichkeit geschont, aber doch der Bevölkerung zugänglich gemacht werden.

Das so entstehende große Strandbad der Seegesellschaft Haltern liegt an der Kreisstraße Haltern—Hullern, die jetzt als moderne Verkehrsstraße vom Kreise Recklinghausen ausgebaut wird. So ist der Halterner See mit der Eisenbahn, dem Auto, mit Motorrädern und Fahrrädern aus allen Teilen des Ruhrgebiets schnell und bequem zu erreichen. Haltern ist Knotenpunkt der Eisenbahnlinie Essen—Gelsenkirchen—Wanne—Haltern—Münster sowie der Strecke Wesel—Münster und mittelbar über Recklinghausen auch von Duisburg, Mülheim, Bochum, Dortmund, den westlichen Städten usw. leicht zu erreichen. Außerdem führen mehrere Autobuslinien nach Haltern. Das ausgezeichnete Straßennetz des Landkreises Recklinghausen bietet darüber hinaus für Fahrzeuge aller Art die beste Verkehrsmöglichkeit nach Haltern.

Es ist nicht daran zu zweifeln, daß der jetzt schon so rege Halterner Ausflugs- und Wochenendverkehr im kommenden Sommer sich noch bedeutend steigern wird; wird doch allein schon der Halterner See, der größte See des Ruhrgebiets, einen starken Anziehungspunkt bilden. Zudem ist der Halterner See ohne Frage auch der landschaftlich am schönsten gelegene. Tiefe Wälder umsäumen rings seine Ufer. Im Nordosten blauen die Borkenberge mit ihren, welligen Kuppen, auf denen die Segelflieger sich tummeln. Weite Heidestrecken atmen stille Einsamkeit. Im Westen von Haltern dehnen sich die bewaldeten Hügel der Hohen Mark bis tief in die Herrlichkeit Lembeck hinein. Und zu Füßen dieser Höhenzüge schlängelt sich die windungsreiche Lippe dahin, die bei den Wasserwanderern mehr und mehr beliebt wird.

Dieses idyllische Gebiet soll im Laufe der nächsten Jahre für Erholungszwecke des dichtbevölkerten Ruhrlandes einheitlich erschlossen werden. Damit wird durch die Füllung des Halterner Sees in diesem Sommer und durch die Bildung der Seegesellschaft Haltern ein hoffnungsvoller Anfang gemacht. Ein Glück, daß der Norden des Landkreises Recklinghausen wie ein grüner Kranz das schwarze Land umsäumt, und daß mit Hilfe der kommunalen Spitzenverbände alles getan werden soll, dieses schöne Fleckchen Erde nicht nur zu erhalten, sondern für die Erholungsuchenden Massen des Industriegebietes noch urbar zu machen.

Die Tagung des Westf. Blindenvereins E. V.

Alljährlich finden sich die Blinden mit ihren sehenden Helfern zu gemeinsamer Besprechung zusammen, um über die verschiedensten Fragen des Blindenwesens zu beraten. Gilt es doch, die Wünsche und Forderungen von rund 2300 Blinden, die es in Westfalen gibt, zu erfüllen. Dem Westfälischen Blindenverein sind rund zwei Drittel der westfälischen Blinden (erwachsene) angeschlossen; Kinder und Jugendliche gehören dem Verein nicht an.

Sämtliche 29 Ortsgruppen hatten am 6. April Vertreter mit ihren sehenden Beiständen nach Meschede entsandt, des weiteren waren 15 Vertreter von den örtlichen Wohlfahrts- und Fürsorgeämtern anwesend; außerdem der Vertreter des Herrn Landeshauptmanns, Leiter des Landesfürsorgeverbandes, Herr Landesrat Schmidt, die Leiterin der Provinzial-Blindenanstalt Paderborn, Schwester Bonita, und der Direktor der Provinzial-Blindenanstalt Soest, Herr Direktor Grasemann.

Am Samstag, dem 5. dieses Monats, wurde ausschließlich über die Gestaltung der örtlichen Blindenfürsorge gesprochen. Vier Vorträge wurden gehalten, woran sich jedesmal eine längere Aussprache schloß. Hierbei kamen die Erfahrungen der einzelnen Vertreter zum Ausdruck.

Morgens gegen 9 Uhr begann Herr Arronge (Bielefeld) mit dem Vortrag: „Wie werben wir für unsere Blinden?" Redner wies darauf hin, daß die Leistungen der Blinden zu wenig bekannt seien. Man müsse durch geeignete, moderne, zweckmäßige Reklame — immer wiederkehrende Zeitungsanzeigen, Schriften, Flugblätter, Vorträge, Rundfunk, Filme, Ausstellungen und dergleichen — die breite Oeffentlichkeit interessieren und vor allen Dingen aufklären, damit gewissenlosen Personen, welche die Blindheit für ihre Zwecke ausnutzen, das Handwerk gelegt oder zum mindesten erschwert wird.

Der zweite Vortrag, Hupfer (Castrop-Rauxel): „Wie gestalten wir die Versammlungen in den örtlichen Blindenvereinen?" Die Interessen der Blinden sind vielseitig, und die Mitglieder setzen sich aus allen Schichten der Bevölkerung zusammen, so daß es für den Vorstand äußerst schwierig ist, immer allen Mitgliedern gerecht zu werden. Bei allem Vereinsgeschäftlichen, Beruflichen und dergleichen dürfte das Geistige und Unterhaltende nicht vergessen werden, da ein großer Teil der Blinden nur die Versammlungen besuche, um einmal einige Stunden zwanglos mit Schicksalsgefährten zusammen zu sein, ihre Erlebnisse und Erfahrungen gegenseitig auszutauschen.

Nachmittags sprach zuerst Herr Willig (Datteln) über: „Die Zusammenarbeit in der örtlichen Blindenfürsorge." Während Herr W. einerseits schilderte, wie das Verhältnis zwischen Vorstand und Mitgliedern sein müsse, schilderte er zum anderen, wie wertvoll für die gesamte Blindenfürsorge ein einträgliches Zusammenarbeiten zwischen öffentlicher und privater Fürsorge sei, nicht nur im Interesse der Blinden, sondern auch im Interesse der Fürsorge sei es dringend zu empfehlen, daß die Sachbearbeiter der Wohlfahrts- und Fürsorgeämter für das Blindenwesen die Vorstandssitzungen und Versammlungen des Vereins regelmäßig besuchen und, wo möglich, tatkräftig und als Vorstandsmitglieder mitarbeiteten. Nur dann wäre es möglich, den Blinden die verschiedensten Vergünstigungen zu verschaffen, und vor allem den Blinden, die zum Teil zu den verschämtesten der Armen gehören, die oft peinlichen Wege zum Wohlfahrtsamt zu ersparen.

Zum Schluß sprach noch Meurer (Dortmund): „Wie unterstützen wir unsere Mitglieder und deren Angehörige?"

Sämtliche Vorträge mit Aussprache werden in der monatlich erscheinenden Vereinszeitung des Westfälischen Blindenvereins E. V., „Nachrichten", welche kostenlos durch die Geschäftsstelle, Dortmund, Kreuzstraße 4, zu beziehen ist, veröffentlicht.

Sonntags vormittags 10 Uhr eröffnete der 1. Vorsitzende, Kuhweide (Bochum) die an diesem Tage stattfindende Arbeitsausschuß-Sitzung des Westfälischen Blindenvereins, die ebenfalls von rund 90 Teilnehmern besucht war.

Nach den vereinsgeschäftlichen Angelegenheiten hielt der Geschäftsführer Meurer (Dortmund) den Tätigkeits- und Kassenbericht über das verflossene Jahr 1929. Er verwies hierbei auf die Veröffentlichungen in der Vereinszeitung „Nachrichten" und auf den Kassenbericht, der in der Einnahme 90 360,94 RM und in der Ausgabe 98 841,47 enthielt.

Die neugegründete Verkaufsabteilung des Westfälischen Blindenvereins, welche den Vertrieb der Erzeugnisse der blinden Handwerker übernimmt, wird weiter ausgebaut. Sie übernimmt das gesamte Rohstoff- und Fertiglager der Provinzial-Blindenanstalt Soest. Sie hat nunmehr 36 Vertriebsstellen in Westfalen. Ein umfangreiches Warenverzeichnis mit rund 150 Abbildungen ist fertiggestellt. — Hierauf wurde der Haushaltsplan für 1930 beraten.

Unter Punkt 3 der Tagesordnung erledigte man die verschiedensten von den Ortsgruppen eingegangenen Anträge.

Punkt 4 befaßte sich mit den Fragen des Reichsdeutschen Blindenverbandes sowie mit dem vom 27. Juli bis 2. August in Nürnberg stattfindenden Blindenwohlfahrtskongreß.

Unter Punkt „Verschiedenes" wurde u. a. noch beschlossen, daß der nächste „Westfälische Blindentag" am Sonntag, dem 29. Juni, in Bielefeld stattfinden soll.

Gegen 6 Uhr schloß der stellvertretende Vorsitzende Seydel (Bielefeld) die anregend und harmonisch verlaufene Tagung. Die Verpflegung der Teilnehmer erfolgte in dem idyllisch gelegenen Erholungsheim des Westfälischen Blindenvereins, woselbst auch die Tagungen stattfanden. Nunmehr wird das Heim wieder seiner eigentlichen Bestimmung, den kranken und erholungsuchenden Blinden kostenlos oder zu einem geringen Verpflegungssatz für einige Wochen Gesundung und Ausspannung zu bieten, übergeben.

Erweiterte Geltungsdauer der Sonntagsrückfahrkarten zu Ostern

Die verlängerte Gültigkeit der Sonntagskarten bietet die Möglichkeit zu einer Osterreise über die Tage zwischen Gründonnerstag und Dienstag nach Ostern.

Eilzugbenutzung ist bei Zahlung des tarifmäßigen Zuschlages freigegeben, D-Züge (Schnellzüge) dürfen nicht benutzt werden.

Die Karten gelten zur Hinfahrt am Gründonnerstag, 17. April, ab 12 Uhr, sowie von Karfreitag, 18. April, bis zum Ostermontag, 21. April, unbeschränkt.

Zur Rückfahrt berechtigen sie am Karfreitag, Ostersonntag und -montag; am Ostersamstag sowie am Dienstag nach Ostern muß die Rückreise bis 9 Uhr angetreten sein.

Brandstiftungsepidemie

In den letzten Monaten sind in dem Orte Brenken bei Geseke nicht weniger als 16 Brandstiftungen verursacht worden. Nun wird ein neuer Fall bekannt. In dem Anwesen des Landwirts Plattmann brach nachts Feuer aus, dem das stattliche Wohnhaus zum Opfer fiel. Die Bewohner konnten nur das nackte Leben retten. Es ist auf die Ergreifung der Täter eine hohe Belohnung ausgesetzt.

Arbeiter-Rundfunkhörer!

Lest Eure Zeitschrift:

„Der neue Rundfunk"!

Für unsere Kinder

FLICK FLOCK FLAUM

EINE ZWERGENGESCHICHTE IN BILDERN UND VERSEN



Nach den Ostertagen
kamen neue Plagen,
aus 'nem Notbehelf von Haus
holte sie ein Schutzmann 'raus.



Band mit derben Stricken
Flaum an Flock und Flicken.
„Marsch! Wer hier vagabundiert,
wird sofort in Haft geführt!"



Ortsvorsteher Krause
stand vor seinem Hause,
und er tat als Sozialist
was ein andrer meist vergißt.



Nämlich Leid abwenden,
Armen Gutes spenden,
und so wies der gute Mann
unsern Drei'n 'ne Hütte an.

Wirtschaft und Gewerkschaft

Natürlich — und ganz recht: Die hohen Gehälter!

Wo man sparen kann

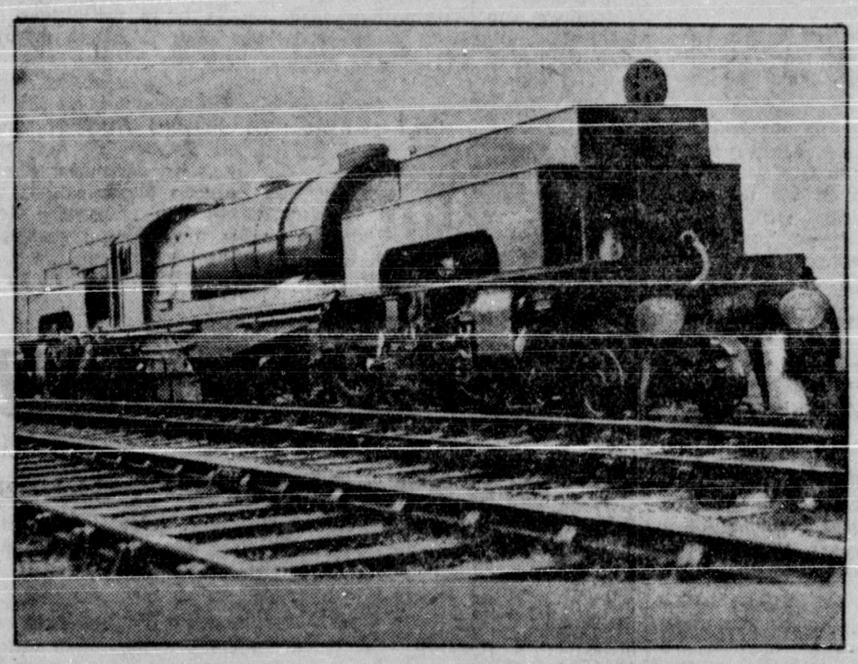
Entdeckungen der „Bergwerkszeitung"

In einer Zuschrift an die „Bergwerkszeitung" wird betont, daß Millionen gespart werden könnten, wenn man „der Korruption, die in die ehemals so verläßliche Beamtenschaft in Staat und Gemeinde eingerissen ist, mit den strengsten Maßnahmen zu Leibe ginge." Es wird dann eine Aufstellung gemacht über Korruptionsfälle bei der öffentlichen Hand mit einer Gesamtunterschlagungssumme von rund 70 Millionen Mark. Der Sklarekfall sei dabei noch gar nicht enthalten, so daß man mit einer runden Summe von 100 Millionen Mark rechnen könnte.

Auch wir sind damit einverstanden — und wer sollte es nicht sein!, — daß der Korruption mit den strengsten Maßnahmen zu Leibe gegangen wird. Verwunderlich aber ist, daß der Schreiber in der Bergwerkszeitung nur Korruptionsfälle bei öffentlichen Körperschaften kennt. Von dem Frankfurter Versicherungsskandal, bei dem über 30 Mill. Mark flöten gingen, weiß er anscheinend nichts und auch nichts von den Dutzenden Millionen Mark, die z. B. unter deutschnationaler Regie in der Raiffeisenbank verludert wurden.

Eigenartig ist auch der Versuch, die Korruptionsfälle als Erscheinung der Nachkriegszeit zu bezeichnen. Offenbar soll damit der Republik eins ausgewischt werden. Aber auch in der Monarchie gab es Skandalfälle erster Ordnung. Und wieviel mehr wäre damals ans Tageslicht gekommen, wenn nicht die große Volksmasse von der Verwaltung in Reich, Staat und Gemeinde so gut wie ausgeschlossen gewesen wäre, also viel größere Vertuschungsmöglichkeiten bestanden. Ferner: Ist es noch notwendig, die „Bergwerkszeitung" daran zu erinnern, wie die Zeit des „herrlichen Stahlbades" von der Wirtschaft zum korruptiven Großverdienen ausgenutzt wurde? Das gleiche in der Inflationsperiode. Unter den „erhebenden" Erscheinungen dieser Zeit kranken wir heute noch. Wenn man nicht von vornherein sich sagen müßte, daß man bei der „Bergwerkszeitung" auf völliges Unvermögen stößt, dann würden wir an sie auch die Frage richten, ob nicht die ersten und tiefsten Ursachen der Korruptionsfälle typische Auswüchse der von der „Bergwerkszeitung" so stark verherrlichten kapitalistischen Wirtschaftsform sind.

In dem Artikel der „Bergwerkszeitung" wird auch auf die hohen Gehälter verwiesen. Als Beispiel wird angeführt, daß 5 Direktoren in der Berliner Verkehrsgesellschaft pro Jahr angeblich 585 000 Mark beziehen. 500 000 Mark könnten gespart werden, wenn man die Höchstgehälter auf 1000 Mark im Monat beziffern würde. Wir fragen auch hier wieder, weiß die „Bergwerkszeitung" nichts von den Riesengehältern in der Privatindustrie? Weiß sie nichts davon, daß diese Gehaltspolitik der Privatindustrie immer als Berufungsfall für Gehaltsfestsetzungen in den Betrieben der öffentlichen Hand angeführt werden? Warum setzt sie sich nicht dafür ein, daß allgemein die Mammutgehälter auf ein Maß beschränkt werden, das als erträglich bezeichnet werden kann? Sie redet von abgebauten Bank- und Fabrikdirektoren, die infolge der miserablen wirtschaftlichen Lage keine Stellung finden und oft sogar mit Staubsaugern hausieren gehen müssen. Diese Behauptung kann doch nicht über die Tatsache hinweg täuschen, daß die Privatindustrie gegen früher und auch im Vergleich zu Betrieben der öffentlichen Hand eine riesige Zunahme an leitenden Stellen hat. Die Belegschaften wurden vermindert, Techniker und kaufmännische Angestellte entlassen, aber die Zahl der Direktoren ist um das mehrfache größer wie früher. Also bleibt festzustellen, die „Bergwerkszeitung" bleibt auch hier mit ihrem Sparvorschlag durch Abbau der Mammutgehälter auf halbem Wege stehen. Mit Absicht. Ihr geht es nicht um das Sparen. Ausschließlich Zweck des Artikels ist die Stimmungsmache gegen die öffentlichen Betriebe und die Kommunalwirtschaft insgesamt, um die Basis für die Gewinnpolitik des Großkapitals noch vermehren zu können.



Eine „Ueber"-Lokomotive

Diese neue riesige Güterzuglokomotive wurde soeben in den Dienst einer englischen Eisenbahngesellschaft gestellt. Sie ist über 178 Tonnen schwer und vermochte einen Güterzug von drei Kilometer Länge von Sheffield nach London zu schleppen.

Herunter mit den Hypothekenzinsen

Die Erleichterung auf dem Geldmarkt hat sich bei den Zinssätzen für Hypothekendarlehn kaum ausgewirkt. Wenn es auch verständlich ist, daß die Hypothekenbanken nicht sofort auf Marktänderungen reagieren, und sie zum Anlaß langfristiger Dispositionen machen können, so muß doch betont werden, daß eine größere Senkung der Hypothekenzinsen auf Grund der Geldmarktlage durchaus möglich wäre. Von der Notwendigkeit zur Senkung erst gar nicht zu reden. Auch das Berliner Tageblatt hält eine sofortige Senkung für möglich und nötig. Es behauptet, „daß die überwiegende Zahl der Hypothekenbanken den Auszahlungssatz ihrer Darlehn heute auf 94½ bis 95 Prozent festsetzen kann, ohne daß die Gefahr besteht, das Unternehmen könnte notleiden oder die Aktionäre würden zu kurz kommen." „Es wird weiter betont, die Situation am Pfandbriefmarkt könne nicht mehr zum Vorwand genommen werden, um die Zinsermäßigungen noch weiter hinaus zu schieben." Der Absatz am Pfandbriefmarkt habe sich nach der ausgesprochenen Hausse im März stabil fortentwickelt.

Amerikanisches Tempo

84proz. Gewinnsteigerung der Western Electric. — 43proz. Umsatzerhöhung. Der zur Gruppe der American Telegraph and Telephone Co. gehörige amerikanische Elektrokonzern weist den im Geschäftsjahr 1929 erzielten Reingewinn mit 36 405 000 Doll. gegen 19 708 000 Doll. im Vorjahr aus. Der Umsatz ist von 287,9 auf 410,9 Mill. Doll. gestiegen, hat sich also um 43 pCt. erhöht, während der Reingewinn um 84 pCt. zugenommen hat. Im Geschäftsbericht wird gesagt, daß die Gesellschaft im abgelaufenen Geschäftsjahr rund 3000 Kinotheater mit ihren Apparaturen für sprechende Filme ausgestattet hat.

Kein neuer Gelsenkirchener Stickstoff

Die Verwaltung der Gelsenkirchener Bergwerks A.-G. hat das bekannte Projekt der Errichtung einer Stickstoffabrik auf unbestimmte Zeit aufgeschoben.

Das Berliner Tageblatt bemerkt dazu:

Wie wiesen bereits früher darauf hin, daß eine Ausführung des Projektes rein technisch nicht möglich sei, solange die Gesellschaft nicht durch Ausbau und Vergrößerung der Kokerei auf der Zeche Monopol über erheblich höhere Gasmengen verfügen könne, als es gegenwärtig der Fall ist und daß ein solcher Kokereiausbau wiederum umfangreiche Untertagarbeiten zum Zwecke der Förderungssteigerung voraussetze. Wenn sich jetzt unsere frühere skeptische Auffassung bestätigt und das ganze Projekt fallen gelassen worden ist, so beweist das wohl, daß es auch von den an den jetzt abgeschlossenen Stickstoffsyndikatsverhandlungen teilnehmenden Kreisen nur als taktischer Zug gewertet worden ist. Dieser Zug ist nun zurückgenommen worden, ohne daß irgendein Gegenwert erzielt worden wäre. Auch für die Zukunft sind Gelsenkirchen keinerlei Zusagen vom Stickstoff-Syndikat gemacht worden. Innerhalb des im Ruhrbergbau bezw. der Deutschen Ammoniakverkaufsvereinigung zugeteilten Kontingents bleibt, abgesehen von den noch im Bau befindlichen Anlagen des Fiskus und den Erweiterungsbauten der Ruhrchemie Akt.-Ges., kein Raum für neue Kapazitäten. Das Projekt dürfte also für die Dauer des neuen Stickstoffsyndikatsvertrages endgültig erledigt sein.

Der Internationale Gewerkschaftsbund

Verlegung des Sitzes der Gewerkschaftsinternationale nach Berlin.

Der Französische Gewerkschaftsbund gegen Berlin.

g Die in Paris abgehaltene Sitzung des Nationalrates des Französischen Gewerkschaftsbundes (G. G. T.), befaßte sich u. a. mit den auf dem Stockholmer Internationalen Gewerkschaftkongreß im Juli dieses Jahres zur Behandlung gelangenden Fragen und insbesondere mit dem Problem des Sitzes des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der Wahl des Generalsekretärs.

Soweit wir informiert sind, steht innerhalb der Gewerkschaftsinternationale der Französische Gewerkschaftsbund mit seinem Standpunkt bis jetzt ziemlich isoliert. Wenn sich nicht unerwartetes ereignen sollte, so kann mit der Verlegung des Sitzes des internationalen Gewerkschaftsbundes von Amsterdam nach Berlin bereits als mit einer Tatsache gerechnet werden.

Eisen- und Stahlindustrie

Ver. Stahlwerke A.-G., Düsseldorf.

Wie WTB.-Handelsdienst erfährt, ist Bergwerksdirektor Dr. Müller-Klönne aus gesundheitlichen Gründen von der verantwortlichen Leitung der Schachtanlage Erin der Ver. Stahlwerke und der Zeche Monopol der Gelsenkirchener Bergwerks A.-G. entbunden worden. Die Leitung der Schachtanlage Erin hat Bergassessor Olfe-Dortmund übernommen.

Rheinische Stahlwerke A.-G., Essen.

Die Rheinischen Stahlwerke A.-G., Essen teilen dem WTB.-Handelsdienst auf Anfrage mit, daß sie heute noch keine Angaben über die voraussichtliche Höhe der Dividende für das am 31. März 1930 abgelaufene Geschäftsjahr (i. V. 6 Prozent) machen können. Die gegenwärtige Geschäftslage sei infolge des außerordentlich schlechten Absatzes durchweg unbefriedigend.

Keine größeren Stillegungen im Bergbau der Ver. Stahlwerke.

Entgegen den in letzter Zeit erschienenen Meldungen über neue Zechenstillegungen bei den Ver. Stahlwerken erfährt WTB.-Handelsdienst, daß trotz der bestehenden Absatzschwierigkeiten größere Stillegungen im Bergbau der Ver. Stahlwerke nicht beabsichtigt seien.

Der Auftragsbestand des Stahltrusts

Der Auftragsbestand des Stahltrusts hat eine erhebliche Zunahme erfahren. Er bezifferte sich am 1. April auf 4 571 000 Tonnen gegen 4 480 000 Tonnen am 1. März ds. Js. und 4 411 000 Tonnen zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Die Lage der Eisen- und Stahlwaren-Industrie im März

Der März brachte keine Besserung der Geschäftslage. Der Mangel an hinreichender Beschäftigung hat wiederum vielfach zu Arbeitskürzungen geführt. Ebenso ist eine Besserung der gedrückten Preise, die sich durch den scharfen Konkurrenzkampf herausgebildet haben, nicht zu verzeichnen.

Vom Bergbau

Dividendenvorschläge der Kaliwerke Salzdetfurth A.-G.

Salzdetfurth: Aus einem Reingewinn von 4 395 451 (3 800 405) RM. werden wieder 6 Prozent Dividende auf die Vorzugsaktien und wieder 15 Prozent Dividende auf die Stammaktien verteilt und 187 951 (186 905) RM. auf neue Rechnung vorgetragen.

Kaliwerke Aschersleben: Aus einem Reingewinn von 2 462 066 (2 423 755) RM. werden wieder 6 Prozent Dividende auf die Vorzugsaktien und wieder 10 Prozent Dividende auf die Stammaktien verteilt und 242 626 (167 966) RM. auf neue Rechnung vorgetragen.

Consolidierte Alkaliwerke in Westeregeln: Der Reingewinn bei dieser Gesellschaft beträgt 2 153 400 (2 130 210) RM., aus dem wieder 6 Prozent Dividende auf die Vorzugsaktien und wieder 10 Prozent auf die Stammaktien verteilt und 241 400 (171 210) RM. vorgetragen werden sollen.

Fordmillionen-Milliarden

Die amerikanische Ford Motor Co. weist für das Jahr 1929 einen Reingewinn von 81 797 861 Dollar aus gegenüber einem Verlust 72 221 498 Dollar im Jahre 1928 und einem Verlust von 42 786 727 Dollar im Jahre 1927. Ford konnte mit 1 851 092 Maschinen wieder die Normalproduktion erreichen. Der neue Wagen wird gegenwärtig in einer Tagesproduktion von knapp 9000 Wagen hergestellt.

Der Reichsbahnverkehr im März im Direktionsbezirk Essen

Der allgemeine Personenverkehr in den regelmäßigen Zügen zeigte gegen den Vormonat kaum eine Veränderung.

Gescheiterte Verhandlungen

g Die Verhandlungen, die am 11. ds. Mts. mit dem Arbeitgeberverband für den Bezirk nordwestliche Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller waren, sind endgültig gescheitert. In der Frage der Ueberstundenregelung, Mehr- und Ueberarbeit konnte eine Einigung nicht erzielt werden. Im Verlaufe der nächsten Woche wird der Schlichter für den Bezirk Westfalen angerufen.

Schiedsspruch in der elektrotechnischen Industrie des rheinisch-westfälischen Gebietes.

g **Dortmund**, 11. April. In dem Arbeitszeit- und Lohnstreit in der elektrotechnischen Industrie des rheinisch-westfälischen Gebietes wurde unter dem Vorsitz des stellvertretenden Schlichters für Westfalen folgender Schiedsspruch gefällt:

1. Mit Wirkung vom 14. 4. 1930 ab gilt folgende Arbeitszeitregelung: Die regelmäßige wöchentliche Arbeitszeit beträgt 48 Stunden. Aus betriebswirtschaftlichen oder sonstigen wichtigen Gründen kann eine wöchentliche Mehrarbeit bis zu 3 Stunden in der Woche im Einvernhmene mit der gesetzlichen Betriebsvertretung angeordnet werden. Die gesamtzulässige werktägige Arbeitszeit regelt sich nach den Bestimmungen des Mantelvertrages. Für die Mehrarbeit ist ein Zuschlag von 25 v. H. der bestehenden Lohnregelung zu zahlen. Dieses Abkommen kann mit zweimonatiger Frist erstmalig am 31. März 1931 gekündigt werden.

2. Das Abkommen, gültig ab 8. 12. 1928, wird ebenfalls mit Wirkung vom 14. 4. 1930 unverändert wieder in Kraft gesetzt mit der Maßgabe, daß alle gelernten Facharbeiter über 24 Jahre einen Stundenlohn von 1,13 Mark erhalten. Dieses Lohnabkommen kann ebenfalls mit zweimonatiger Frist erstmalig zum 31. März 1931 gekündigt werden.

Die Erklärungsfrist läuft bis zum 15. April 1930.

Unterhaltung und Wissen

Woran sterben die meisten Menschen? • Erfolge im Kampf gegen Krankheiten • Noch nicht die niedrigsten Sterblichkeitszahlen

Große Aufgaben der Volksgesundheit

Lebensdauer von 36 auf 56 Jahre erhöht

Eine der großen Errungenschaften der letzten fünfzig Jahre ist der kolossale Rückgang der Sterblichkeit, den wir den Fortschritten der Wissenschaft, die die Krankheiten verstehen gelernt und der Entwicklung der Hygiene, die sie verhüten gelernt hat, verdanken. So sind viele Seuchen, die früher hunderttausende Opfer gekostet haben, ganz oder fast ganz aus den Kulturländern verschwunden, andere Seuchen sind im Rückgang begriffen, die Menschen, die früher in großer Zahl schon als Säuglinge, Kinder und im besten erwachsenen Alter von Krankheiten dahingerafft wurden, bleiben heute viel, viel eher verschont und erreichen ein höheres Alter.

So ist auch — im Durchschnitt berechnet — das Leben der Menschen länger geworden und, während vor fünfzig bis sechzig Jahren ein Kind bei seiner Geburt nur etwa 36 Jahre Lebensdauer zu erwarten hatte, ist heute die Lebenserwartung, wenn man aus der Lebensdauer aller den Durchschnitt für den einzelnen berechnet, auf etwa 56 Jahre gestiegen. Natürlich gibt es Todesfälle in frühen Jahren auch jetzt noch, aber wenn man die Lebensjahre aller Menschen (etwa des Deutschen Reiches) zusammenrechnet und daraus den Durchschnitt für den einzelnen zieht, so sind es eben um 20 Jahre mehr geworden.

Um diesen Rückgang der Todeshäufigkeit im Menschenleben zu begreifen, muß man nur daran denken, wie vollständig die Cholera, die Pest, die Pocken (seit der Schutzimpfung!), die Malaria und der Flecktyphus aus unseren Gegenden verschwunden sind. Wie selten der Typhus und andere Darmkrankheiten geworden sind, die durch schlechtes Trinkwasser und unhygienische Aborte zu epidemischen Seuchen gemacht werden.

Man muß daran denken, daß noch um 1900 jeder vierte Säugling schon in seinem ersten Jahre gestorben ist, heute dagegen nur jeder zehnte stirbt.

Daß die Kinderkrankheiten früher viel mehr Opfer gefordert haben, daß der Fortschritt der Medizin heute in jedem Lebensalter so manche Krankheit heilen oder bezähmen kann, der wir früher machtlos gegenübergestanden sind. Erinnern wir nur beispielsweise an die Heilbarkeit der Syphilis, an die Insulinbekämpfung der Zuckerkrankheit, an die stattliche Reihe wirksamer Medikamente der inneren Medizin und rettender Operationsmethoden der Chirurgie, sowie an die Einführung der „Asepsis", der keimfreien Wundbehandlung, die früher so viele Todesfälle an Wundfieber, vor allem so viele Fälle von tödlichem Kindbettfieber verschuldet hat. In den letzten Jahren ist sogar die Tuberkulosesterblichkeit ganz beträchtlich zurückgegangen, und wir konnten zufrieden sein, wenn — ja, wenn nicht nach dem gewaltigen Siegeszug der Menschen gegen den Tod unser Selbstbewußtsein gewachsen wäre und wir nun erst recht zu weiteren Erfolgen entschlossen wären, die der Krankheit, die trotz alledem immer noch so vieler Menschen Leben bedroht, weitere Niederlagen bereiten will.

Vor allem müssen wir entschlossen sein, jene Krankheiten zu bekämpfen, die in unserer Zeit eine größere Bedeutung erlangt haben, als sie früher hatten, die, nach den Erfolgen gegen die einstigen Hauptmörder der Menschheit, heute die meisten Todesopfer erfordern.

Dazu gehört in allererster Linie der Krebs. Die Todesfälle an Krebs übertreffen heute an Zahl vielfach schon die der Tuberkulose, diese bösartigen Geschwülste stehen obenan in der Reihe der Todesursachen, denen die Menschen erliegen. Viel häufiger als früher einmal müssen die Aerzte die Diagnose „Krebs" stellen. Worauf das zurückzuführen ist? Nun, zum Teil wohl darauf, daß die Aerzte jetzt dank den Fortschritten in der Kunst der Diagnose, den Krebs häufiger erkennen, weshalb er auch häufiger verzeichnet wird. Zum anderen Teil auch deshalb, weil eben jetzt mehr Menschen als früher ein höheres Alter erreichen — und der Krebs ist ja ein Leiden, das fast immer erst im höheren Alter auftritt. Ob es endlich in unserer Zeit, in unserer Lebensweise Ursachen gibt, die eine häufigere Krebserkrankung begünstigen? Die Frage kann eigentlich noch nicht beantwortet werden. Denn wir wissen noch viel zu wenig über die Entstehung dieser Geschwülste, als daß wir behaupten könnten, die Menschen von heute seien mehr Krebsursachen ausgesetzt als die einer anderen Zeit.

Daß wir gewisse Krebse kennen, die in bestimmten Geweben mit besonderer Häufigkeit beobachtet werden, besagt angesichts der Masse von Krebsfällen, deren mit unbekannter Entstehungsursache, noch herzlich wenig.

Je höher das Durchschnittsalter des Menschen wird, desto häufiger werden auch die Krankheiten des Herzens und der Blutgefäße, die zum großen Teil „Abnutzungskrankheiten" sind. Es erklärt sich auch die Tatsache, daß die Blutkreislauferkrankungen, die gleichfalls das höhere Lebensalter bevorzugen, heute eine Hauptrolle unter den häufigsten Todesursachen spielen, wieder zum Teil daraus, daß die Menschen durchschnittlich älter werden. Doch mag die Häufigkeit der Blutgefäßerkrankungen, vor allem der Arterienverkalkung und der Blutdruckstörungen gewiß aber auch vieler Fälle von Herzmuskelschwäche eine Zeiterscheinung sein: Die Plage, die nervöse, rastlose Hetzjagd, die ewigen Aufregungen unserer rasch und intensiv arbeitenden und lebenden Menschheit begünstigen die Abnutzungskrankheiten, die sich in erster Linie am Blutgefäßsystem und am Nervensystem auswirken. Die Sterblichkeit an Kreislaufstörungen ist in den letzten fünfzehn Jahren in Deutschland um 15 Prozent bei den Frauen, um 20 Prozent bei den Männern gestiegen.

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika hat sie sich seit dem Jahre 1901 gar nahezu um die Hälfte erhöht, was vielleicht auch ein Symptom dessen darstellt, was man das „amerikanische Tempo" nennt.

Wie sehr unsere Zeit die Nerven angreift und wie sehr verbreitet die nervösen Störungen jetzt sind, sei nur nebenbei angeführt, da sich diese Zeitkrankheiten ja nicht in nennenswertem Maße in der Statistik der Todesfälle auswirken. Nur in der Häufigkeit der Selbstmorde kommt der nervös-seelische Zustand der Bevölkerung zum Ausdruck. Ein deutscher Arzt hat erst vor kurzer Zeit darauf aufmerksam gemacht, wie notwendig es wäre, in dem modernen, nervenzermürbenden Getriebe doch darauf zu achten, was alles zur Entlastung von Hirn und Nerven der Menschen getan werden könnte.

Wieviel Gedächtnisstoff, der unser Gehirn belastet, wäre mit der Zeit entbehrlich zu machen! Nur ein Beispiel: So viele Kaufleute, Beamte, geistige Arbeiter müssen in dem so stark international gewordenen Berufsleben ihr Hirn mit Sprachkenntnissen zerquälen, obwohl die enge Verbindung, ja Durchdringung der Völker heutzutage schon längst eine einzige internationale Verkehrssprache notwendig macht, wie sie etwa das Esperanto darstellen will. Oder wieviel Nervenbelästigung könnte den Menschen, vor allem den Arbeitern, erspart bleiben, wenn man mehr darauf achten würde, in Haus, Fabrik und Straße die Störungen durch Lärm und Licht auf das notwendige Maß zu beschränken, was durch schalldämpfende Vorrichtungen, durch Schalldichtung der Häuser und dergleichen gewiß in beträchtlichem Grade durchführbar wäre.

Mit besonderen Schädigungen für die Nerven bedroht aber die Rationalisierung der Betriebe die Arbeiterschaft, die vor allem durch die Arbeitsteilung und die weitgehende Anspannung und Konzentration der Aufmerksamkeit ein wirkliches Nervenproblem geworden ist.

Eine unserer größten gesundheitlichen Zeitsorgen stellt der Rheumatismus dar. Er wirkt sich nicht nur sehr bedeutend in der Sterblichkeitstabelle aus, da ja so viele Herzfehler rheumatischer Natur sind. Er macht vor allem eine ungeheure Zahl von Menschen krank, einen Teil davon häufig oder gar dauernd arbeitsunfähig und ist eine jener Krankheiten, die schon allein ihrer Häufigkeit nach zu den schädlichsten und kostspieligsten Leiden gehören, die die Volksgesundheit beeinträchtigen.

Darum wendet sich auch die medizinische Forschung jetzt immer intensiver dem Rheumatismus zu, der ja in so vielfältiger Form in Erscheinung tritt, in seiner Ursache noch so wenig geklärt ist und in seiner Behandlung oftmals noch die größten Schwierigkeiten bietet.

Nehmen wir zu all dem noch die Tatsachen, daß an Grippe und Lungenentzündung, an manchen Kinderkrankheiten, an der Syphilis und ihren Folgen, an Tuberkulose und endlich auch am Abortus noch immer viel zu viele Menschen zugrunde gehen, so sehen wir immerhin eine stattliche Reihe großer volksgesundheitlicher Aufgaben, die unserer und der kommenden Zeit zu lösen vorbehalten sind. Wir haben die niedrigsten Sterblichkeitszahlen noch nicht erreicht, so groß, so ungeheuer auch die Erfolge der letzten 50 Jahre gewesen sind. (Aus: „Der Kassenarzt".)

Die merkwürdigste Musikkapelle

Die merkwürdigste, um nicht zu sagen unheimlichste Musikkapelle hat es auf der französischen Strafkolonie Neukaledonien in der Südsee gegeben. In einer Gefangenenstadt hatte sich dort ein Orchester gebildet, dessen Mitglieder jedem gewöhnlichen Sterblichen ein gelindes Gruseln hätten verursachen können. Die Musiker sind nämlich samt und sonders Schwerverbrecher gewesen, und um so verwunderlicher war es, welch hohes Ansehen diese Kapelle genoß. Bei allen wichtigen Anlässen, Feiertagen, Festtagen, Geburtstagen der Gefängnisbeamten usw. war dieses Orchester zur Stelle und spielte die leichtesten und ernstesten Stücke, wie es gerade passend war. Die Strafkolonie war ohne diese Musikbande kaum noch denkbar. Der Dirigent dieser Verbrecherbande — denn um nichts anderes handelte es sich ja in Wahrheit — war ein dreifacher Raubmörder. Dieser Mann war einige Jahre zuvor noch Geiger in der Großen Oper in Paris gewesen. Der erste Trompeter war ein Vatermörder. Am schlimmsten war ein Streichmusiker, der als Gastwirt ahnungslose Reisende im Schlafe ausgeraubt und oft sogar ermordet hatte; sechs Reisende standen auf seinem „Konto". Der Posaunenbläser hatte seine Frau zerstückelt und die einzelnen Teile vergraben. Der Pauker hatte einen Gerichtsvollzieher, der bei ihm pfänden wollte, totgeschlagen. Der Trommler hatte seinen Hauswirt mit einem Beil erschlagen, weil er Miete gefordert hatte. Der Flötist war ein Sittlichkeitsverbrecher gewesen. Ein Bassist hatte einen Kassenboten überfallen und ausgeraubt. . . .

*

Diese illustre, auserwählte Gesellschaft konzertierte jeden Sonntag, außerdem bei allen wichtigen Gesellschaften. In unserer heutigen sensationsgierigen Zeit müßte eine solche Kapelle einmal auf Gastspielreisen gehen —; der Erfolg wäre gesichert! g. s.



Autoris. Uebersetzung aus dem Amerikanischen von Gertrud von Hollander. 5] Gebrüder Enoch Verlag, Hamburg.

Es konnte wohl sein, daß heute abend mancher keinen Schlaf fand infolge des ungewohnten Aufbruches und des Sturmes und des Schlingerns wegen und endlich, weil die Mollie Able sich gar zu geräuschvoll mit ihrer Breitseite gegen die gewaltig andrängenden Wogen stemmte. Ganz bestimmt aber würden Andy Hawks, der Steuermann Mark Hooper und die Mannschaft der Molli Able kein Auge zutun. Aber auch das war ja schließlich nichts Ungewohntes.

Um Mitternacht pochte ein hübscher und völlig verstörter junger Mann namens Gaylord Ravenal in Nachthemd und Schlafrock an die Kajütentür seiner Schwiegermutter. Aus der Kabine, die er soeben verlassen hatte, drangen herzzerreißende Töne: Wimmern, halb unterdrücktes Wehklagen und lautes Stöhnen, als befände sich ein Tier in Todesnot. Magnolia Ravenal gehörte nicht zu den Naturen, die schweigend leiden. Dazu war sie zu dramatisch veranlagt.

Dank der schon beinahe märchenhaften Geschicklichkeit des erfahrenen Hooper kam tatsächlich eine höchst gewagte Landung oberhalb von Cairo zustande. Sie suchten die ganze Umgegend nach einem Doktor ab, ohne Erfolg; denn zahlreiche durch die Sturmflut herbeigeführte Unglücksfälle beanspruchten allenthalben ärztliche Hilfe. Kapitän Andy hatte endlich eine handfeste Hebamme aufgetrieben, die sich zunächst sehr ablehnend verhielt und erst durch eine geradezu enorme Geldsumme zu bewegen war, den gefährlichen Gang zum Fluß hinunter zu wagen. Schließlich kletterte sie doch schwerfällig unter vielem Stöhnen und schwarzen Prophezeiungen das schlüpfrige Ufer hinab, mit der seelischen und körperlichen Unterstützung des beweglichen kleinen Kapitäns, so wie etwa ein winziges Schleppboot einen unbeholfenen Ozeanriesen unter gewaltigem Aufwand an Kraft und Lärm ans Ziel schleppt. Er hatte übrigens vollkommen den Kopf verloren. Bestand doch zwischen Andy Hawks und seiner Tochter Magnolia Ravenal das starke Band von Zuneigung und gegenseitigem Verständnis, das zwischen dem an die Wand gedrückten Ehemann und der nicht immer beneidenswerten Nachkommenschaft einer so bösen Sieben- wie Parthy Ann Hawks es war, so häufig zu entstehen pflegt.

Als, kaum eine Stunde später, Gaylord Ravenal schmutzbespritzt und vollkommen durchweicht mit einem schreckensblassen jungen Doktor ankam, der zum ersten Male in seinem Leben zu einer Entbindung geholt wurde, fand er die fette Hebamme schon völlig in ihrem Element und ganz und gar von der löblichen Absicht erfüllt, jedem jungen medizinischen Neuankömmling die Zähne zu zeigen, der den Versuch zu machen wagte, einer Frau von ihrer Erfahrung irgendwelche Anordnungen zu geben.

Es war eine denkbar unvorschriftsmäßige und in hygienischer Beziehung höchst bedenkliche Entbindung, die zwischendurch einen gräßlichen Herzschlag lang zwischen einer Tragödie und einem platten Lustspiel schwankte. Denn gerade während der Krise, kurz vor Tagesanbruch, fragte die fette Hebamme in aller Geschäftigkeit den schweißtriefenden jungen Arzt: „Ob es wohl so weit ist, daß man ihr etwas zu schnupfen gibt?"

Einigermaßen verdutzt, aber ängstlich bemüht, seine Unwissenheit zu verbergen, hatte er ihr sachverständig erwidert: „Hm, mal nicht so schnell damit. Nein, ich danke, wir können noch etwas warten."

Zehn Minuten später wiederholte die Frau ihre Frage: „Jetzt sollte man sie wohl schnupfen lassen. Meiner Meinung nach ist's soweit."

„Ja, Sie haben vielleicht recht." Er sah sie ängstlich fragend an, was sie wohl damit meinte und verfluchte seine eigene Unwissenheit. Zu seinem sprachlosen Entsetzen sah er noch ehe er ihr hatte in den Arm fallen können, wie sie eine [illegible] Schnupftabak in jedes Loch von Magnolia Ravenals Nase stopfte. Und so kam Kim Ravenal unter einer ganzen [illegible] von kräftigen „Hazzies" zur Welt.

„Barmherziger Heiland!" schrie der junge [illegible] zu Tode erschrocken. „Sie haben sie umgebracht!"

„Scheren Sie sich gefälligst zum Teufel!" [illegible] ihm die dicke Hebamme mürrisch zur Antwort, denn sie [illegible] gerade hungrig und müde und sehnte sich erbärmlich nach [illegible] Tee. „Aha! Ein Mädchen. Und alle schworen sie auf [illegible] Jungen. Was anderes kam gar nicht in Frage." Sie wa[illegible] sich an Magnolias Mutter, die behäbig und unbeholfen am Bettende stand. „Na, Frau... wie war doch gleich der Name? Hawks... richtig... Na, Frau Hawks, jetzt wollen wir erst mal die junge Dame hier waschen, und dann wäre ich Ihnen recht dankbar für eine Kanne Tee und einen Imbiß. Ich habe ganz gern etwas Kräftiges zum Frühstück."

Das alles lag nun schon eine ganze Stunde zurück. Magnolia Ravenal lag noch immer still und teilnahmslos. Sie hatte noch nicht mal einen Blick auf ihr Kind geworfen. Ihre Mutter beklagte sich soeben bitterlich den anderen gegenüber.

„Keinen Tropfen von der schönen starken Bouillon will sie mir anrühren. Schlägt mir einfach den Löffel aus der Hand. Und dabei sieht sie aus wie eine Leiche. Ich hab's aber jetzt satt. Ich mache ihr jetzt einfach den Mund auf und gieße ihr die Suppe hinein..."

Der junge Arzt hob abwehrend die Hand. „Nein, davon würde ich denn doch abraten." Er beugte sich über das weiße Antlitz auf dem Kopfkissen. „Nur einen Löffel voll," redete er ihr liebevoll zu. „Einen einzigen Schluck!"

Sie schenkte ihm kein zweites Lächeln. Er blickte ratlos von der erbosten Frau mit dem Kochtopf zu den beiden anderen Grazien. „Ist denn niemand anderes da...?"

Die männlichen Mitglieder der Truppe und die gesamte Schiffsmannschaft waren, wie er sehr wohl wußte, mit langen Stangen an Deck beschäftigt, um die im Wasser treibenden Gegenstände von den beiden Schiffen fernzuhalten. Gaylord Ravenal war sicherlich auch dabei. Er war im Laufe der Nacht wohl ein dutzendmal herein- und hinausgelaufen. Sein hübsches junges Gesicht (zu hübsch, hatte der unhöfliche junge Arzt im stillen festgestellt) war ganz entstellt vor Entsetzen, Mitleid und Selbstvorwürfen. Der Doktor hatte auch bemerkt, daß die junge Frau kein bißchen weniger laut schrie, wenn ihr Mann im Zimmer war. Nur als er ihre verkrampften Finger ergriff und seine Hand auf ihre feuchte Stirne legte und mit verzweifelter Stimme zu ihr sagte: „Ach, Nola! Nola! Nicht doch! Ich habe ja nicht geahnt, daß es so... Nein, das hab' ich nicht geahnt... Magnolia..." hatte sie mit zusammengebissenen Zähnen und weißen Lippen zu ihm gesagt, aus dem uralten Wissen um die Geburtswehen des Weibes heraus: „Das ist nun schon so, Gay... Immer... immer dasselbe... verdammt noch mal!... Du brauchst dir keine Gedanken zu machen... Es ist... ganz..." Und der verstörte junge Arzt hatte zum ersten Male Magnolia Ravenals ergreifendes Lächeln zu sehen bekommen.

(Fortsetzung folgt.)

Sittengeschichte des Weltkrieges

Das große erotische Kompendium des XX. Jahrhunderts

Herausgegeben von Sanitätsrat Dr. Magnus Hirschfeld
unter Mitarbeit und mit Beiträgen von Professor Dr. Friedrich S. Krauss, Ernst Friedrich, Heinrich Wandt, Dr. J. R. Spinner, Dr. A. Gaspar

Diese Geheimgeschichte des Weltkrieges in 2 großen und starken Bänden

wird mit ihrem Illustrationsmaterial von rund **1000** Bildern, Karikaturen, Zeichnungen, fotografischen Aufnahmen und Faksimiles einzig unter allen bisherigen sittengeschichtlichen Veröffentlichungen dastehen.

1. Band

Vorkriegsjahre / Kriegsbeginn
Die Jahre des Weltbrandes

Der typologische Werdegang der Vorkriegsfrau: Halbjungfrau, das Nixchen, das süße Mädel, die Vorkriegskokotte, die Tippmamsell, die Suffragette, die Revolutionärin. — Die sexuelle, wirtschaftliche und politische Befreiung der Frau. — Das normale und abnormale Geschlechtsleben der Vorkriegsjahre. Die Liebe in Literatur, Presse, Kunst und Wissenschaft der Vorkriegszeit. — Die erotischen Hintergründe des Kriegsausbruches. — Patriotismus und Erotomanie. — Die ersten Evakurierungen: Offiziere und Soldaten der Eroberungsarmeen als Don Juans. — Kriegsnotzucht und sexuelle Gewalttaten. — Atrozitäten, Bestialität und Grausamkeiten auf den Kriegsschauplätzen und in der Phantasie der Zeit. — Schützengrabenerotik und Kriegspornographie. — Die Geschlechtsnot der Soldaten. Die Erotik in den Kriegsgefangenen- und Internierungslagern. — Die gleichgeschlechtliche Liebe im Kriege. — Prostituierte und große Kokotten im Dienste der Kriegsspionage. — Hochverräter und Deserteure aus Liebe. — Die Prostitution im Feld, in der Etappe und im Hinterland: — Feldbordelle und Liebe um einen Laib Brot.

2. Band

Zusammenbruch
Revolutions- und Nachkriegszeit

Das Liebesleben des Hinterlandes; Die entfesselte Erotik und der Bankrott der Sexualmoral. — Prostitution, Perversitäten und Geschlechtskrankheiten als Kriegsfolge. — Wohin die Millionen der Kriegsgewinner wanderten. — Verwundetenkultus und Krankenpflege als erotischer Zeitvertreib. — Die Frauentypen der Zeit: die Kriegshysterikerin, die Kriegsbraut, die Kriegswitwe, die Frau als Mannersatz im Wirtschaftsleben, Kriegsehen und -ehebrüche. — Weibliche Soldaten und die Sadistin im Kriege. — Erotische Kriegskunst und Kriegsliteratur. Die Kriegssatte und liebeshungrige Menschheit. — Die Auflösung der Front. Revolutions- und Liebestaumel. — Der Umsturz in Rußland und in den Zentralstaaten; Erotische Revolution und revolutionäre Erotik. — Die soziale Umschichtung der Nachkriegszeit: Die bürgerliche Frau als Prostituierte. — Der Bankrott der bürgerlichen Ehe. — Die Frauentypen der Nachkriegsjahre: die Garçonne. Liebesleben, Perversitäten, Prostitution und Mädchenhandel der Nachkriegszeit. — Die sexuelle Freiheit in Kunst, Literatur und Mode der Nachkriegszeit.

Die Sittengeschichte des Weltkrieges ist ein sittengeschichtliches Werk größten Stils, daß sich zum erstenmal ausführlich und rücksichtslos mit den Sitten- und Kulturproblemen des großen Völkerringens auseinandersetzt. Es ist mehr als alle historischen Fachwerke und Kriegsmemoiren geeignet, das wahre Gesicht des Krieges zu zeigen, da es mit restloser Offenheit jene menschlichen Seiten der furchtbarsten aller Menschheitskatastrophen enthüllt, an denen die zünftige Geschichtsschreibung achtlos vorbeigeht. Es werden die tieferen Zusammenhänge zwischen Krieg und Erotik aufgedeckt und die Umwälzung, die der Krieg auf moralischem, sexuellem und kulturellem Gebiete bewirkt hat, zum Gegenstand einer erstmaligen erschöpfenden Untersuchung gemacht. Das unerhört reichliche Illustrationsmaterial aus Museen, Archiven sowie sonst unzugänglichen Privatsammlungen aller Länder wurde für das Werk vom Berliner Institut für Sexualwissenschaft gesammelt und zusammengestellt. Ein beträchtlicher Teil der in vorzüglicher Reproduktion veröffentlichten Aufnahmen und Zeichnungen wurde auf Grund einer großzügigen Werbearbeit durch Aufrufe in 500 führenden Tagesblättern und Zeitschriften von Kriegsteilnehmern beigestellt.

Subskriptionsschein

Der Unterzeichnete bestellt vor Erscheinen des ersten Bandes bei der

„Volksbuchandlung" Gelsenkirchen, Ringstraße 33

„Sittengeschichte des Weltkrieges"

herausgegeben von Sanitätsrat Dr. Magnus Hirschfeld, 2 Ganzleinenbände zum Subskriptionspreis von

25 Mark pro Band

Beide Bände sind auf bestem Kunstdruckpapier gedruckt. Jeder Band zirka 400 bis 480 Seiten stark. Das gesamte Werk enthält zirka 1000 Bilder, Beilagen, farbige Kunstdrucktafeln usw. — Nach Erscheinen des ersten Bandes erlischt der Subskriptionspreis und es tritt eine wesentliche Erhöhung des Verkaufspreises ein. — Der erste Band erscheint April 1930, der zweite Band im Juli 1930. Der Betrag von Mark ..... folgt gleichzeitig — soll bei Erscheinen jedes Bandes nachgenommen werden. — Eigentumsrecht bis zur vollständigen Bezahlung vorbehalten. — Erfüllungsort: Gelsenkirchen.

Name und Beruf: _____

Ort und Datum: _____ Straße und Haus: _____

(Um deutliche Schrift wird gebeten).

Da nur eine beschränkte Auflage des vorstehenden Werkes hergestellt wird, ist die Lieferungsmöglichkeit vorbehalten.

Auf Wunsch illustrierter Prospekt gratis durch nebenstehende Buchhandlung.

Volksbuchhandlung

Gelsenkirchen, Ringstraße 33

Buerscher Gerichtstag

Bestrafter Einbrecher.

Vor Monaten hatte der Arbeiter N. an der Weser bei einem Landwirt Beschäftigung gefunden. Die Arbeit schmeckte ihn aber scheinbar dort nicht, und er begab sich eines Tages nach Buer, indem er seiner Mutter vorschwindelte, er habe Urlaub erhalten. Als die schöne Urlaubszeit vorbei war, schickte die Mutter den Sohn wieder fort. Der aber dachte gar nicht daran, zurückzukehren, und kam vielmehr auf den Gedanken, sich durch Diebstähle Geld zu verschaffen. Am gleichen Tage stattete der junge Bursche dem Verkehrshäuschen an der Freiheit einen nächtlichen Besuch ab. Er stibitzte Rauchwaren, Eßwaren usw., packte alles in einem Paket zurecht und setzte sich auf eine Bank schlafen. Hier wurde der Einbrecher morgens von einem Polizeibeamten entdeckt, der ihm die gestohlenen Sachen wieder abnahm und ihn hinter Schloß und Riegel brachte. Der Angeklagte gab den Diebstahl zu und erhielt eine Gefängnisstrafe von 2 Wochen, die durch die Untersuchungshaft als verbüßt erklärt wurde.

Ungetreuer Brotkutscher.

Wegen Diebstahls hatte sich der Bäckergeselle H. zu verantworten. Der Angeklagte war bei einem Bäckermeister in Resse beschäftigt und mußte auch manchmal den Brotwagen fahren. Auf diesen Fahrten hat der Angeklagte jeden Tag mehrere Brote mehr in den Wagen eingeschmuggelt, wovon aber der Meister nichts wußte. Monatelang konnte der Angeklagte die Tat fortsetzen, bis er eines Tages auffiel. Angeblich hat der Angeklagte hierdurch seinen Meister um 1800 RM geschädigt. Er hat inzwischen auch dem Meister 750 RM als Schadenersatz zurückerstattet. Das Gericht erkannte für die gemeine Tat auf zwei Wochen Gefängnis unter Zubilligung einer Bewährungsfrist. Letztere wurde jedoch davon abhängig gemacht, daß 150 RM Buße an die Gerichtskasse gezahlt werden.

SPD

GELSENKIRCHEN-BUER

Achtung, Ortsgruppenleiter!

Ende dieser Woche allgemeine Haus-Flugblattverteilung. Die Flugblätter sind bis Donnerstag abend 6 Uhr in Händen der Ortsgruppenleiter. Diejenigen, die die Flugblätter nicht in ihrer Wohnung haben wollen, geben telephonisch oder schriftlich dem Sekretariat die Adresse an, wo die Flugblätter abgegeben werden können.

Die erweiterte Vorstandssitzung, die Sonntag, den 27. dieses Monats stattfinden sollte, muß wegen der Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes auf Samstag, den 26. dieses Monats, 19.30 Uhr, im Bismarckhain verlegt werden.

Da mit den Morgenfeiern am 1. Mai eine Ehrung der Jubilare verbunden ist, wird nochmals gebeten um umgehende Angabe der Namen und Adressen der Genossinnen und Genossen, die 25 Jahre und länger in der Partei sind und an den Jubilarehrungen der letzten Jahre nicht teilgenommen haben.

Große allgemeine Mitgliederversammlung der SPD.

Karfreitag.

Stadtteil Gelsenkirchen: Nachmittags 5 Uhr im kleinen Saal der Ausstellungshalle.
Stadtteil Buer: Abend 6 Uhr im Lokal Kampmann, Essener Straße.
Stadtteil Horst: Vormittags 10.30 Uhr im Lokale Gehb.

SPD., Ortsgruppe Buer-Resse.

Karfreitag, den 18. dieses Monats, vormittags 10 Uhr, im Lokale Chemnitz: Mitgliederversammlung. Referent: Genosse Mertens. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen bittet

Der Vorstand.

REICHSBANNER SCHWARZ-ROT-GOLD

Ortsgruppe Gelsenkirchen.

Spielmannszug: Heute keine Probe.

Freitag, den 18. April.

Kam. 10: Vormittags 10 Uhr, bei Bahrfeld: Wichtige Versammlung.

Spielmannszug: Vormittags 10 Uhr, bei Kuhlmann: Wichtige Versammlung.

Große Führersitzung der Ortsgruppe Gelsenkirchen.

Freitag, den 18. April (Karfreitag), nachmittags 5 Uhr, im Lokale Kuhlmann: Große Führersitzung. Zur Teilnahme verpflichtet sind sämtliche Kameradschafts-, Z.-, G.- und stellv. G.-Führer, die Fahnengruppen, die Leiter und Abt.-L. der Spielabteilungen, die Jugendleiter und die Spielführer im Schutzsport. Der Tag ermöglicht vollzählige Teilnahme.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt: Alfred Zingler; für den Anzeigenteil: Karl Chemnitz, beide in Gelsenkirchen. — Druck: „Volkswille"., Ludwig Leppoldt, GmbH., Gelsenkirchen-Buer. — Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn dies ausdrücklich verlangt und zu diesem Zweck Rückporto beigefügt wird.

Tribüneneinsturz bei einem Gesangsabend

Lodz, 14. April. (Drahtmeldung.) Im Saale der Philharmonie ereignete sich gestern abend bei einer festlichen Veranstaltung der jüdischen Arbeiterpartei ein sehr bedauerlicher Zwischenfall. Das Podium, dessen Balken und Bretter im Laufe der Zeit angefault waren, konnte den Sängerchor nicht tragen und stürzte zusammen. Im Publikum brach eine Panik aus. 12 Personen erlitten Verletzungen.

Eine Stadt vom Feuer eingeschlossen

Neuyork, 14. April. (Drahtmeldung.) **Die 8000 Einwohner zählende Stadt Buchanan im Staate Virginia ist buchstäblich vom Feuer eingeschlossen. Vor einigen Tagen brach in einer Entfernung von etwa 15 Meilen von Buchanan ein Waldbrand aus, der bisher nicht nur nicht gelöscht werden konnte, sondern an Ausdehnung ständig zunahm. In der letzten Nacht hat der Waldbrand nunmehr einen solchen Umfang angenommen, daß Buchanan rings von brennendem Walde umgeben ist.**

Bildtelegraphendienst München-Wien

Wien, 14. April. (Drahtmeldung.) Der öffentliche Bildtelegraphendienst zwischen München und Wien wird am 15. 4. aufgenommen. Die Bedingungen und Gebühren sind dieselben wie im übrigen öffentlichen Bildtelegraphenverkehr zwischen Deutschland und Oesterreich.

Verschiebung der Spanienfahrt des „Graf Zeppelin"

Friedrichshafen, 14. April. (Drahtmeldung.) Wegen der außerordentlichen Verschlechterung der allgemeinen Wetterlage ist der Aufstieg des Luftschiffes „Graf Zeppelin" zu der Spanienfahrt zunächst verschoben worden. Die nächste Nachricht wird Dienstag mittag gegeben.

Zwei Todesfälle infolge Kohlenoxydgasvergiftung

Berlin, 14. April. In einer Wohnung im zweiten Stock im Hause der Westallee 114 waren zum Austrocknen der Räume Glimmerkohlen in größeren Mengen angezündet und wohl zur Verhütung von Zugluft die Fenster und Türen geschlossen worden. Ein junger Mann und ein junges Mädchen, die sich zur Beaufsichtigung in den Räumen aufhielten, wurden durch die sich entwickelnden Kohlenoxydgase vergiftet, tot aufgefunden. Die von der Feuerwehr in Gegenwart von zwei Aerzten unternommenen Wiederbelebungsversuche waren erfolglos.

Die Goldmine im wilden Westen

Das Millionärsschloß in der Wüste

Washington.

Es war vor fünfundzwanzig Jahren. Der Multimillionär A. M. Johnson, Aufsichtsratsvorsitzender einer großen Versicherungsgesellschaft, saß in seinem Arbeitszimmer in Chicago, als eine abenteuerliche Erscheinung im Türrahmen auftauchte. Etwas linkisch, den breitkrempigen Filzhut zwischen den Fingern drehend, machte der Mann seinen Diener. Walter Scott sei sein Name. Und dann berichtete er von einem gemeinsamen Bekannten, der ihm geraten habe, dem Millionär einen Besuch zu machen. Johnson hatte wenig Zeit. Worum es sich handele. Nun, platzte Scott heraus, um eine Goldmine. Die habe er entdeckt. Mitten in der Wüste des wilden Westens. Weit entfernt von allen menschlichen Behausungen. Aber um sie auszubeuten, brauche er Geld. Ob Johnson sich beteiligen wolle.

Johnson war damals ein Mann in den besten Jahren, aber ein Krüppel. Bei einem Eisenbahnunglück hatte er eine schwere Verletzung der Wirbelsäule erlitten, und nur nach langjährigen Bemühungen seiner Aerzte war es gelungen, ihn am Leben zu erhalten. Ein eiserner Wille hielt ihn aufrecht, aber körperlich war er ein gebrochener Mann. Und hier stand nun dieser Vagabund vor ihm, wetterhart, von Gesundheit trotzend, das blühende Leben selbst. Johnson hatte Geld, Millionen, und keine Gesundheit. Der Vagabund hatte Gesundheit, überschäumende Kraft, und kein Geld. Welcher Gegensatz! Am nächsten Tage sprachen sich die beiden Männer wieder. Johnson war fasziniert von Scotts abenteuerlichen Erzählungen. Wie er in den Wüstengebieten der Staaten Nevada und Arizona seit Jahren schon, von Goldfieber getrieben, ein Leben bitterster Entbehrungen geführt, wie er gehaust hatte im spärlichen Schatten der Kakteen und nur in einem indianischen Wigwam dann und wann eine Lagerstätte fand. Nun aber hatte er verborgene Schätze entdeckt. Gold, Gold, Gold, soviel man wollte. Aber es müßte gehoben werden. Johnson griff zum Scheckbuch, und er trug ein: 2500 Dollars für Walter Scott. Eine Zahlung à Conto.

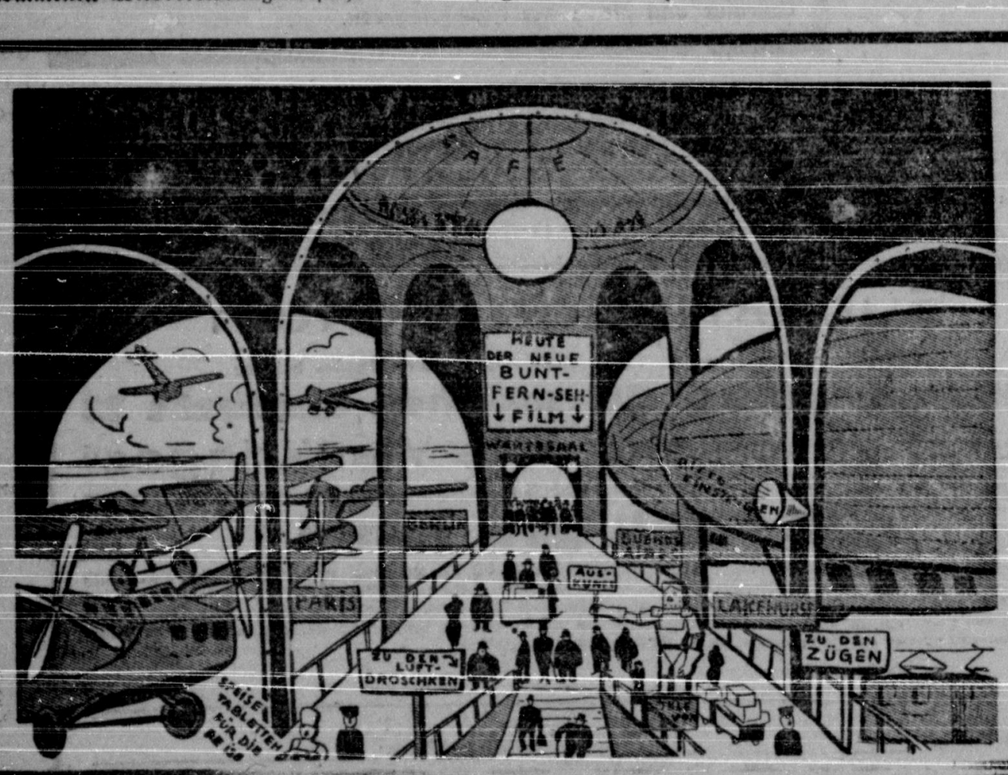
Scott verschwand aus Chicago. Und ein Jahr später verschwand auch Johnson. Draußen in der Wüste, an einer verabredeten Stelle, trafen sie zusammen. Dann zogen die beiden Männer in die Einsamkeit. Ein Jahr lang blieben sie verschollen. Dann kehrten sie zurück. Johnson war nicht wiederzuerkennen. Sonnengebräunt, blühend kam er des Weges, ohne Stock, wie neugeboren. Und dann trennten sie sich. Aber bald sprach sich die Geschichte herum. „Scotty" nannten seine Kumpane den geheimnisvollen Wüstenmenschen, der immer wieder von Zeit zu Zeit in Amerikas Sahara untertauchte, und immer wieder nach einiger Zeit von unbekannten Zielen heimkehrte, die Taschen voll Geld, und immer strotzend vor Gesundheit, mit überschäumender Lebenskraft. 1905 erfuhr zum erstenmal das ganze Land von ihm. Da wollte er seinen Millionärsfreund in Chicago besuchen. Plötzlich erschien er am Schalter des kleinen Bahnhofs, der nahe an der Wüstengrenze den Verkehr mit der zivilisierten Welt vermittelte. „Ein Extrazug!" kommandierte er. Der Beamte zuckte zusammen. „Jawohl, für mich allein. Sofort!" Es gab eine Sensation in allen Zeitungen. „Scotty" ließ sich das Vergnügen 3000 Dollars kosten. Aber er hatte an die hunderttausend bar in der Hosentasche.

Von Jahr zu Jahr trafen sich die beiden ungleichen Gesellen wieder. Ein seltsames Gespons. Aber die Freundschaft war echt. Die Extreme berührten sich. Und Jahrzehnte gingen darüber hin. Niemand hatte jemals erfahren, wo die geheimnisvolle Goldmine gelegen sei. Jetzt auf einmal tauchen neue Gerüchte auf. Die „New York World" ist ihnen auf die Spur gegangen. Es war nicht leicht, das Schweigen der Wüste zu brechen. Aber nun ist das Geheimnis enthüllt. „Scotty" und sein Millionärsfreund sind dabei, sich mitten im „Tale des Todes", in der Nähe von Tonapah im Staate Nevada, ein Märchenschloß zu bauen. Der Reporter der „World" hat sogar Photographien mitgebracht. Welteneinsam, fast hundert Kilometer von der nächsten Bahnstation entfernt, steht eine Prunkvilla im spanischen Stil. Ringsum nichts als Sand. Weiche Hügelketten umspinnen den verschwiegenen Ort. Ein brausender Gebirgsbach, das einzige Wasser in weitem Umkreis, speist die Oase. Aber soweit das Auge reicht, nur Dünen, Dünen, Dünen.

Hier wollen die beiden Sonderlinge — nur Johnsons Gattin ist in dem Bunde die Dritte — sich ein Paradies nach ihrem Herzen schaffen. Das ganze Baumaterial hat „Scotty" aus Kalifornien herbeischaffen lassen. Kostenpunkt Nebensache. Ein magischer See wird unmittelbar vor dem Hauptgebäude im Sonnenlicht glitzern. Wasserfontänen werden sich spiegeln im Abendrot der Wüstensonne. Ein großes Schwimmbad ist vorgesehen, und eine glasbedeckte Sonnenveranda, wo die Bewohner durch einen Hebeldruck jederzeit künstlichen Regen hervorrufen können, um sich zu erfrischen. Aber das wird nicht oft nötig sein, denn Johnson und Scott versichern, daß nirgends in der Welt ein schöneres Klima zu finden sei, als hier, inmitten des gefürchteten Todestales. Nur im Juli und August werde es etwas warm. Aber sonst sei es wundervoll. Und der schwerkranke Johnson, der in Sand und Sonne der Wüste gesund geworden ist, liefert in persona den eindringlichsten Beweis. „Traubensaft-Schlucht" nennen die Indianer den Ort. Nomen est omen.

Das Wüstenschloß ist ganz in Zement gebaut, mit prächtigen Balkonen, einem spanischen Patio und Garagen. Die Wasserkraft reicht vollständig aus, um eigenen elektrischen Strom zu erzeugen, und es bleibt noch genug übrig für Springbrunnen und Gartenbegießung. Auf einem Glockenturme ist ein melodisches Singspiel angebracht. Auch eine Eisfabrik ist vorhanden, und rundum stehen Wirtschaftsräume und Ställe für Maulesel, Pferde und die Geflügelfarm. Die Indianer, die in der Nähe ihre Hütten haben, halten sich für jede Art von Dienstleistung zur Verfügung der Schloßherren. Das Innere des Hauses ist mit spanischen Antikmöbeln ausgestattet. An alles wurde gedacht: Gasträume für sechs Personen, mit eigenen Bädern, elektrische Oefen in der Küche, eine große mechanische Orgel und Rundfunkvorrichtungen in der Diele, eine auserlesene Bibliothek im Herrenzimmer. Der ganze Spaß kostet nur drei Millionen Dollars. Die Wüstenratte und der Millionär haben ihren Traum zur Tat werden lassen. Damon und Pythias haben sich in der amerikanischen Sahara wiedergefunden. Und zuguterletzt hat „Scotty" gebeichtet, daß die Goldmine Essig sei. Er habe nie in seinem Leben eine Mine gesehen. Für das Geld sorge sein Millionärsfreund, und die Förderanlage sei dessen Scheckbuch.

So endet die Geschichte in profaisch-kapitalistischen Banknoten, und die Wüstenmär ist zerstoben. Die Spuren schrecken — Schatzgräber seien gewarnt!



Ein Zukunftsbild von Morgen. Der „Transozeanbahnhof" in Sevilla, das durch die neuen internationalen Abkommen „voraussichtlich der Knotenpunkt der Luftschiffslinien von Europa nach Nord- und Südamerika werden wird.

Gereifte Liebe

ROMAN VON GERT ROTHBERG

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle a. d. Saale

9) (Fortsetzung.)

„Wo vermuten Sie ihn?"

„Im Krankenstift."

„Ich danke Ihnen."

Frau von Lorring seufzte. Kostbare Zeit verloren. Wenn Brünneck unterdessen das Krankenhaus verließ?

Nun rief sie im Krankenstift an.

„Hier Brünneck. Guten Abend, gnädige Frau. Ich habe für einen Kollegen den Nachtdienst übernommen. Es ist mir tatsächlich nicht möglich."

„Es muß gehen, Herr Doktor. Daniela sieht aus, als ob sie ein Nervenfieber bekommen könnte. Und in ihren wirren Reden verlangt sie immer wieder nach Ihnen. Eine Kranke ruft, Herr Doktor!"

„Ich komme sofort!"

Frau von Lorring stützte sich auf den zierlichen Schreibtisch. Was für Kämpfe kamen da mit einem Male in ihr schönes, friedliches Heim?

Still setzte sie sich dann wieder an das Bett Danielas. Deren heiße Hände fuhren unruhig über die weiße Spitzendecke. Der Kopf mit dem dunklen, schweren Haar schob sich hin und her, und der Mund stand halb offen.

Draußen erklang kurz hintereinander das Hupen eines Autos. Kurze Zeit darauf meldete die Zofe den Arzt.

Frau von Lorring ging ihm entgegen, reichte ihm die Hand, die er küßte, wobei sein Blick bereits suchend nach dem Lager ging.

Brünneck richtete sich auf. Sein Gesicht zuckte.

„Sie haben recht, gnädige Frau, ein Nervenfieber ist im Anzuge. Größte Vorsicht geboten. Ist geeignete Pflege vorhanden? Wohl kaum. Ich werde sofort eine Pflegerin herbeirufen."

Schon nach wenigen Minuten kam er zurück.

„Schwester Irmgard kommt. Sie ist erprobt in schwersten Fällen. Das gnädige Fräulein ist dann in vorzüglicher Pflege."

„Werden Sie die Behandlung übernehmen?"

„Kaum! Professor Schönborn oder dessen Schwiegersohn, Herr Doktor Rehn. Letzterer ist Spezialist für solche Fälle."

„Rudolf Brünneck soll kommen, Tante Maria. Ich sterbe doch, wenn er nicht kommt. Ich habe ihn lieb, oh, so lieb, Tante Maria."

Der alten Dame standen helle Tränen in den Augen.

Brünneck aber war jäh erblaßt. Seine Hände umschlossen die kleinen, heißen Mädchenhände. Plötzlich lag Daniela ganz ruhig.

„Du bist da! Du!" flüsterte sie dann und vergrub den Kopf ganz tief in die Kissen.

Er zog sich einen Stuhl heran und setzte sich, als auch die alte Dame bereits Platz genommen hatte.

„So weh hat das getan! So furchtbar weh! Der Prinz? Ich mag ihn nicht. Was er für lange, knochige Hände hat. Ich . . . Ein haltloses Weinen schüttelte die Kranke.

„Herr Doktor, was für ein Mißverständnis trennte Sie heute von Danie? Ich habe mich doch wohl nicht getäuscht, wenn ich Ihren heutigen Besuch richtig deutete?"

„Ich kam, um Daniela zu fragen, ob sie mein Weib werden wollte. Sie, liebe gnädige Frau, sandten mich in den Reitsaal, und da sah ich Daniela mit dem Prinzen. Ich hatte gestern abend schon Andeutungen hören müssen, die mich fast wahnsinnig machten. Nun glaube ich diese Andeutungen bestätigt und war überzeugt, daß Daniela mich nur vor ihren Triumphwagen spannen wollte, während die Klugheit ihr längst geboten hatte, den Prinzen zu wählen. Da — habe ich ihr weh getan, ich bereue es tief."

„Ich wollte dich liebhaben, so lieb, und du kommst nicht", klagte das Mädchen.

Schwester Irmgard kam. Mit ihr kam eine Weue von Ruhe, wie selbverständlicher Menschenfreundlichkeit und Aufopferung. Brünneck zögerte einen kurzen Augenblick nur einen Augenblick; dann sagte er:

„Schwester Irmgard, die Kranke ist meine Braut. Ein Irrtumm peinigt sie. Wundern Sie sich nicht, wenn mein Name fällt?"

Das Gesicht der Schwester drückte freudige Ueberraschung aus. Sie hatten ihn ja alle so gern im Magaretenstift. Ein Glückwunsch war unter den gegebenen Umständen nicht angebracht, doch er las deutlich von ihrem Gesicht ab, daß sie ihm auch schweigend alle Gute wünschte.

Schwester Irmgard nahm jetzt den Platz am Lager der Kranken ein, während Brünneck mit der Tante sich etwas abseits setzte und leise mit ihr sprach. Tiefe Reue war in ihm, nun er sah, wie sehr dieses schöne, verwöhnte Geschöpf ihn liebte. Er wollte gutmachen, wollte Daniela auf Händen tragen, seine Liebe und Treue würden ihr gehören bis zu seinem letzten Atemzug!

Daniela schwebte wochenlang in schwerster Gefahr. Endlich wich das Fieber. Doch sie lag matt und apathisch da und schien niemand zu kennen. Es war wie ein Dämmerzustand.

Es war an einem Novembertage. Draußen tanzten Schneeflocken mitten durch den Regen, und ein heftiger Sturm umheulte die Villa Lorring.

Am Bett der Kranken saß, wie immer treu und nimmermüde Schwester Irmgard, die die Kranke die ganze Zeit über gepflegt hatte und nur täglich ein paar Stunden geschlafen hatte, wenn sie gewiß war, daß Doktor Brünneck während dieser Zeit mit Frau von Lorring bei der Kranken blieb.

Daniela hob plötzlich den Kopf, sah sich suchend um. Ihr Blick fiel auf die Schwester. In die großen, dunklen Augen kam es wie Furcht. Aber sie hatte doch das Gefühl, daß ihr die weiße Haube, das ernste, gute Gesicht in letzter Zeit immer nahe gewesen waren.

„Schwester, war ich so krank?"

„Gnädiges Fräulein waren krank. Doch nun ist längst alles gut."

Daniela legte den Kopf müde in die Kissen zurück. Ihre Blicke hingen an der Decke des Zimmers. Und dann sagte sie leise, schmerzlich:

„Es ist nicht gut, nichts ist gut. Oh, wenn ich doch gestorben wäre!"

Die Schwester antwortete nicht. Ihr Blick ging zur Uhr. Da nickte sie vor sich hin und lauschte nun angestrengt hinaus.

Daniela schien zu schlafen. Da ging die Schwester zur Tür, ließ jemand herein; dann ging sie selbst hinaus.

(Fortsetzung folgt.)

Protest der Konsumvereine

gegen die neuen Steuern

Am Sonntag fand in Bochum eine Zusammenkunft der Verwaltungsmitglieder der rheinisch-westfälischen Konsumgenossenschaften statt. Nach eingehender Besprechung der dem Reichstage vorliegenden Steuergesetze wurde folgende Entschließung angenommen:

Die heute, am 13. April, in Bochum tagende Konferenz der Verwaltungsmitglieder der rheinisch-westfälischen Konsumvereine erhebt schärfsten Protest gegen die im Reichstag geplanten neuen Ausnahmesteuern für die Konsumvereine. Während auf der einen Seite Hunderte von Millionen zur Sanierung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens aus Staatsmitteln, also aus den Taschen der Steuerzahler, verwendet werden, scheut man sich nicht, den bisherigen Ausnahmegesetzen gegen die Konsumgenossenschaften noch ein neues hinzuzufügen.

Durch dieses neue Ausnahmegesetz werden die Ersparnisse der Konsumgenossenschaftsmitglieder zu mindestens 10 Prozent konfisziert, obschon gerade diese Kreise der Bevölkerung sowieso schon durch die Lohnsteuer den größten Teil des gesamten Steuersolls aufzubringen haben. Millionen Arbeiter sind arbeitslos, Millionen Familienväter wissen nicht, wovon sie ihre Familie über Wasser halten sollen und sehr viele, die noch in Arbeit stehen, werden zur Kurzarbeit gezwungen, womit wiederum ein erheblicher Verdienstausfall verbunden ist. Und trotz dieser erbärmlichen Lebenslage, in der sich weitere Kreise der Angestellten und Arbeiter befinden, hat es die Regierung gewagt, ein solch skandalöses Ausnahmegesetz gegen die Selbsthilfeorganisation der Minderbemittelten vorzulegen.

Es soll weiter die Gefrierfleischeinfuhr unterbunden werden. Zugleich werden Zollsätze für die notwendigsten Nahrungsmittel gefordert, die so hoch sind, daß dadurch unbedingt eine weitere bedeutende Erhöhung der Lebenshaltungskosten eintreten muß. Also auf der einen Seite macht man Ausnahmegesetze zugunsten der Besitzenden, auf der anderen Seite Ausnahmegesetze zuungunsten und zur weiteren schweren Belastung der Aermsten, der Erwerbslosen, der Kinderreichen und der gesamten unbemittelten Bevölkerung.

An sämtliche mehr als drei Millionen zählenden Mitglieder der deutschen Konsumgenossenschaften und an die Angehörigen dieser Mitglieder richtet die Konferenz die Aufforderung, nunmehr überall in den schärfsten Kampf einzutreten gegen diese Regierung und diesen Kampf so lange fortzusetzen, bis auch für die Konsumgenossenschaften wieder das alte Recht anerkannt wird, was Recht ist. Weg mit diesem Ausnahmegesetz! Auf zum Kampf für Gerechtigkeit und Freiheit!

Wahlgelder für Wirtschaftspartei

auf Kosten Berlins

Augenblicklich tagt der preußische Untersuchungsausschuß zur Prüfung von Mißständen in der Berliner Stadtverwaltung. Dabei werden seit einigen Tagen die Grundstücksläufe unter die Lupe genommen. Nicht immer ist man von der Tüchtigkeit der beauftragten städtischen Unterhändler überzeugt. Neuerdings werden besonders diejenigen Grundstücksläufe behandelt, an denen der Berliner Stadtrat Busch beteiligt war. Als eine „Kostprobe" geben wir nachstehend einen Bericht über die Verhandlungen des Ausschusses wieder:

Zunächst wurde der Grundstücksmakler Wulfchner vernommen, der seiner Zeit von dem Besitzer Kiepert den Auftrag bekam, das Gut Marienfelde zu verkaufen. Er hat es der Güterverwaltung der Stadt Berlin angeboten für den Preis von 2 Mk. pro Quadratmeter. Das Angebot ist schriftlich abschlägig beschieden worden. Bekannte haben ihm darauf geraten, mit dem Kaufmann Felix Günther Beziehungen aufzunehmen, der weitreichende Verbindungen habe. Das sei auch einige Wochen später, also im September 1925, geschehen. Bei dieser Unterredung habe Günther die schriftliche Ablehnung der Stadt zurückgefordert. Er habe dabei hinzugefügt, daß es sich hierbei offenbar um ein Versehen des Stadtrats Busch handeln müsse. Damals habe er, der Zeuge, noch nicht gewußt, daß Günther Angestellter der Gesellschaft Petrola, einem Unternehmen des Stadtrats Busch, war. Günther ist dann später Mitdirektor des Stadtrats Busch in dieser Gesellschaft geworden. Er wurde als Vertrauensmann der Stadt bezeichnet, wo diese nicht in Erscheinung treten wollte. Günther hat ihn bei dieser Unterredung gefragt, welche Provision er mit Kiepert vereinbart hätte. Er habe den ortsüblichen Satz von 3 Prozent genannt.

Günther hat darauf gefragt, was er dabei verdienen könne. Darauf habe er sich Günther gegenüber bereit erklärt, ihn an der Provision zu beteiligen. Darauf hat der Zeuge Wulschner einen Brief von Günther bekommen, den er wörtlich verliest. In diesem Schreiben wird er aufgefordert, an die Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes 3000 bis 5000 Mk. zu zahlen.

Je höher die Zahlung sei, desto eher könne er mit der Erledigung des Geschäftes rechnen. Kiepert, dem er von diesem Briefe Kenntnis gegeben hat, sei darüber ebenso empört gewesen wie er. Auf Druck von Günther, der sich an der Provision möglichst hoch beteiligen wollte, habe er dann höhere Provisionssätze vereinbart, und zwar 7 Prozent bei 2 Mk. pro Quadratmeter und 5 Prozent, falls darunter verkauft wird. Es sind ihm dann aber doch Bedenken gekommen, und er habe dieses Einverständnis schriftlich zurückgezogen.

Wörtlich verliest nun Zeuge Wulschner den Brief, den ihm darauf Günther geschrieben hat. Es heißt darin, daß Günther mit diesen nichtssagenden Worten nichts anfangen könne. Er bitte ihn, nunmehr klipp und klar zu sagen, ob er an ihn 200 000 Mk. Provision zahlen wolle. Darüber hinaus aber müsse er für die Wirtschaftspartei für die bevorstehende Wahl einen Wahlbeitrag von 5000 Mk. spenden. (Große Bewegung.) Dieses Ansinnen habe er kategorisch abgelehnt.

Auf die Frage, ob er wisse, daß aus dem Verkaufserlös Gelder für den Festspielfonds des Oberbürgermeisters zur Verfügung gestellt sind, weiß der Zeuge nichts zu berichten. Er erklärt aber, daß er gehört hat, daß etwas ähnliches beim Ankauf des Flugplatzes Johannisthal vorgekommen sein soll. Unter dem Vorbehalt, daß er darüber aus eigner Wahrnehmung nichts wisse, sondern sich darauf beschränken muß, nur das wiederzugeben, was er gehört hat, erklärt der Zeuge, daß Stadtrat Busch in diesem Falle im letzten Augenblick einen andern Makler dazwischengeschoben habe, der Alfons Pollak heißt. Es seien im ganzen 150 000 Mk. Provisionen gezahlt worden, außerdem aber seien für die Sportwoche 50 000 Mk. gegeben worden. Diese 150 000 Mk. sind so verteilt worden, daß 62 500 Mk. der erste Makler Fechner und 87 500 Mk. Pollak bekommen habe. Pollak soll davon 70000 Mk. an Busch abgeführt haben. (Große Bewegung.)

Zum Schluß bekundet der Zeuge, daß Günther, nachdem er seine Klage eingereicht hat, persönlich an ihn herangetreten ist, um Einigungsverhandlungen anzuknüpfen. Man hat ihm 50 000 Mk. geboten. Er habe aber dieses Angebot abgelehnt.

Hierauf beschäftigte sich der Ausschuß mit dem Ankauf des Gutes „Schöneiche". Die Verhandlungen dauern fort.

Am Montag wurde als Zeuge der Kaufmann Blobelt vernommen, der scheinbar über den schwerbelasteten Stadtrat Busch und über dessen Geschäfte am genauesten informiert ist. Blobelt hat mit Futtermittel und Getreide, aber auch mit Grundstücken gehandelt. Seine Beziehungen zu Busch reichen bis in das Jahr 1917 zurück. Er hat seiner Zeit mit ihm einen Interessenvertrag abgeschlossen, der auch jetzt noch läuft. Danach hat er für jedes Geschäft an Busch einen Anteil abgegeben. Umgekehrt sollte Busch für jedes von ihm abgeschlossene Geschäft einen Anteil an den Zeugen zahlen.

Blobelt beschwert sich bitter darüber, daß er an Busch immer ehrlich gezahlt hat, so u. a. während des Krieges für eine Lieferung von 50 000 Schweinen allein 600 000 Mk. Dagegen hat Busch immer behauptet, er habe nichts verdient und könne ihm auch nichts abgeben. Busch habe zweifellos Millionen verdient, sich aber gegen die Vermittler nicht anständig gezeigt.



Deutschlands beliebtester Vortragskünstler, Otto Reutter, wird am 24. April 60 Jahre alt.

Der Zeuge sagt dann unter allgemeiner Bewegung aus, eines Tages habe in seiner Anwesenheit eine Aussprache zwischen Busch und dem demokratischen Stadtrat Katz stattgefunden. Damals sei er, Blobelt, von Busch und Katz beauftragt worden, einen Grundstückskauf mit dem Warenhaus Wertheim zu vermitteln und die Provision, die Wertheim geben würde, mit ihnen zu teilen.

Aus dem Geschäft sei aber nichts geworden. Als der Zeuge weiter nach Einzelheiten gefragt wird, gibt er an, daß Katz ihn einmal aufgefordert habe, für Geschäfte, wie das für Wertheim, eine Firma zu gründen, die als Deckmantel dienen sollte. Das habe er abgelehnt. Der demokratische Stadtrat Katz bestreitet in seiner Vernehmung die Darstellung des Zeugen Blobelt ganz entschieden. Aus der weiteren Vernehmung geht hervor, daß Busch vor der Stadtverordnetenwahl große Summen springen lassen wollte, wenn er wieder Stadtrat hätte werden können. Er hat damals Fühler ausgestreckt zu den Sozialdemokraten, der Deutschen Volkspartei, den Demokraten und der Wirtschaftspartei, hat aber überall einen Korb bekommen.

Tietz aus der Demokratischen Partei ausgetreten

EMB. Berlin, 15. April. (Drahtmeldung.) Der Warenhausbesitzer Tietz ist aus der Demokratischen Partei wegen ihrer Haltung zur Warenhausumsatzsteuer ausgeschieden.

Das Urteil im Nogensprozeß

Neustrelitz, 14. April. (Drahtmeldung.) Nach langer Beratung verkündete heute abend 8,50 Uhr der Vorsitzende des Schwurgerichts im Nogensprozeß Landgerichtsdirektor Dr. Hoff unter allgemeiner Spannung das folgende Urteil:

Es werden verurteilt: Der Angeklagte August Nogens wegen Mordes zum Tode, der Angeklagte Fritz Nogens wegen Beihilfe zum Morde unter Berücksichtigung des Jugendgesetzes zu einer Gefängnisstrafe von vier Jahren, die Angeklagte Frau Kähler wegen Beihilfe zu einer Gesamtstrafe von sechs Jahren Zuchthaus. Die bisher verbüßte Gefängnisstrafe und Untersuchungshaft wird den Angeklagten angerechnet. Dem Angeklagten August Nogens werden die bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit aberkannt. Fritz Nogens wird, wenn er seine Strafe bis auf einen Rest von einem Jahre verbüßt hat, eine Bewährungsfrist von 5 Jahren zugestanden. Frau Kähler werden die Ehrenrechte auf 5 Jahr aberkannt.

*

In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dr. Hoff, u. a. aus: Alle Angeklagten haben sich in einem selbstgeschriebenen Lebenslauf freiwillig und völlig unbeeinflußt zu der Tat bekannt. Jedem unbefangenen Menschen muß es im höchsten Grade unwahrscheinlich erscheinen, daß jemand, dessen geistige Zurechnungsfähigkeit nicht anzuzweifeln ist, ein falsches Geständnis abgegeben haben sollte. Eine Erschleichung der Geständnisse durch die Kriminalbeamten kommt nicht in Frage. Auch Zermürbung durch lange und viele Vernehmungen liegt bei der Natur der Angeklagten nicht vor. Die für den Widerruf angegebenen Gründe sind unverständlich. Daß Jakubowski die Tötung vorgenommen hat, geht aus der Selbstbezichtigung des August hervor, doch sind die Geständnisse in diesem Verfahren nur gegen die Angeklagten selbst zu bewerten, da hier nur interessiert, ob August und Fritz den Mord in Mittäterschaft mit anderen begangen haben. Die Widersprüche zwischen den einzelnen Geständnissen erklären sich aus der Tatsache, daß die Angeklagten erst allmählich den Schleier von den Ereignissen gezogen haben.

Trotz der Zugrundelegung der Geständnisse des August und des Fritz Nogens hat das Gericht über den Ausführenden der Tötung selbst eine weitergehende bestimmte Feststellung vermieden, als darin liegt, daß unter Hinausgehen über das Geständnis des August im gewissen Grade als erwiesen erachtet wird, daß entweder August oder Jakubowski die Tötung vorgenommen hat. Eine solche wahlweise Feststellung erscheint auch nach der Rechtsprechung des Reichsgerichtes zulässig, wenn es sich nur um den Unterschied gleichartiger Ausführung eines und desselben Tatbestandes handelt. Mit dieser Unbestimmtheit sind August und Jakubowski als Mittäter festgestellt. Die getroffenen Feststellungen waren geboten, weil mancherlei für die Vornahme der Tötung durch August und nicht durch Jakubowski spricht. Auch Frau Kähler ist des Mordes schuldig. Sie hat die Reise unternommen mit dem Willen und mit dem Erfolge, die beabsichtigte Tat zu ermöglichen. Sie wußte, daß die Tat mit Ueberlegung ausgeführt werden würde. Sie behauptet allerdings, durch gegenwärtige Drohungen Jakubowskis zur Reise getrieben worden zu sein. Dennoch hat sie nicht in einem Notstand gehandelt, da die ihr drohende Gefahr nicht unabwendbar war. Hätte sie die Drohung wirklich ernst genommen, so würde sie sicher Anzeige erstattet haben. Dadurch hätte sie die Gefahr abwenden können, wie sie sich als ältere, erfahrene, einsichtige Frau sagen mußte und offenbar auch gesagt hat.

Verhaftungen in Indien

London, 14. April. (Eig. Drahtber.)

Die Nachrichten, die in den letzten 48 Stunden aus Indien kommen, lassen erkennen, daß die Beunruhigung eines Teiles der Bevölkerung durch die Agitation Ganhis und der übrigen Nationalistenführer einen Umfang angenommen hat, der die indische Regierung zu strengen Maßregeln veranlaßt hat. So sind gestern der Präsident des indischen Nationalkongresses Pandit Nehru und der Bürgermeister von Kalkutta verhaftet worden. Besonders die Verhaftung Nehrus hat ungeheure Erregung hervorgerufen. Fast alle indischen Geschäfte stellten nach Bekanntwerden der Verhaftung ihren Betrieb ein. Das Schnellgericht hat Nehru zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Das Neueste

Vulkan auf Java in Tätigkeit

Batavia, 14. April. (Drahtmeldung.) Wie aus Bandoeng gemeldet wird, hat der Vulkan Slamet seit dem 2. April eine erhöhte Tätigkeit entfaltet. Am 7. April wurde zum ersten Male starke Dampfentwicklung wahrgenommen, der am folgenden Tage ein mäßiger Ausbruch folgte. Während des ganzen heutigen Tages wurden in sehr kurzen Zeitabständen Gaswolken bis zu einer Höhe von 500 Metern ausgestoßen. Der vulkanologische Dienst hat eine verschärfte Ueberwachung angeordnet.

Gastod einer Familie

Leipzig, 15. April. (Drahtmeldung.) Gestern abend wurde in seiner Wohnung ein Kaufmann mit seiner Ehefrau und seinem 13jährigen Sohn, durch Gas vergiftet, tot aufgefunden. Es steht noch nicht fest, ob das Ehepaar nach Uebereinkunft gemeinsam den Tod gesucht und das Kind mitgenommen hat, oder ob der Ehemann an Frau und Kind einen Mord und gleichzeitig Selbstmord verübt hat.

Orkan im Gebiet von Agram

WTB. Belgrad, 14. April. Nach Meldungen aus Agram hat ein Orkan von 10 Minuten Dauer in der Gegend von Agram großen Schaden angerichtet. In den Dörfern Javorje und Cibitze wurden sämtliche Hausdächer abgedeckt. Ein Bauer wurde getötet und zwei Bauern verletzt. Durch die Gewalt des Sturmes wurde ein Bauer, der eine Kuh am Strick führte, mit dieser 20 Meter weit durch die Luft fortgetragen.

Tagung des Westfälischen Bauernvereins

Der Westfälische Bauernverein hielt am Freitag im Saale des Bürgerschützenhofes zu Dortmund seine Hauptversammlung ab, die außerordentlich zahlreich besucht war, nicht zum wenigsten deshalb, weil auf der Tagesordnung ein Referat des Präsidenten der Vereinigung der Deutschen Bauernvereine, Reichstagsabgeordneter a. D. Dr. Hermes, stand. Nachdem der Vorsitzende des Westfälischen Bauernvereins, Gutsbesitzer Dieckmann, die anwesenden Vertreter der Behörden begrüßt hatte, führte er in seiner Ansprache aus:

Seit mehr als einem Jahr nun führt die in der Grünen Front geeinigte Landwirtschaft den scharfen Existenzkampf um die Erhaltung des deutschen Bauerntums. Diesem Ringen liegt als tiefster Zweck das Ringen um die Erhaltung von Sitten und Tradition, von Religion und Kultur zugrunde, ohne die das Bauerntum nicht mehr der Jungbrunnen von Volk und Gesellschaft sein könne. Fast in allen Kreisen zeigt sich heute mehr Verständnis für die immer schwieriger werdende Lage der Landwirtschaft. Mit dem Beginn des Bauernsterbens seit Anfang vergangenen Jahres begann, wenn auch nur zögernd, eine politische und parlamentarische Aktivität sich zu regen, deren Ergebnisse aber durchaus unzulänglich waren. Die katastrophale Verschuldung ist weiter fortgeschritten. Die deutsche Bauernschaft erkennt dankbar die Leistungen seiner Führer in seinem schwierigen Kampf an, ebenso die Unterstützung von seiten der anderen Berufsstände und deren parlamentarischen Führern. Insbesondere stellt sie mit dankbarer Genugtuung fest, daß die parlamentarischen Führer der christlichen Gewerkschaften treue Mitkämpfer gewesen sind. Sie sieht in dem zweimaligen Eintreten der Sozialdemokraten für den Agrarzoll die Krönung der jahrzehntelangen Einstellung der christlichen Gewerkschaften zu den zollpolitischen Belangen der Landwirtschaft. Trotzdem müsse festgestellt werden, daß das bisher Erzielte nicht ausreicht hat, der Landwirtschaft die wirtschaftspolitischen Vorzüge für eine rentabringende Erzeugung zu geben. Infolge des wirtschaftspolitischen Systemfehlers könnten die der Landwirtschaft zugefügten Schäden und Verluste leider nur von Etat zu Etat überwunden werden. Mit besonderer Genugtuung und tiefster Dankbarkeit hat das deutsche Bauerntum die zwei Briefe unseres allverehrten Herrn Reichspräsidenten an den Reichskanzler empfunden, in welchen die umgehende Verwirklichung und die erforderlichen Maßnahmen zur Errettung der Landwirtschaft gefordert werden.

Dem Eingreifen des Reichspräsidenten ist es zu verdanken, daß die neue Reichsregierung ein grundlegendes Programm zur Errettung der Landwirtschaft aufgestellt hat und vom Reichstag seine Verwirklichung kategorisch erlangt. Die Bauernkatastrophe von heute brauchte nicht vorhanden zu sein, wenn die vergangenen Reichsregierungen ihr Handeln auf die volkswirtschaftlichen Erfordernisse eingestellt hätte, wie sie dem Programm des Reichskanzler zugrunde gelegt worden sind. Das Notprogramm der Reichsregierung wird jetzt zum Prüfstein der politischen Parteien. Groß und schwerwiegend ist unsere Verantwortung in diesem Kampf, der von uns tatkräftig eine einige und geschlossene Unterstützung der Grünen Front verlangt. Erst die Grüne Front erzwang ein Handeln des Parlaments im Interesse der Landwirtschaft und es ist zu erwarten, daß in Kürze ihre Tätigkeit von durchschlagendem Erfolg gekrönt sein wird. Unsere Pflicht ist es, Einigkeit im Bauerntum zu erkämpfen, um kraftvoll und stark die Grüne Front und ihre vier Führer zu stützen und zu erhalten.

Die Ausführungen des Redners wurden mit großem Beifall aufgenommen. Einige Mitteilungen geschäftlicher Natur schlossen sich an. Mit der Verschiebung der Vorlage des Tätigkeitsberichtes auf die Herbsttagung war die Versammlung einverstanden. Danach nahm Reichsminister a. D. Dr. Hermes das Wort zu folgenden Ausführungen: Als vor Jahresfrist die Grüne Front ihre Tätigkeit aufnahm, geschah es unter dem Zwang des schwer notleidenden Bauernstandes. Der Weg, den wir zu gehen hatten, war der Weg strengster Sachlichkeit. Wir mußten das Verständnis dafür wecken, was ein sterbender Bauernstand für das deutsche Volk und Nation bedeutet. Es ist uns gelungen, wenn auch nicht das Endziel zu erreichen, so doch einen großen und wichtigen Schritt vorwärts zu kommen. Von Wichtigkeit ist die Bestimmung, daß die Regierung die Ermächtigung hat, die Zollsätze für Getreide je nach der Wirtschaftslage zu ändern.

Zur Frage des Maismonopols stellte der Redner sich auf den Standpunkt, daß es nach den augenblicklichen Verhältnissen notwendig sei, aber wieder beseitigt werden müsse. Der Vermahlungszwang sei eine Abart der Landwirtschaft, deren grundsätzlicher Gegner die Landwirtschaft sei. Man müsse die Wege gehen, die dem natürlichen Gang entsprechen. Die Zusammenarbeit zwischen Industrie und Landwirtschaft dürfe nicht etwa darin bestehen, daß nur auf gewissen Gebieten Teilkonzessionen gemacht würden. Notwendig sei gleiches Recht für alle. Solange die Einfuhr aus fremden Ländern nach Deutschland die Ausfuhr nach diesen Gebieten um ein vielfaches übersteige, könne von einer Gefahr für die Ausfuhr von Industrieerzeugnissen nicht die Rede sein. Dr. Hermes gab seiner besonderen Freude darüber Ausdruck, daß Dr. Schiele das Landwirtschaftsministerium übernommen habe. Die Grüne Front werde hinter ihm stehen und geschlossen mit ihm arbeiten. Der Redner wandte sich dann gegen den Radikalismus der in den Bauernvereinen nicht Platz greifen dürfe. Anschließend sprach Generalsekretär Hummel (Stuttgart) über die Reform der Sozialversicherung.

*

Die vorstehenden Reden sind im allgemeinen auf einen gemäßigten Ton gestimmt. Wenn Herr Dieckmann aber sagt, daß die „Bauernkatastrophe" auf die Politik der vergangenen Regierungen zurückzuführen sei, so stimmt das nicht. Die Lage in der Landwirtschaft basiert vielmehr auf der Unzulänglichkeit der deutschen Landwirtschaft gegenüber der mächtigen Konkurrenz der amerikanischen Agrarländer. Wenn man nun berkommt und einmal durch überhohe Zölle die Konkurrenz abriegeln zu können, so wird man erleben daß das erst recht der Ruin der deutschen Wirtschaft ist. Die Handelsverträge gehen in die Brüche und der nachfolgende Zollkrieg wird Deutschland in eine Notlage sondergleichen bringen. Und unter dieser Notlage wird auch die Landwirtschaft mehr als je zu leiden haben. Die Zukunft wird das lehren.

Verkehr

Ohne Umschlag

versandte gedruckte einfache Osterkarten, die hinsichtlich der Größe, Form und Papierstärke den Bestimmungen für Postkarten entsprechen müssen, kosten sowohl im Ortsbereich des Aufgabeortes, als auch im Fernverkehr 3 Reichspfennig. Es dürfen in diesen Karten außer den sogenannten Absenderangaben (Absendungstag, Name, Stand und Wohnort nebst Wohnung des Absenders) noch weitere 5 Wörter, die mit dem gedruckten Wortlaut im Zusammenhang stehen müssen, handschriftlich hinzugefügt werden. Als solche zulässige Nachträgungen gelten z. B. die üblichen Zusätze, „sendet" „Ihre", „Dein Freund", „sendet Dir", „sendet mit besten Grüßen Ihre" usw.

Werden solche Karten im offenen Umschlag versandt, so kosten sie sowohl im Ortsbereich des Aufgabeortes, als auch nach außerhalb 5 Reichspfennig.

Gewerkschaftliches

Achtung! Betriebsräte-Vollversammlung des D. M.-V.

Am Mittwoch, dem 16. dieses Monats, abends 7.30 Uhr, findet im Metallarbeiterheim, Augustastraße 18, eine wichtige Betriebsräte-Vollversammlung statt. Alle Betriebsratsmitglieder, soweit sie unserer Organisation angehören, müssen erscheinen.

Die Verbandsleitung.

SAJ JUGEND-VERANSTALTUNGEN

Achtung! Rote Falken!

Heute, Dienstag, 3 Uhr, im August-Bebel-Haus: Sprechchorprobe für den 1. Mai. — Sämtliche Gruppen des Stadtbezirks müssen daran teilnehmen.

Sozialistische Arbeiterjugend, Bezirk Buer.

Osterwanderung: Vier Tage Teutoburger Wald.

Genossinnen und Genossen! Bis zum Mittwoch, dem 16. dieses Monats, müssen die Fahrt- und Uebernachtungskosten (6,40 RM) dem Genossen Böhm abgeliefert sein. Die Abfahrt beginnt am Freitag, morgens um 7.19 Uhr, ab Buer Nord. Decken und derbes Schuhwerk sind neben froher Laune mitzubringen.

KINDERFREUNDE

Kinderfreunde, Gelsenkirchen.

Gruppe Rotthausen.

Wir kommen am Dienstag, dem 15. dieses Monats, abends um 7.30 Uhr, im Volkshaus, Rotthausen, zusammen.

Gruppe Ueckendorf-Neustadt.

Unsere Zusammenkunft ist am Mittwoch, dem 16. dieses Monats, abends um 7.30 Uhr, in der Almaschule.

Gruppe Mitte.

Zusammenkunft Mittwoch, den 16. dieses Monats, nachmittags um 5 Uhr, im August-Bebel-Haus.

Alle Gruppen

kommen am Freitag, dem 18. dieses Monats, nachmittags um 4 Uhr, im August-Bebel-Haus zusammen.

Osterfahrt.

Unsere Osterfahrt dauert 2½ Tage. Wir fahren am Samstag, um 19. dieses Monats, um 16.28 Uhr, von Gelsenkirchen-Wattenscheid ab. Ueber Nacht bleiben wir am Samstag in Hohenlimburg, am Sonntag, in Altena in der Jugendherberge. Proviant für die Zeit muß mitgenommen werden. Die Unkosten in Höhe von 3 RM sind bis spätestens Freitag in der Zentralzusammenkunft einzuzahlen. Treffpunkt Samstag nachmittag um 3.15 Uhr am Hauptbahnhof.

Helfersitzung.

Die Helfer kommen am Donnerstag, dem 17. dieses Monats, 20 Uhr, zur Aussprache zusammen.

VERANSTALTUNGEN UND VEREINE

Singstunde.

Heute, Dienstag abend, hält Robert Krohe in der Städt. Frauenschule Gelsenkirchen eine weitere Singstunde ab. Es können sich noch einige Teilnehmer melden.

Soll Ostern ein Fest der Freude sein,
dann schaff' Glückauf-Bier ins Haus hinein!

GHB Glückauf Brauerei Gelsenkirchen

Glückauf-Bier

Die Spitzenleistung deutscher Braukunst, unerreicht in Qualität und Bekömmlichkeit. — Bestellen Sie bitte frühzeitig Ihren Bedarf an Flaschenbier und Siphons bei unseren Verlegern, Wirten und einschlägigen Geschäften.

Musikschränke
fabriziere ich selbst.
Besuchen Sie meine Ausstellung.
Sonderangebot!



Tischapparat, Gehäuse Eiche, mit 5 Stück 25 cm Platten . . . RM **50.-**
Die beste Gelegenheit, einen Apparat billig zu kaufen.
Schallplatten in großer Auswahl
Radiogeräte, Orts-, Netz- und Fernempfänger zu Originalpreisen werden auf Wunsch mit eingebaut in Musikschränke.
Alles auf bequeme Teilzahlung!
Leibfried
Gelsenkirchen
Hochstraße 77 Telefon 26670

Pickel und Mitesser
Sommersprossen, Flecken und Gesichtsausschlag wirken unästhetisch und verunstalten Ihr Gesicht. Durch Behandlung mit HERBA-SEIFE und HERBA-CREME erhalten Sie einen natürlich-reinen Teint.
Herba-Seife Mk. —.65, 30% verstärkt Mk. 1.—
Herba-Creme fetthaltig, fettfrei Mk. —.60, —.85.
Erhältlich in Apotheken, Drogerien, Parfümerien

KAUFT
gute, lehrreiche und
BILLIGE
sozialistische Broschüren u
BÜCHER
zur Aufklärung und Werbung von Parteigenossen
IN DER
modern eingerichteten
VOLKS BUCHHANDLUNG

Dachpappe
Dachziegel, Dachfenster, Teer Carbolineum, Schiefer und alle Bedachungs-Artikel
kaufen Sie am billigsten und besten bei
Victor Fattiger
Groß- und Kleinhandel
Gelsenkirchen, Roonstr. 11 Ruf 22214

Wir liefern ein- und mehrfarbige Drucksachen nach modernen Entwürfen in kürzester Frist
BUCH DRUCKEREI VOLKS WILLE

Gute Betten
Sonder-Angebot!
Helle u. graue Halb-Daunen für Oberbetten u. Kissen Mk. 3.00, 4.50 **3.50**
Dreiviertel Daunen für feinste Aussteuerbetten Mk. 5.50, 7.50 **6.25**
Bettfedern - Importhaus Inhaber D. Herstein
Gelsenkirchen ■ Größtes Bettfedern-Lager am Platze ■ Vereinsstr. 21